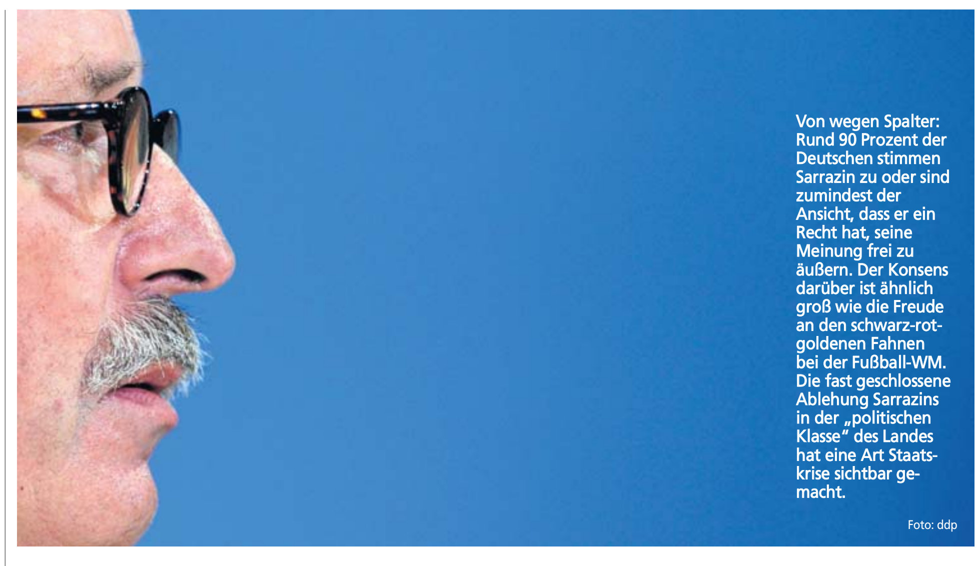
Islamische Zuwanderung: Gibt es geheime Verträge?, S.2

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro
Nr. 36 – 11. September 2010
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Von wegen Spalter: Rund 90 Prozent der Deutschen stimmen Sarrazin zu oder sind zumindest der Ansicht, dass er ein Recht hat, seine Meinung frei zu äußern. Der Konsens darüber ist ähnlich groß wie die Freude an den schwarz-rot-goldenen Fahnen bei der Fußball-WM. Die fast geschlossene Ablehnung Sarrazins in der „politischen Klasse“ des Landes hat eine Art Staatskrise sichtbar gemacht.

Foto: ddp

Die Staatsaffäre

Politiker weit vom Volk entfernt – Gibt es Geheimverträge zur Einwanderung?

Der Streit um Thilo Sarrazin hat eine tiefe Entfremdung zwischen Bevölkerung und Regierung sichtbar gemacht, für die es in der deutschen Geschichte kaum Parallelen gibt. Ist die Bundesrepublik in ihrer Einwanderungspolitik überhaupt noch frei?

Staunend stehen Millionen Deutsche vor dem Umgang der meisten Medien und nahezu aller Parteipolitiker mit dem Bundesbank-Vorstandsmitglied Dr. Thilo Sarrazin. Der Graben zwischen veröffentlichter und öffentlicher Meinung, Politik und Volk könnte kaum größer sein.

Ein Extrembeispiel ist die Haltung der Integrationsbeauftragen Maria Böhmer (CDU). Nachdem sich abzeichnete, dass das von SPD-Chef Sigmar Gabriel und Bundeskanzlerin Angela Merkel in seltener Eintracht eröffnete Kesseltreiben gegen den untadeligen Ökonomen im Volk auf glatte Ablehnung stieß, versuchte die CDU-Politikerin eine Kurskorrektur: Man müsse „noch offensiver über Probleme und Erfolge in der Integration reden“, und: „Wir werden künftig Integrationsvereinbarungen mit Neuzuwanderern schließen“. Diese sollten „verbindlich festschreiben, was der Staat den Menschen zu bieten hat, aber auch, was sie im Gegenzug zu leisten haben – mit Sprachkursen oder Fortbildungen zum Beispiel“. Sarkasmus, Häme und auch Verachtung schlug Frau Professor Böhmer, die hier zweifellos für die Bundeskanzlerin gesprochen hatte, in den Internetforen großer Zeitungen dafür entgegen.

> Böhmer verspricht »Besserung«: Noch mehr Zuwanderung!

Unabhängig davon, ob Sarrazin nun „ins Schwarze getroffen“ oder nur teilweise Recht hat: Millionen Menschen fragen sich, warum die politische Klasse sich schlechterdings weigert, eine weitere große Zuwanderung vor allem aus islamischen und afrikanischen Ländern zu stoppen und damit die nationale Identität Deutschlands zumindest im Kern zu bewahren. Simple und rechtsstaatlich völlig unproblematische Maßnahmen, wie Dänemark sie eingeführt hat, würden dafür ausreichen. Doch die deutsche Politik ist nicht bereit, diesem Beispiel zu folgen, im Gegenteil: Wer eine solche Politik laut und deutlich anmahnt, riskiert in unserem ach so freien Land nicht weniger als seine berufliche und gesellschaftliche Existenz.

An dieser Stelle drängen sich gespenstische Überlegungen auf: In der Demokratie verdanken Politiker ihren persönlichen Aufstieg und Parteien ihre Wahlerfolge der Fähigkeit, selbst kleine Verschiebungen in der öffentlichen Meinung zu erkennen und sich entsprechend zu „positionieren“. Nur der Ruf einer großen Mehrheit der Deutschen, keine weitere Zuwanderung schwer integrierbarer Personen zuzulassen, nimmt keine Partei auf. Da drängt sich auch zurückhaltenden Beobachtern die Frage auf: Gibt es geheime Vereinbarungen, insbesondere mit der Türkei, weitere Massenzuwanderung zuzulassen? Wenn ja, wann und von wem wurden sie abgeschlossen? Und gab es dafür Gegenleistungen? (Siehe Seite 2).

Konrad Badenheuer

KONRAD BADENHEUER:

Tief gesunken

Es sind Formulierungen, die man zweimal lesen muss. „Das Verfahren wird selbstverständlich und ausschließlich nach Recht und Gesetz durchgeführt“, beteuerte der Sprecher von Bundespräsidenten Wulff über die offenbar bereits beschlossene Entfernung Thilo Sarrazins aus dem Bundesbank-Vorstand. Und Sigmar Gabriel erklärte allen Ernstes, beim ebenfalls bereits beschlossenen Ausschluss Sarrazins aus der SPD werde es „keinen kurzen Prozess“ geben.

Wie tief ist unser Land und seine Führung eigentlich gesunken, dass solche Selbstverständlichkeiten in dieser penetranten Form versichert werden müssen? Wird uns als nächstes ein Regierungssprecher zusichern, falls Sarrazin gegen seine Entlassung klagen sollte, würden die Richter am Bundesverfassungsgericht natürlich nicht verhaftet, sondern könnten frei und unabhängig urteilen?

Apropos unabhängig: Die Unabhängigkeit der Notenbank ist ein Eckpfeiler der sozialen Marktwirtschaft. Nichts greift diese Unabhängigkeit stärker an als Versuche der Exekutive, unliebsame Notenbanker aus ihrem Amt zu entfernen – umso mehr, wenn ihnen nicht mehr zur Last gelegt werden kann als Bücher und Interviews, die die Regierung „nicht hilfreich“ findet. Allerdings gehört zur Unabhängigkeit der Bundesbank auch, dass sie auf Pressionen aus dem Ausland nicht reagiert. Nun wurde aber bekannt, dass die Mehrheit im Bundesbank-Vorstand die Entlassung ihres Kollegen auch mit dem Argument fordert, EZB-Chef Trichet habe ihn kritisiert. Das zeige, dass Sarrazin das Ansehen der Bundesbank geschädigt habe und deswegen müsse er gehen. Armes Deutschland!

Kotau vor der »Linken«

Lengsfeld kritisiert Platzecks Klage über »Anschluss« der DDR

Mit seiner Behauptung, die deutsche Vereinigung sei ein von Westdeutschland betriebener „Anschluss“ gewesen, hat Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) heftige Kritik auf sich gezogen. Der damalige Fraktionsvorsitzende der Ost-SPD in der letzten Volkskammer, Richard Schröder, nannte die Formulierung „weitab daneben“.

Parteienforscher Eckhard Jesse glaubt nicht, dass Platzeck aus Überzeugung so rede. Vielmehr übernehme er nur die Argumentation der Linken, mit denen er eine Koalition bildet. Jesse spricht von einem „Kotau“.

Die DDR-Bürgerrechtlerin und CDU-Politikerin Vera Lengsfeld bemängelt, dass die Sicht auf die deutsche Einheit in Teilen des politischen Spektrums zunehmend von der „alten Propagandawerkstatt der umbenannten SED“ infiziert scheint, wie sie in einem Beitrag für die *PAZ* (Seite 8) schreibt. Lengsfeld weist hier darauf hin, dass es neben den ehemaligen Machthabern der DDR auch in einem erheblichen Teil der westdeutschen Linken Widerstand gegen die deutsche Einheit gegeben habe, weil man dort die DDR als das „bessere“ Deutschland gesehen habe. Platzeck, der 1990 gegen den Einigungsvertrag gestimmt hat und auch die Wirtschafts- und Währungsunion ablehnte, findet in diesem Lager dankbares Gehör.

> Argumente wie aus der SED-Propaganda

Vera Lengsfeld sieht die immer wiederkehrende, harmlos scheinende Forderung nach „Vollendung der inneren Einheit“ kritisch, die „offenbar so etwas wie die sozialistische Menschengemeinschaft in der DDR herstellen soll“. Mit der Forderung nach „innerer Einheit“ würden nur mit Erfolg Fortschritte zugedeckt und pausenlos die Unterschiede herausgestellt. Dahinter solle die historische Leistung verschwinden. *Hans Heckel*

Neues Energiekonzept

Kernkraft wird länger genutzt – Schlappe für Norbert Röttgen

Nach monatelanger Hängepartie hat die Bundesregierung mit ihrem energiepolitischen Konzept wieder einige klare Weichenstellungen vorgenommen. Die Laufzeit der 17 deutschen Kernkraftwerke wird verlängert – um durchschnittlich zwölf Jahre, je nach Alter der Anlagen. Die ökologisch und ökonomisch sinnvolle Längernutzung der Anlagen fällt effektiv sogar eher noch größer aus. Gerechnet wird nämlich nicht in Kalenderjahren, sondern in sogenannten „Volllastjahren“ der Anlagen. Da diese aber nicht ununterbrochen arbeiten, ergibt sich eine Verlängerung von durchschnittlich kaum unter 14 Jahren. Die Mehrgewinne der Stromversorger werden auf etwa fünf Milliarden Euro pro zusätzlichem Nutzungsjahr aller Meiler geschätzt, doch etwa die Hälfte davon holt sich Finanzminister Schäuble zurück. Mit einer „Brennelementesteuer“ muss die Branche zwischen 2011 und 2016 2,3 Milliarden jährlich an den Fiskus abführen, dazu kommt ein neuer Sonderbeitrag für die erneuerbaren Energien.

> Keine Entscheidungen zum Netzausbau

Dass die Bundesregierung die Verlängerung der Restlaufzeit herunterrechnet, ist ein Zugeständnis an die öffentliche Meinung, aber auch an Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU). Er wollte maximal acht Jahre zusätzlich und hat nun gegen Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP), aber auch gegen den Wirtschaftsflügel der CDU und CSU eine politische Niederlage erlitten.

In den ganztägigen Schlussverhandlungen am Sonntag im Kanzleramt wurde freilich weit mehr beschlossen. Die mittelfristige Weiternutzung der Atomkraft ist nur einer von neun Punkten des neuen Konzepts. Eine Schwäche ist gewiss, dass keine nennenswerten Entscheidungen zum Ausbau des Stromnetzes getroffen wurden (siehe Kommentar Seite 8). *K.B.*

MELDUNGEN

Islam als Knackpunkt

Den Haag – Ein weiterer Versuch, in den Niederlanden eine Regierung zu bilden, ist missglückt. Nachdem einige Christdemokraten sich geweigert hatten, eine von Geert Wilders eingeforderte Verpflichtung zu unterzeichnen, dass sie ein von ihm geduldetes Kabinett unterstützen würden, zog sich dieser zurück. Schon mit Beginn der Verhandlungen hatten führende Christdemokraten Wilders Islamfeindlichkeit vorgeworfen. Als dieser auch noch ankündigte, am 11. September in New York auf einer Demonstration gegen den geplanten Bau einer Moschee unweit des von Islamisten zerstörten World Trade Centers zu reden, sahen die Christdemokraten ihre Bedenken bestätigt. Auch der Aufruf australischer Islamisten, Wilders den Kopf abzuhacken, ließ sie ihre Meinung nicht ändern. *Bel*

Armut macht religiös

Washington – Das US-amerikanische Gallup-Institut hat weltweit einen Zusammenhang zwischen Einkommen und Religiosität festgestellt: Je ärmer die Menschen sind, desto wichtiger ist für sie die Religion. Mindestens 99 Prozent der Einwohner von Bangladesch, Jemen und Indonesien sagen, dass der Glaube eine bedeutsame Rolle in ihrem Leben spiele. Am Ende der Skala liegen Schweden (17), Dänemark (19), Japan (24) und Großbritannien (27). In Deutschland erklären 40 Prozent der Befragten, dass ihnen Religion wichtig sei. Eine Ausnahme unter den reichen Nationen bilden die USA, wo für fast zwei Drittel aller Bürger der Glaube eine wichtige Rolle spielt. Hohe Anteile unter den wohlhabenden Nationen finden sich auch in Italien (72 Prozent), Singapur (70) und Golfstaaten wie etwa Katar (95). Dass auch in einigen relativ armen Ländern wie Estland, Vietnam und Weißrussland die Religiosität eher gering ist, führt das Institut auf das Erbe des Kommunismus zurück. *idea*

Die SPD windet sich

Sigmar Gabriel hat sich im Umgang mit Sarrazin verrannt – Neuerliche Wendung?

Ungewöhnliche Windungen und Hakenschläge hat SPD-Chef Sigmar Gabriel im Streit um Thilo Sarrazin hingelegt. Inzwischen schwant ihm, dass der Umgang der SPD-Spitze mit ihrem prominenten Mitglied seiner Partei massiv schaden könnte.

Zunächst wollte Gabriel Sarrazin einfach aus der Partei ekeln. Als der aber auf seinem Parteibuch insistierte, wollte er ihn trotz aller Schwierigkeiten eines solchen Verfahrens ausschließen. Daran hält er bisher fest, allerdings mit geänderter Begründung.

Meinte Gabriel am 25. August noch frontal, Sarrazins Sprache sei „gewalttätig" und seine Positionen zum Teil „dämlich", so hat er inzwischen seine Formulierungen korrigiert. Grund dafür ist, dass seine eigene Parteibasis nicht etwa die Haltung Sarrazins dämlich findet, sondern eher die des eigenen Vorstandes, wie Gabriel ziemlich kleinlaut einräumen musste: Das Willy-Brandt-Haus wurde tagelang mit Briefen und Anrufen bombardiert. Rund 90 Prozent lehnten zumindest den Ausschluss Sarrazins ab und ein großer Teil stimmte ihm auch inhaltlich zu.

Das war insofern etwas erstaunlich, weil dieser sich unterdessen – am 28. August – mit folgendem Satz eine Blöße gegeben hatte: „Alle Juden teilen ein bestimmtes Gen, Basken haben bestimmte Gene, die sie von anderen unterscheiden." Die zweite Hälfte dieses Satzes ist unbestreitbar richtig, die erste Hälfte jedoch doppelt falsch. Schließlich gibt es Konvertiten zum Judentum, deren Gene selbstverständlich unverändert bleiben. Außerdem lassen sich genetische Besonderheiten ethnischer Gruppen kaum je an einem einzelnen der rund 30 000 Gene, die jeder Mensch auf seinen 46 Chromosomen in sich trägt, festmachen.

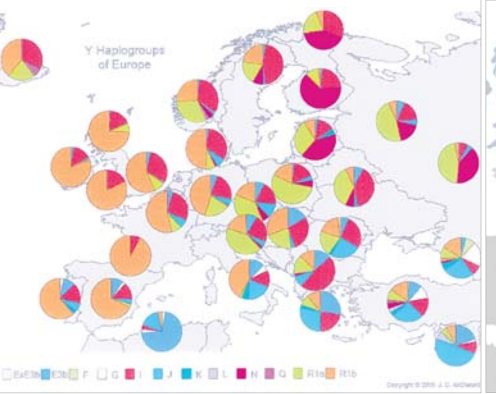
> Den Genetikern ist die Borniertheit der SPD egal

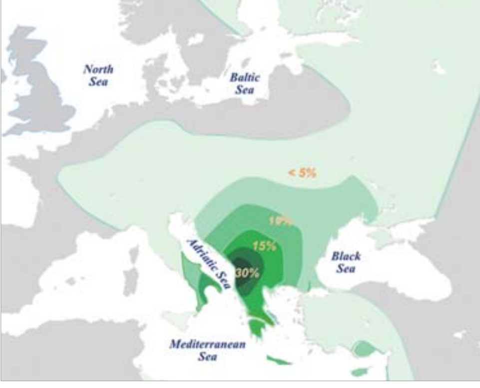
Dass das jüdische Volk sich trotz 2000-jähriger Zerstreuung wahrscheinlich auch genetisch genau wie andere Völker eine eigene Identität bewahrt hat, gehört zu den faszinierenden Ergebnissen der humangenetischen Forschung der letzten Jahre. Mit Intelligenz oder anderen Eigenschaften hat das zunächst nichts zu tun, ganz abgesehen davon, dass Sarrazin in seinem Buch eine weitere jüdische Einwanderung aus Osteuropa just deswegen befürwortet, weil er – an manchen Stellen etwas penetrant – Juden eine besonders hohe Intelligenz zuschreibt. So oder so: Das Faktum an sich ist jenseits aller möglichen Schlüsse bemerkenswert und wird auch in israelischen Medien gern diskutiert – mal mit dem Unterton des Nationalstolzes, mal eher als Kuriosum, mal völlig wertneutral.

Aus Sicht des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel sind alle Überlegungen in dieser Richtung jedoch glatt verboten, zumindest für SPD-Mitglieder. Ausschlussgrund für Sarrazin soll nun nämlich die angebliche „Kernthese" seines Buches sein, „dass Menschen genetisch disponiert sind und bestimmte Verhaltensweisen sich nicht etwa kulturell vererben, sondern genetisch, biologisch".

Doch diese von Gabriel geächtete Position ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zutreffend. Keineswegs alle, aber eben doch „bestimmte" Verhaltensweisen des Menschen sind tatsächlich genetisch festgelegt. Welche das sind, darüber wird weltweit viel geforscht und publiziert – ob es der „Weltmacht SPD" (Zitat Erhard Eppler) nun gefällt oder nicht. Sollte sich dabei bestätigen, dass Begabung und Leistungsfähigkeit tatsächlich zu großen Teilen vererblich seien, wäre das auch keineswegs das Ende sozialdemokratischer Politik, sondern nur ein neuer, realistischer Ausgangspunkt für sie.

Dass in dieser ganzen Debatte gründlich etwas schiefgelaufen ist, hat nun auch der frühere Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) signalisiert. Er plädiert dafür, Sarrazin weder aus dem Vorstand der Bundesbank noch aus der SPD auszuschließen: „Ich rate dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel, Sarrazin anzuhören und in der Anhörung festzustellen, dass man sich gegenseitig missverstanden hat." Was allerdings Wahlvolk und Parteibasis von einer solchen neuerlichen Wendung des Oppositionsführers halten würden, ist eine ganz andere Frage. *Konrad Badenheuer*





Für die SPD glattes Teufelszeug: Nachweislich gibt es genetische Unterschiede zwischen ganzen Völkern. Typisch für Basken (l.) ist beispielsweise eine bestimmte Kombination der Y-Haplogruppen R1b (orange) und I (rot), typisch für Albaner (r.) ein hoher Anteil der Haplogruppen E-M78 und J-M12. In welchem Umfang mit diesen oder anderen genetischen Anlagen auch Verhaltensweisen vererbt werden, ist eine offene Frage der Forschung. Das Faktum als solches hingegen gilt als gesichert. Bilder: J. D. Mc Donald, Wikipedia

Geheimvertrag über Zuwanderung?

Die deutsche Politik ist entschlossen, auch gegen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung weitere Massenzuwanderung aus islamischen Ländern zuzulassen. Bundesinnenminister Thomas de Maizière kleidete diese Haltung in die Worte, wer als (Neu-)Zuwanderer die Verpflichtung zum Besuch von Intergrationskursen nicht erfülle, werde künftig „kräftig gemahnt", eventuell könne es „auch Sanktionen geben". Im Klartext: Es soll weitergehen wie bisher.

Während Politiker in anderen Fällen kleinste Verschiebungen in den Umfragen sofort wahrnehmen und sich entsprechend „positionieren", handelt hier die komplette politische Klasse gegen den Mehrheitswillen. Man muss nicht an Verschwörungen glauben, um für möglich zu halten, dass die deutsche Politik hier durch geheime Zusagen oder Abmachungen an einer Kurskorrektur gehindert ist. Tatsächlich hat es dergleichen in anderen Fällen immer wieder gegeben. So hatte die Regierung Kohl gleich zweimal den Bau einer deutschen Transrapidstrecke beschlossen, die dennoch nie zustandekam – angeblich aus Kostengründen. Später sickerte durch, dass das Projekt Opfer eines diskreten Kuhhandels Kohls mit Mitterrand geworden war. Dem französischen Präsidenten passte das Vorhaben nicht, weil der Transrapid viel schneller als der TGV gewesen wäre.

Bei der Zuwanderung von weiteren Muslimen geht es natürlich um viel mehr. Doch die Liste der Streitfragen zwischen Berlin und Ankara ist lang. Da ist es schon möglich, dass Berlin für dieses oder jenes Entgegenkommen der Türkei versprechen musste, weitere Zuwanderung nicht zu behindern. Das Anliegen könnte von Ankaras Verbündeten USA und Israel unterstützt worden sein, zumal gerade die USA auch den EU-Beitritt der Türkei befürworten – und das sicher nicht, um die EU zu stärken. *K.B.*

Die Schulden-Uhr: Nachhaltig?

Während sich abzeichnet, dass der deutsche Nettobeitrag zum EU-Haushalt bereits 2010 erneut steigen dürfte (siehe Seite 7), warnt der Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses Wolfgang Bosbach (CDU) vor den Kosten eines EU-Beitritts der Türkei. „Die EU-Strukturmittel gingen zu einem großen Teil in die Türkei – entweder zu Lasten anderer Länder, oder wir müssten es zusätzlich finanzieren, und Deutschland ist der größte Nettozahler." Dass man über die Kosten nicht offen sprechen dürfe, fände er nicht in Ordnung, denn die Steuerzahler müssten es bezahlen, so der Unionspolitiker weiter. Hans-Christian Ströbele (Grüne) unterstellt Bosbach „Angstmacherei": „Ich weigere mich heute darüber zu reden, wie viel es in zehn oder in 15 Jahren kosten wird." *Bel*

1.709.513.573.200 €

Vorwoche: 1.707.350.080.842 €
Verschuldung pro Kopf: 20 911 €
Vorwoche: 20 885 €

(Dienstag, 7. September 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Auf tönernen Füßen

Nahost: Selbst Einigkeit der Verhandlungspartner änderte nichts

Der Nahost-Gipfel vorige Woche in Washington kann als einziges Ergebnis vorweisen, dass Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und „Palästinenserpräsident" Mahmud Abbas einander künftig regelmäßig „in der Region" treffen wollen. Mehr war auch nicht zu erwarten, denn eine dauerhafte Konflikt-Lösung scheint nahezu aussichtslos.

Das liegt erstens am Kernproblem selbst. Denn die Palästinenser berufen sich darauf, dass sie Heimatvertriebene und in ihrer Heimat heute Unterdrückte und Bürger zweiter Klasse seien, obwohl ihre Vorfahren nie andere vertrieben hätten. Die Israelis wiederum begründen Ansprüche auf Palästina damit, dass es dort in der Antike ein jüdisches Königreich gegeben und Gott ihnen das Land verheißen habe. Nicht zuletzt darum wird der israelische Historiker Schlomo Sand so vehement für sein Buch „Die Erfindung des jüdischen Volkes" angegriffen, und nicht zuletzt darum sucht man genetisch nachzuweisen, dass die heutigen Juden überwiegend von denen der Antike abstammen und nicht bloß von Konvertiten.

Zweitens liegt es an den Verhandlungspartnern. Der ungleich stärkere ist zwar Netanjahu, der in einer im Mai von der „Jerusalem Post" veröffentlichten Rangliste der 50 weltweit einflussreichsten Juden an erster Stelle steht. Doch selbst wenn er bei der völkerrechtswidrigen Besiedelung des Westjordanlands und der Jerusalem-Frage zu Konzessionen bereit wäre, würden das die extremistischen Kleinparteien, auf die seine Regierung angewiesen ist, verhindern. Mahmud Abbas wiederum hat weder de iure noch de facto ein Mandat für Vereinbarungen. Denn seine Amtszeit ist bereits im Januar 2009 ausgelaufen, und selbst wenn die Hamas heute vielleicht keinen so gewaltigen Sieg erringen dürfte wie in den freien Wahlen Anfang 2006, würde seine Fatah nicht einmal die relative Mehrheit erreichen.

> Vermittler sind parteiisch oder von den USA abhängig

Und die als Vermittler agierenden USA sind ebenso parteiisch wie die zwei anderen von Präsident Obama bestellten „Vermittler", deren Regierungen ganz von US-Finanz- und Militärhilfe abhängen. Obama, der nur Misserfolge oder durchsichtige Scheinerfolge vorweisen kann, steht vor Kongresswahlen. Ägyptens Präsident Hosni Mubarak, der auch gleich seinen Sohn und geplanten Nachfolger Gamal mitbrachte, ist daheim so verhasst wie nie zuvor. Und die Untertanen von Jordaniens König Abdallah II. sind mehrheitlich vertriebene Palästinenser.

Drittens ist das Palästina-Problem untrennbar mit sämtlichen anderen nahöstlichen Konflikten verflochten, die – zumindest in ihrem Ausmaß – Folgeerscheinungen des Palästina-Konflikts sind. Alle Araber wissen, dass Israel bereits Dutzende UN-Resolutionen einfach ignorieren konnte und dass die USA alle Israel nicht genehmen Sicherheitsratsbeschlüsse blockieren oder entschärfen. Und selbst die in der Arabischen Liga nach jahrzehntelangem Ringen formulierte Formel „Frieden bei Rückzug Israels auf die Grenzen vor 1967" gilt in Israel als inakzeptabel. *R. G. Kerschhofer*

Abgewendet

Bizarrer Streit um das Vertriebenenzentrum

Viele Vertriebene haben sich innerlich bereits von dem in Berlin geplanten Dokumentationszentrum der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung" (SFVV) abgewandt, weil sie keine Chance mehr sehen, dass ihr Schicksal dort wahrhaftig dargestellt werden könnte: Der Bund der Vertriebenen (BdV) ist in den Aufsichtsgremien nur gering vertreten, die Urheberin des Projekts, BdV-Präsidentin Erika Steinbach, wurde unter Mitwirkung von Bundesaußenminister Westerwelle (FDP) von einer Mitwirkung ganz ausgeschlossen.

> Die Hauptbeteiligten sind schon weg

Dennoch haben die Gegner des Projekts ihren Kampf gegen die Reste dessen, was einst als „Zentrum gegen Vertreibungen" geplant war, nicht aufgegeben. Sie bekämpfen auch das reduzierte Projekt – nun mehr oder weniger in Abwesenheit der ost- und sudetendeutschen Vertriebenen, die sie anscheinend für gefährliche Gegner halten.

Während beispielsweise am 18. September im Rahmen einer Tagung am Deutschen Historischen Museum in Berlin laut Presseberichten „erste Umrisse der Konzeption" für das seit 1999 geplante Zentrum vorgestellt werden sollen, haben die deutsch-polnische und die deutsch-tschechische Historikerkommission schon für Donnerstag dieser Woche (nach Drucklegung dieser Zeitung) ein „Alternativkonzept" angekündigt. Wie dies ohne Kenntnis des offiziellen Konzeptes möglich sein soll und welche Rolle dabei die deutschen Mitglieder dieser beiden Kommissionen spielen, erscheint unklar.

Auch der Zentralrat der Juden in Deutschland setzt seinen Widerstand gegen das Zentrum fort. Er kündigte an, seine Vertreter würden sich aus dem Stiftungsrat der SFVV zurückziehen, ihre Mitgliedschaft ruhen lassen „und eventuell ganz aufgeben". Der Zentralrat stört sich an den Positionen von zwei der sechs BdV-Vertreter im 21-köpfigen Stiftungsrat. Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) erklärte, er halte diese Entscheidung für falsch. Sibyllinisch lobte er die Kirchen dafür, dass sie bei diesem Vorhaben noch mitmachen. *K.B.*

Gender-Quatsch auf der IFA

Von HARALD FOURIER

Auf der Internationalen Funkausstellung (IFA) war der Stand eines Haushaltsgeräteherstellers zu besichtigen, der ein besonders stromsparendes Haus vorstellte. Wichtiges Ausstellungsstück: ein schicker Flitzer, der sich bei genauem Hinsehen als Elektroauto entpuppte. Als ich an diesem Messestand vorbeikam, war dort gerade eine Schulklasse zu Besuch. Die Mädchen waren sichtlich gelangweilt, die Jungs begeistert von dem Auto und die Lehrerin gestresst. Die Jungen haben nämlich solange ihre Nase gegen die Scheiben des Autos gedrückt, bis die Alarmanlage losging.

Die unterschiedlichen Interessen der jungen Leute – es war wohl eine zehnte Klasse – waren nicht zu übersehen: Die Mädchen quatschten miteinander, die Jungen quetschten sich um das Auto herum. So sind Vorlieben verteilt.

Ein paar Meter weiter der nächste Stand: Der Zentralverband der Elektrotechnik und Elektronik (ZVEI) wirbt um Nachwuchs. Und zwar gezielt um Mädchen. Tatsache ist, dass wir in Deutschland zu wenige Absolventen in naturwissenschaftlichen Fächern haben. Gesucht werden vor allem Experten in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, kurz „Mint“ genannt.

Deswegen gibt es ein halbes Dutzend Initiativen, die sich der Förderung von Mint-Studentinnen verschrieben haben. Die Bundesregierung hat einen „Nationalen Pakt“ geschlossen und bezahlt eine teure Geschäftsstelle nur zu diesem Zweck. Eine Regierungsbroschüre „Ich werde Informatikerin“ klärt ihre Leser auf, dass es eine Frau war, die den ersten Computer der Welt programmiert habe. Die Europäische Union lädt Schülerinnen zu einer Arbeitsgruppe ein. Und, und, und. Massenhaft wurden vom ZVEI solche Broschüren verteilt.

Die Realität sieht aber so aus wie bei dem Elektroauto: Es sind die Jungen, die sich für Technik interessieren und später auch solche Berufe ergreifen. Wenn also die Bundesregierung tatsächlich daran interessiert sein sollte, dass es mehr Absolventen in Mint-Fächern gibt, dann muss sie die Jungen wenigstens genau so ansprechen wie die Mädchen. Oder geht es nur um die Verwirklichung einer feministischen Gleichheitsideologie?

Meine Befürchtung: Genau darum geht es. Dabei wäre es so einfach, die Studienanfänger in die richtige Richtung zu lenken: Der Staat könnte den Mint-Studenten die Studiengebühren erlassen und sie dafür bei wenig nutzbringenden Fächern wie Politologie und Soziologie erhöhen. Dann würden sich die jungen Leute – unabhängig vom Geschlecht – von ganz allein für ein Mint-Studium entscheiden.

Die rote Wut auf Grün

Umfrage: Ökopartei stärkste Kraft an der Spree – SPD: »Lohn der Verantwortungslosigkeit«



Noch hat sich Renate Künast nicht entschieden: Wird die Grünen-Fraktionschefin im Bundestag 2011 für das Amt des Berliner Bürgermeisters kandidieren? Amtsinhaber Klaus Wowereit (SPD) gilt als amtsmüde

Bild: Ullstein

Die Beobachter der politischen Szene in der Hauptstadt grübeln: Können die Grünen mit einer möglichen Spitzenkandidatin Renate Künast im Herbst 2011 stärkste Partei werden? Und falls ja: Wen suchen sie sich als Juniorpartner aus? Die handzahme CDU oder die fuchsteufelswilde SPD?

Die Umfrage von Ende August ließ in der Tat aufhorchen: In der Hauptstadt führen die Grünen laut „Forsa“ mit 27 Prozent vor der SPD mit 26 Prozent. Es folgen die CDU mit 17, die Linke mit 16 und die FDP mit vier Prozent. Wenn die FDP im Herbst 2011 tatsächlich aus dem Abgeordnetenhaus flöge, könnte es rechnerisch für Grün-Schwarz reichen.

Die SPD reagierte in der Art einer Tarantel auf diese Umfragewerte. Generalsekretärin Andrea Nahles gab sich ungewohnt bissig gegenüber den Grünen, denen sich die SPD doch sonst ideologisch recht eng verbunden fühlt. Die Grünen wollten Volkspartei sein, ohne Verantwortung für die ganze Bevölkerung zu übernehmen, so Nahles im „Tagesspiegel“. „Sie wollen numerisch stark sein, ohne sich die Mühe zu machen, Kompromisse zwischen den Interessen unterschiedlicher Milieus zu schmieden.“

Damit verweist Nahles indirekt auf die Schwierigkeiten und Sachzwänge, in denen die SPD selbst wegen ihrer Regierungsverantwortung steckt und die zwangsläufig die links-ideologische Ideallinie der Partei verfälschen – im Gegensatz zur Daueropposition der Grünen. Die profitieren in einer politikverdrossenen Öffentlichkeit davon, dass sie praktisch konsequent „gegen alles“ sein können und niemandem wehtun müssen.

Falls die bisherige Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Renate Künast, wie erwartet als Spitzenkandidatin in Berlin antritt – worüber die Hauptstadt-Grünen erst im November entscheiden wollen – kündigte Nahles einen harten und offensiven Wahlkampf an. Der SPD behagt offensichtlich die Aussicht gar nicht, möglicherweise nur die Rolle eines Juniorpartners der Grünen einzunehmen oder gar auf den harten Oppositionsbänken Platz nehmen zu müssen. Dabei ist es alles andere als sicher, ob der seit Monaten amtsmüde wirkende Bürgermeister Klaus Wowereit nochmals für die SPD antreten will.

Die CDU als weiterer möglicher Partner potenziell siegreicher Grüner ist weit von den Zeiten eines Eberhard Diepgen entfernt, als die Union zumindest im Westen Berlins durchaus mehrheitsfähig war. Gerade 17 Prozent in den Umfragen sind ein Armutszeugnis. Die Hauptstadt-CDU hat sich im Willen, zu einer „modernen Großstadtpartei“ zu werden, jahrelang beinahe systematisch jegliches konservative Profil abgeschliffen, statt es in der Opposition zu schärfen, wie es die Theorie der parlamentarischen Demokratie eigentlich vorsieht.

> Stadtkewitz-Rauswurf: Die Morgengabe der CDU für die Grünen?

Als Morgengabe für eine mögliche Liaison mit den Grünen hat die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus den Islamkritiker Rene Stadtkewitz ausgeschlossen – auf Antrag des Fraktionschefs Frank Henkel selbst. Stadtkewitz, Landesvorsitzender der konservativen islamkritischen Bürgerbewegung „Pax Europa“, war bereits 2009 aus der CDU als Partei ausgetreten, weil er sich bei seiner Kritik am mangelhaften Integrationswillen vor allem der moslemischen Türken und Araber in Berlin alleingelassen fühlte.

Den Ausschluss-Antrag stellte Fraktionschef Henkel, nachdem Stadtkewitz sich geweigert hatte, eine Diskussion mit dem niederländischen islamkritischen Politiker Geert Wilders Anfang Oktober abzusagen. Außerdem sollte Stadtkewitz eine Treue-Erklärung zu den „Werten der Union“ unterschreiben – wobei Beobachter sich schon fragen, worin diese Werte bei der ziemlich profillosen CDU eigentlich noch bestehen sollten: Verbot jeder Kritik am Islam und Pflicht zur „Political Correctness“ etwa?

Kenner der Szene nennen den Fall Stadtkewitz bereits einen „zweiten Fall Sarrazin“, allerdings in der CDU. Der frühere Innensenator und langjährige konservative Haudegen Heinrich Lummer warnte die Spree-Union bereits ausdrücklich vor einem Ausschluss. Zum einen seien Stadtkewitz' Warnungen vor dem Islam durchaus berechtigt, zum anderen müsse die CDU aufpassen, ihre konservativen Wähler nicht vollends zu verprellen, so Lummer in der „Jungen Freiheit“. Doch auf so erfahrene Stimmen hört in der Berliner CDU heute niemand mehr.

So darf erwartet werden, dass die CDU im Herbst 2011 ein bequemerer Juniorpartner für eventuell siegreiche Grüne wäre als eine frustrierte und angstbeißende SPD. Man darf schon einmal gespannt sein, ob sich die CDU wohl wenigstens gegen einen grünen Justizsenator Christian Ströbele wehren würde …

Renate Künast ist bereits dabei, die Latte für Grün-Schwarz noch höher zu legen und gleichzeitig Einschüchterungspotenzial für die CDU aufzubauen. Nach dem Kompromiss der christlich-liberalen Bundesregierung zur Verlängerung der Kernkraftwerks-Laufzeiten stellte sie sogar Bündnisse zwischen Grünen und CDU generell in Frage. „Wir haben immer gesagt, dass diese Atomenergiefrage natürlich die Möglichkeiten für Schwarz-Grün verschlechtert“, sagte Künast im ZDF.

Angesichts dieser scharfen Konfrontation, die SPD, Grüne und Linke auf Bundesebene auch mit dem Mittel einer Länder-Klage vor dem Bundesverfassungsgericht suchen, ist wiederum kaum vorstellbar, dass Künast und ihre Grünen für ihre erste „eigene“ Landesregierung ausgerechnet die CDU ins Boot holen. *Anton Heinrich*

Legendäre Kulturstätte in Gefahr

Gerangel um den Berliner »Admiralspalast«: Ziehen bald schnöde Büros ein?

Hier tobte das Leben, hier wurde Geschichte geschrieben: der Berliner „Admiralspalast“. Seit Jahren aber ist das legendäre Veranstaltungszentrum Schauplatz einer besonderen Schmonzette: Es geht um Geld, Rivalität und nebulöse Pläne.

Deutschlandweit bekannt wurde die Vergnügungsstätte am 21. und 22. April 1946, als dort KPD und SPD der Sowjetzone zur SED zusammengeschlossen wurden. Das Bild vom Händedruck Wilhelm Piecks (KPD) und Otto Grotewohls (SPD) ging um die Welt und gab gleich noch das Emblem für die neue Partei ab.

Noch vor dem Ersten Weltkrieg entstand das Gebäude zunächst als „Eispalast“. Mit einer Eisarena, einem Bädertrakt, rund 900 Zimmern oder Sälen, einem großen Café, Kegelbahnen und einem Lichtspieltheater. Walter Kollo und Johannes Heesters gaben hier ihre Visitenkarte ab. Bombenhagel und Schlacht um Berlin ließen das Gebäude weitgehend unzerstört, und so kamen die „Einheitssozialisten“ auf den Gedanken, ihren Vereinigungsparteitag hier zu begehen.

In der Folge schauten die Berliner dort Kabarett, Operetten und Musicals, der Palast war eine der wenigen „Adressen“ in der überwiegend grauen DDR-Unterhaltungsszene.

> Hier wurde auch die SED aus der Taufe gehoben

1997 wurde das Haus zunächst geschlossen und erst am 11. August 2006 nach umfangreichen Umbauarbeiten wieder eröffnet. Kostenpunkt der Sanierung: 15 Millionen Euro.

Nun haben sich Eigentümer (ursprünglich acht Freunde aus der Berliner Kulturszene) und die Betreibergesellschaft in die Haare gekriegt. Nicht beglichene Mietschulden summierten sich, so dass die Eigentümer der Betreibergesellschaft fristlos gekündigt und einen gerichtlichen Räumungsbefehl zum 22. September erwirkt haben. Die Gesellschaft stellte daraufhin den Eigentümern wiederum Forderungen für eigene Bauleistungen in Rechnung.

Das Insolvenzverfahren der Betreiber hat diesen Automatismus erst einmal aufgehalten. Pikant: Der Geschäftsführer der Betreibergesellschaft ist gleichzeitig Miteigentümer des Palastes und wirft der Mehrheit der Vermieter vor, die Miete mit 1,7 Millionen Euro von Anfang an so hoch angesetzt zu haben, dass sie nicht hätte erwirtschaftet werden können. Wenn man so will: Dies wäre eine Art „Karstadt-Skandal en miniature“.

Das Potenzial des Palastes wird nicht ausgeschöpft. Die Frage nach dem „Warum“ ist schwierig. Tatsache ist, dass ein im Keller geplanter Klub bisher nicht eröffnet wurde. Er wäre eine zusätzliche Einnahmequelle. Der Umbau der Räumlichkeiten ist nicht abgeschlossen. Die Betreiber sehen dabei die Eigentümer in der Pflicht. Letztlich also Fragen, die vermutlich vor den Gerichten einer Entscheidung zugeführt werden müssen.

Hinter den unfreundlichen Aktionen der Eigentümer vermuten misstrauische Beobachter den heimlichen Plan, den Admiralspalast in bester Berliner Innenstadtlage gewinnbringend weiterzuverkaufen, wenn in fünf Jahren die Senatsauflagen, das Gebäude als Kulturstätte zu nutzen, ausläuft. Schätzungen gehen dann von einem Wert des Hauses von 50 Millionen Euro aus. Die bestehenden Denkmalschutzauflagen stünden einer Nutzung als Bürokomplex nicht entgegen. *Theo Maass*

Fremder Schein

Bundesdruckerei kämpft um Banknoten

Rund 200 Arbeitsplätze der Berliner Bundesdruckerei sind in Gefahr, weitere 200 in Leipzig und München. Grund: Erstmals will die Bundesbank die deutschen Geldscheine im Ausland drucken lassen. Ein Angebot aus Frankreich und den Niederlanden sei günstiger gewesen.

„Deutschland ist das einzige große Euroland, das Aufträge (zum Geldscheine drucken) ausschreibt“, kritisiert Verdi-Gewerkschaftssekretär Andreas Fröhlich. Sonst tun dies nur kleinere. Die Pflicht zum Ausschreiben ihres 30-Prozent-Anteils am Euro-Bargeld ergebe sich aus nationalem und europäischem Vergaberecht, kontert eine Bundesbank-Sprecherin in Frankfurt. Indes haben die anderen großen Euro-Länder das Problem so geregelt, dass die Gelddruckereien der Notenbank selbst gehören und damit nicht ausschreibungspflichtig sind – so einfach ist das also, wenn man will.

Berlins Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) unterstützt die Proteste der Beschäftigten. „Die Bundesbank muss ihre Vergabepraxis überdenken“, fordert auch der Kreuzberger CDU-Abgeordnete Kurt Wansner (62). Die kritisierte Bundesbank versucht derweil, die Gemüter zu beruhigen. „Der Auftrag ist noch nicht vergeben, die Ausschreibung ist in der Schlussphase“, behauptete Bundesbank-Vorstand Carl-Ludwig Thiele in der „Börsenzeitung“.

Bundesbankpräsident Axel Weber musste sich dennoch Kritik anhören: „So geht man nicht mit einem zuverlässigen und langjährigen Lieferanten und dessen Belegschaft um“, empört sich der Betriebsrat der Bundesdruckerei. Erst 2014 wird eine verbindliche neue Richtlinie der Europäischen Zentralbank in Kraft treten. Bis dahin könnte die Bundesdruckerei mit der Bundesbank fusionieren und das leidige Thema wäre vom Tisch. *Hans Lody*

Zeitzeugen



Bill Clinton – „Wäre Clinton die ‚Titanic', der Eisberg wäre gesunken", sollen ehemalige Mitarbeiter über den 42. Präsidenten der USA gesagt haben. Er studierte an der Elite-Universität Yale, zeigte aber stets eine unverkrampfte Volksnähe. Zusammen mit seiner ebenfalls politisch aktiven Frau Hillary konnte der Demokrat die US-Bürger für sich einnehmen.

Martin Luther King – „I have a Dream" war die wichtigste Ansprache des farbigen US-Bürgerrechtlers während des Marsches seiner Bewegung nach Washington, wo sie Arbeitsplätze, Freiheit und Gleichheit speziell für die afroamerikanische Bevölkerung einforderte. Der bei einem Attentat 1968 ermordete Baptistenpastor erhielt 1964 für sein Eintreten gegen soziale Unterdrückung und Rassismus den Friedensnobelpreis.



Glenn Beck – Der 56-jährige US-Fernsehmoderator sieht sich selbst als Personifizierung der uramerikanischen Leitwerte. So tritt er für eine hohe Eigenverantwortung ein. Zwar soll der Bürger durch private Spenden die Nächstenliebe leben, doch wie weit diese Nächstenliebe geht, soll jeder für sich entscheiden. Einen umverteilenden Wohlfahrtsstaat lehnt er ab, genauso wie eine Staatsverschuldung. Der Konservative sieht die Familie als Eckpfeiler der Gesellschaft und tritt für ein liberales Waffenrecht ein.

Sarah Palin – Die republikanische Politikerin hatte bei ihrer Kandidatur als Vizepräsidentin 2008 für ihre selbst für US-Konservative prägnanten Auffassungen noch so manche Häme einstecken müssen. Nun beschert die gewandelte Stimmung in den USA ihrer Tea-Party-Protestbewegung regen Zulauf.



William Penn – Der posthum 1984 von US-Präsident Ronald Reagan zum US-Ehrenbürger ernannte Pilgervater (1644–1714) ist auch der Gründer und Namensgeber des US-Bundesstaates Pennsylvania. Für ihn war die Gründung der Kolonie ein „heiliges Experiment", in dem der britische Glaubensflüchtling mit anderen englischen und deutschen Quäkern einen Ort der Religionsfreiheit und des gelebten Liberalismus schaffen wollte.

Der Fremde im Weißen Haus

Hatten viele US-Bürger Obama zunächst fast als Messias gefeiert, fremdeln sie jetzt

Barack Hussein Obama müsste heute eigentlich der populärste Präsident der USA sein. Nach erst 19 Monate im Amt hat er vielleicht mehr erreicht als viele seiner Amtsvorgänger: die Einführung einer Gesundheitsversicherung für alle, den Abzug der Kampftruppen aus dem Irak und sogar General Motors macht wieder Gewinn. Doch seine Popularität ist im Sinkflug und erreicht Tiefstwerte.

Die Medien, die einst dem linksliberalen Präsidenten so freundlich gesonnenen waren, rücken von ihm ab. Die Gemütslage bei den Anhängern Obamas ist von Zweifeln geplagt. Die Verächter des Präsidenten, die ihn als Sozialisten und Islamisten verunglimpfen, triumphieren und sehen sich durch Umfragen bestätigt. Dem einflussreichen TV-Moderator von „Fox News", Glenn Beck, gelang es Ende August, über 100000 Obama-Gegner vor dem Lincoln Memorial zu versammeln. Dort hatte 47 Jahre zuvor Martin Luther King seine Predigt „I have dream" gehalten.

Die konservative „Tea-Party-Bewegung" unter Führung der ehemaligen Vize-Präsidentschaft-Kandidatin Sarah Palin macht in allen Landesteilen Front gegen die Regierung Obama. Zahlreiche Mitglieder dieser Bewegung wollen am 2. November bei den Kongresswahlen kandidieren. Sollte hier der Opposition ein Sieg gelingen, würde der Präsident seine bisherige komfortable Mehrheit im Parlament verlieren.

Sein Eintreten für den Bau einer Moschee in Sichtweite des symbolträchtigen „Ground Zero" in New York befeuerte zudem seine Kritiker. Bis zu einem Viertel der Amerikaner halten Obama für einen Moslem. Ihm wird unterstellt, er habe mit einer gefälschten Geburtsurkunde eine Verschwörung zur Machtübernahme in den USA vorbereitet. Zweimal musste das Weiße Haus in den letzten Wochen Beweise dafür vorlegen, dass er Christ sei, täglich bete und den Beistand von Pastoren suche.

Mittelschicht hat Probleme mit Identifizierung

Immer mehr Amerikaner erkennen in ihrem Präsidenten etwas Unamerikanisches und fremdeln daher. Amerika wurde von Pionieren aufgebaut, denen die Familie und die Religion sehr am Herzen lagen. Die amerikanischen Einwanderer kamen als Flüchtlinge aus Europa, denen der „alte Kontinent" keine Luft mehr zum Atmen gelassen hatte. Amerikaner fürchten daher abgehobene Regenten und den starken Staat. Nun scheint Obama mit der staatlichen Krankenversicherung die Regulierungswut der öffentlichen Hand auch in den USA einzuführen.

Mit den Worten vom „Wandel" schürte Obama im Wahlkampf 2008 große Hoffnungen. Ähnlich dem „New Deal" von Franklin D. Roosevelt wollte Obama das Land mit großen Reformgesetzen umkrempeln. Doch der Erfolg scheint auszubleiben. Durch die Interventionen des Staates stiegen die Schulden gigantisch, die Arbeitslosigkeit aber blieb auf hohem Niveau. Und schon spricht man von einer neuen Immobilienkrise.

Der Webdienst „Politifact" hat ausgerechnet, dass der Präsident von 502 Wahlversprechen schon 149 eingelöst und nur 19 gebrochen habe. Doch diese beeindruckende Bilanz hilft kaum weiter, wenn es dem Amtsinhaber nicht gelingt, die Erfolge seiner Politik zu verkaufen. Im Vergleich zu Ronald Reagan und Bill Clinton fehle Obama dazu der notwendige Schuss Populismus, meint der Publizist John Judis. Ein Präsident müsse den amerikanischen Mittelstand, der hart arbeitet, lebensnah ermutigen können. Diese Welt ist Obama, der von der Elite-Schmiede Harvard kommt, jedoch fern.

Obama, so klagen selbst ihm wohlgesonnene Kommentatoren, versage ausgerechnet im zentralen Feld der Kommunikation. Er wirke wie ein kalter, „desinteressierter Technokrat". In der Schlacht zeige er keine Härte und Tapferkeit, sondern schüttele am liebsten jedem die Hand. Kurz gesagt, sei er ein schwacher Verkäufer seiner eigenen Politik – ganz anders als Bill Clinton. Dieser sei zwar kein Heiliger gewesen, so Volkes Meinung, aber bei ihm sahen sich die meisten in guten Händen. Daher gelang ihm die Wiederwahl, worauf heute bei Obama nur noch die Wenigsten wetten mögen. *H. E. Bues*



Nicht amerikanisch genug: Der farbige Absolvent einer Elite-Universität setzt vor allem auf einen starken Staat. Bild: photoshot

Wen wählen die Amerikaner im November?

Repräsentantenhaus und Senat heißen die beiden Kammern des parlamentarischen Systems in den Vereinigten Staaten von Amerika. Zusammen werden beide Kammern als „Kongress" bezeichnet und tagen im „Kapitol". Die Gesetze der USA müssen in gleichlautendem Text von beiden Kammern verabschiedet werden. Der Präsident hat ein Veto-Recht, das nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit überstimmt werden kann. In beiden Häusern des Kongresses besitzt die „Demokratische Partei" des Präsidenten Obama derzeit eine Mehrheit.

Alle zwei Jahre werden jeweils ein Drittel der Abgeordneten und Senatoren neu gewählt. Sinn dieser Regelung ist, dass die Arbeitsfähigkeit des Parlaments dadurch besser erhalten bleibt soll, als wenn alle Mitglieder alle vier Jahre neu gewählt werden müssten, wie dies in Deutschland der Fall ist.

Ein Drittel muss sich zur Wahl stellen

Für den Präsidenten kann dieses System allerdings viele Unannehmlichkeiten mit sich bringen. Ist man mit seiner Regierung relativ unzufrieden, neigen die Wähler zur Halbzeit eines Präsidenten dazu, die Oppositionspartei zu wählen. Dies kann Barack Obama auch am 2. November passieren, wenn wieder Neuwahlen zum Kongress angesetzt sind. Meinungsumfragen sehen derzeit die oppositionellen Republikaner mit zehn Prozentpunkten vorn.

Der Präsident schaltet sich daher aktiv in den Wahlkampf ein, um eine Trendwende herbeizuführen. Er wählt aggressivere und populistischere Formulierungen. Ähnlich wie sein Vorgänger bezeichnet er nun den Kampf gegen das Terror-Netzwerk al-Kaida als größte Herausforderung. Doch bisher nehmen ihm die US-Bürger den starken Mann nicht ab. *H.E.B.*

Das verschwundene Land

US-Bürger vermissen die ehemals »unbegrenzten Möglichkeiten«

Die USA galten über Generationen als das Reich des Aufbruchs, gemacht für Tatmenschen. Wer mit genügend Energie und Optimismus ans Werk ging, der konnte hier alles werden, ungehemmt von Standesgrenzen, erdrückenden Steuern und der Missgunst neidischer Nachbarn.

Dieses Bild lockte Millionen ehrgeiziger Auswanderer in die Vereinigten Staaten und verlieh ihren Bewohnern das gute Gefühl, am besten Ort der Welt zu sein. Dass dieses Land die globale Führung übernehme, schien nachgerade logisch, denn die USA war gleichbedeutend mit Zukunft ohne Grenzen, Wachstum ohne Schranken.

Diese Binnen- wie Außenwahrnehmung hat in der jüngsten Zeit beträchtliche Kratzer abbekommen. Und das schon vor Beginn der Finanzkrise. 2007 ergab eine Umfrage der Bertelsmann-Stiftung in den USA, China, Japan, Frankreich, Großbritannien, Russland, Indien, Brasilien und Deutschland, dass die insgesamt 9000 Befragten die USA auf dem absteigenden Ast sahen. Zwar nannten auf die Frage „Wer regiert die Welt?" noch über 80 Prozent die Vereinigten Staaten, für 2020 aber wollten das nur noch 61 Prozent so sehen, während hinsichtlich Chinas der Wert von 50 auf 57 Prozent stieg.

Neben der Stärke in Wirtschaft, Bildung, Forschung und Militär wird ein erfolgreiches und attraktives Gesellschaftsmodell stets für besonders wichtig erachtet, um den Rang einer Weltmacht beanspruchen zu können. Gerade was die Wirtschaft und noch das Gesellschaftsmodell angeht, sehen immer mehr Menschen die USA kritisch.

Aufstiegschancen und Opitmismus schwinden allmählich

Das Gesellschaftsmodell der USA beruhte stets auf dem Vertrauen auf Eigeninitiative, mit der es angeblich jeder nach oben schaffen könne. Die amerikanische Mittelschicht aber erlebt gerade das genaue Gegenteil. Forscher wollen ermittelt haben, dass der wirtschaftliche Aufstieg sogar im vermeintlich verkrusteten Deutschland mittlerweile leichter zu schaffen sei als in den USA. Dort gelte wie einst im alten Europa: Wer unten geboren wurde, der bleibe auch unten.

Dies raubt der amerikanischen Mittelschicht ihren wichtigsten Schatz: ihren scheinbar unzerstörbaren Optimismus. Von der Außenwelt bewundert, schafften es die „Yankees", aus jeder Krise mit neuer Zuversicht aufzustehen und die Hoffnung nicht zu verlieren. Nun aber, da sich das Versprechen des für jeden möglichen Aufstiegs zunehmend als leer entpuppt, geht dieser Optimismus immer mehr US-Amerikanern verloren.

„Wir wollen unser Land zurück" ist die Parole der rechten „Tea Party"-Bewegung. Damit trifft die überaus erfolgreiche Bewegung den Nerv von Millionen: Verstört erkennen sie ihre Vereinigten Staaten von Amerika nicht wieder, glauben sich in ein anderes Land versetzt. Sie wollen wieder optimistisch in die Zukunft gehen, an ihre Stärke und die ihres Landes wieder glauben können. Es ist zweifelhaft, ob dieses Land je zu ihnen zurückkehrt. *H.H.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **8394**

Wirklichkeit erstickt Kinderwunsch

Unsichere Arbeitsplätze, instabile Beziehungen und unflexible Betreuungsmöglichkeiten wirken sich aus

Thilo Sarrazin befasst sich in „Deutschland schafft sich ab“ keineswegs nur mit dem Thema Integration. Auch rechnet er vor, wie sich wichtige wirtschaftliche Daten bei der jetzigen Geburtenziffer von 1,38 Kindern je Frau verschlechtern werden und um wieviel besser alles wäre, wenn die Geburtenziffer wenigstens bei 1,6 läge. Laut Umfrage wünschen sich die Deutschen auch Kinder, doch in den Geburtenzahlen schlägt sich dieser Wunsch nicht nieder.

„Entschuldigung, ich bin mal wieder nicht rechtzeitig aus dem Büro rausgekommen und dann war noch ein Traktor auf der Landstraße vor mir“, abgehetzt eilt die Mutter über den Schulflur. Schon wieder ist sie eine Viertel Stunde zu spät, um ihren Sohn abzuholen. Doch die 61-jährige Grundschulbetreuerin sagt schon gar nichts mehr, schiebt der Frau ihren Sohn entgegen und schließt den Raum ab. Ihr tun die Mütter von heute leid, sie zerreißen sich zwischen Arbeit und Familie und irgendwie kommt alles zu kurz. Wie viel besser hatte sie es doch, dass sie sich in den 80er und 90er Jahren ganz der Familie hat widmen können. Obwohl: Schon damals war es eng, mit nur einem Gehalt über die Runden zu kommen. Noch heute maulen ihr ihre Töchter die Ohren voll, dass sie traumatisiert seien wegen der Klamotten von C&A und des uralten Familienautos, was ihnen damals beides Hänseleien in der Schule eingebracht habe.

Keine 70 Kilometer Luftlinie entfernt bricht für den 45-jährigen Familienvater Markus Schümann gerade die Welt zusammen. Eben wurde ihm und seinen Kollegen mitgeteilt, dass ihr Arbeitgeber mit einem anderen Unternehmen fusioniert. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass sein Arbeitsplatz nach der Fusion nicht mehr existieren wird. Er denkt an seine Frau, die auf sein Drängen seit nun zwölf Jahren zu Hause ist, sich ganz um die drei Kinder kümmert und sich darauf verlässt, dass er das Geld verdient, um die Hausfinanzierung, das Auto und alle laufenden Kosten zu bezahlen. Doch was wird nun? Wo bekommt er in seinem nicht mehr ganz jugendlichen Alter in der strukturschwachen Region schnell einen neuen Job her, bevor er und seine Familie nachher gar zum Hartz-IV-Fall werden?

Diese beiden Beispiele zeigen, welche Gefahren und Entsagungen es in sich birgt, wenn Familien nur auf ein Einkommen setzen. Die „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes im Rahmen der Globalisierung“, wie es so schön heißt, hat dazu geführt, dass Arbeitnehmer schlechter vor Kündigungen geschützt sind und in den letzten Jahren immer öfter auf Gehaltserhöhungen, Weihnachts- und Urlaubsgeld verzichten mussten. Wobei der Staat als Arbeitgeber hier vor allem im Bereich der Akademiker keine Vorbildfunktion übernimmt. Zwar hatte Ursula von der Leyen (CDU) in ihrer früheren Funktion als Bundesfamilienministerin betont, wie wichtig es sei, dass auch viele Akademiker Kinder bekämen, doch gerade die Hochschulen bieten häufig nur befristete Stellen, die eine langfristige private Planung unmöglich machen.

Ein Einkommen allein reicht bei immer weniger Familien

Erfreulicherweise ist das allgemeine Wohlstandsniveau trotz allem gestiegen, doch das lässt sich immer öfter nur finanzieren, wenn das Familieneinkommen aus mehr als einem Gehalt besteht. Erfüllen sich junge Paare nun ihren Kinderwunsch, stecken sie häufig in der Zwickmühle, entweder ihre Konsumwünsche oder die Zahl der Wunschkinder zu reduzieren oder den für ein Baby daheim bleibenden Elternteil schnell wieder in die Berufstätigkeit – zumindest Teilzeit – zurückkehren zu lassen. Das hat dann zur Folge, dass immer öfter Betreuungsplätze für Kinder nachgefragt werden. Bei der Ende August veröffentlichten Allensbach-Umfrage wünschten sich so auch die meisten befragten Eltern einen Ausbau der Kinderbetreuung. Hier wiesen vor allem Frauen darauf hin, dass sie sich flexiblere Betreuungszeiten wünschten. Die Mehrheit der Befragten zog den Ausbau von Kindergartenplätzen sogar einer stärkeren direkten finanziellen Unterstützung vom Staat vor.

Immer wieder hört man Eltern von den Mühen berichten, Betreuungsplätze in der Nähe zu bekommen und Arbeit und Betreuungszeiten miteinander in Einklang zu bringen. So mancher Wunsch nach einem weiteren Kind blieb wohl auch durch das Hin- und Hergehetze zwischen Kita, Arbeit, Arbeit und Kita auf der Strecke.

Neben den finanziellen Gründen strebt zwar ein Teil der jungen Mütter auch aus Gründen der Karriere schnell wieder zurück in den Beruf, doch hier sind ihre Motive häufig anders gelagert, als es sich die Frauenbewegung der 60er und 70er Jahre vorgestellt hat. Die jungen Mütter von heute wissen, dass sie bis 67 Jahre arbeiten müssen, sie haben häufig gesehen, welche negativen beruflichen Folgen eine zu lange Kinderpause bei ihren eigenen Müttern hatte und sie wissen, dass Beziehungen heute nicht mehr für die Ewigkeit gemacht sind. Vor allem gut ausgebildete Frauen wollen nicht das Risiko eingehen, im Falle einer Trennung vom Kindsvater plötzlich zum Sozialfall zu werden. Sie sind sich bewusst, dass alleinerziehende Mütter die Armutsstatistiken anführen und das neue Unterhaltsrecht ihnen sogar eine berufliche Tätigkeit abverlangt. Außerdem ist es für viele auch schlicht ein schönes Gefühl, für einige Stunden am Tag die eigenen beruflichen Fähigkeiten einzusetzen, zumal Familienarbeit in der heutigen Gesellschaft wenig Anerkennung erfährt.

Aber auch Veränderungen im Privaten haben dazu geführt, dass die Deutschen sich ihre Kinderwünsche nicht erfüllen. Zwar betont die Studie „Jugendsexualität 2010“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, dass junge Menschen heute später Sex haben und dann auch häufig mit einem festen Partner, trotz allem handelt es sich hier zumeist um Lebensabschnittspartner. Während bis vor wenigen Jahrzehnten überwiegend mit Anfang 20 eine Familie gegründet wurde, setzt die Familiengründungsphase heute gut ein Jahrzehnt später ein. Ob man dann allerdings gerade den richtigen Partner hat und dann auch noch biologisch alles klappt, wie es soll, ist ungewiss. *Rebecca Bellano*



Immer weniger Babys: 2009 wurden nur noch 651 000 Kinder geboren, 1990 waren es noch 905 675. Bild: laif

MELDUNGEN

Berlin schlug sich am besten

Berlin – Die deutsche Hauptstadt ist besser durch die Weltwirtschaftskrise gekommen als alle anderen Bundesländer. In einer Länderrangliste, welche die „Wirtschaftswoche“ veröffentlichte, wurde das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der 16 Bundesländer von 2009 dem des Boomjahres 2006 gegenübergestellt. Berlins BIP wuchs in die Zeit um einen Spitzenwert von 3,9 Prozent, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern (1,9), Schleswig-Holstein (0,6) und Hamburg (0,3 Prozent). Alle übrigen Länder verloren an Wirtschaftsleistung, am stärksten das Saarland (-5,8 Prozent), gefolgt von Baden-Württemberg (-3,8), Rheinland-Pfalz (-3,0) und Niedersachsen (-1,9 Prozent). Insgesamt schrumpfte die deutsche Wirtschaft 2009 gegenüber 2006 um 1,4 Prozent. *H.H.*

Fall Brunner als Trendwende?

München – Das deutliche Bekenntnis der Münchner Richter im Brunner-Prozess zu langen Haftstrafen trotz der Jugendlichkeit der Täter, stieß in der deutschen Presse auf breite Zustimmung. In einigen Medien war sogar der Ruf nach noch härteren Strafen zu vernehmen. Kaum einer verwies auf die sozialen Verhältnisse, aus denen die Angeklagten stammen, um so Milde für sie einzufordern. Das ist insoweit verwunderlich, weil dies in den letzten Jahrzehnten üblich war. Doch trotz aller Nachsicht und pädagogischem Einsatzes ging die Jugendkriminalität nicht zurück, im Gegenteil. Ein Zeichen dafür, dass sich hier eine Trendwende abzeichnen könnte, sind die positiven Reaktionen auf das Buch der verstorbenen Jugendrichterin Kirsten Heisig. „Das Ende der Geduld: Konsequent gegen jugendliche Gewalttäter“ ist ein Bestseller. *Bel*

Fehler bei Rentenbescheiden

Ausbildungszeiten falsch angerechnet, doch das kann Vorteile haben

Die „Bild“-Zeitung und andere Medien meldeten vor wenigen Tagen, dass zahlreiche Rentenbescheide der „deutschen Rentenversicherung“ falsch seien. Die „Bild“ machte den Rentnern Hoffnung auf einen „Zuschlag“ von bis zu 40 Euro monatlich, weil das Bundesversicherungsamt (BVA) im vergangenen Jahr geprüft hatte, ob die Rentenversicherungsträger die mehrfach geänderten Vorschriften zur Anerkennung von Ausbildungszeiten bei der Berechnung der Altersgelder korrekt berücksichtigt haben.

Der Vorwurf: „In ungefähr jedem zehnten geprüften Fall“ wurden die Verdienste der Betroffenen unkorrekt gewertet oder ihnen zustehende Zuschläge vergessen, heißt es. Konkret geht es um die Kennzeichnung von Entgelten im Versicherungskonto, die als Lehrzeiten günstiger bewertet werden könnten. In Einzelfällen kann es dann zu einer bedeutenden Rentenerhöhung kommen.

Diese Sonderbestimmung zur Besserbewertung der Berufsausbildung kollidiert jedoch mit einer anderen Günstigkeitsbestimmung, die das BVA bislang nicht überprüft hat und die in der Berichterstattung der Medien meist vergessen wurde. Konkret handelt es sich um den § 262 Sozialgesetzbuch VI, nach dem langjährige Versicherte, die vor dem 1. Januar 1992 besonders geringe Verdienste erzielt haben, den Durchschnitt ihrer Verdienste angehoben bekommen, was zu einer wesentlich besseren Rente führt.

Diese Rechtsvorschrift soll besonders sozial Schwachen zu Gute kommen, die besonders lange berufstätig gewesen sind. Hier kann es passieren, dass durch die Kennzeichnung der fraglichen Beiträge als Berufsausbildungszeiten diese die Anwendung des § 262 Sozialgesetzbuches VI ausschließen, weil die erforderliche Mindestzeit an Beiträgen nicht mehr gegeben wäre. Wenn aber diese Rechtsvorschrift nicht mehr zur Anwendung kommt, kann das zu einer niedrigeren Rente führen.

Hier überlagern sich zwei Spezialvorschriften

Hier überlagern sich zwei Spezialvorschriften, die eigentlich dafür gedacht waren, Benachteiligungen (geringer Verdienst in den ersten Berufsjahren und geringer Verdienst im gesamten Berufsleben) auszugleichen und mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen.

Letztlich zeigt sich hier, dass die Entrümpelung von gesetzlichen Vorschriften auch im Bereich der Sozialversicherung notwendig wäre, denn was nutzt dem Versicherten oder dem Rentner eine soziale Wohltat, wenn nur noch Experten in der Lage sind, diese Bestimmungen zu verstehen, um sie auch in Anspruch nehmen zu können.

Wer von seinem Versicherungsträger zwecks Kontenklärung angeschrieben wird, sollte besonders gründlich darauf achten, ob bereits die ersten Berufsjahre als Lehrzeit berücksichtigt worden sind.

In jedem Falle wäre es sinnvoll, sich eine Rentenauskunft anzufordern, bevor man den Nachweis über die Berufsausbildung erbringt. Nur so kann kontrolliert werden, ob die Berücksichtigung der Berufsausbildungszeiten sich auch tatsächlich günstig auswirken. Eine plakative Schuldzuweisung an die Versicherungsträger, die zudem unter einem erheblichen Personalabbau zu leiden haben, erscheint dagegen nicht gerechtfertigt. *Theo Maass*

»Geht woanders spielen«

Nicht nur Linksextreme suchen Gewalt gegen Polizei

Dass es Krawalle geben würde, stand von Anfang an fest. So ist es jedes Mal, wenn das links-alternative Hamburger Schanzenfest endet. Auch das Hoffen des schwarz-grünen Senats auf ein friedliches Ende verhinderten die Festnahmen, die Verletzten und die Zerstörung nicht. Allerdings kann man in der Bilanz einige Knospen der Hoffnung erkennen.

Weniger, weil das Ausmaß der Unruhen nicht an das der Vorjahre anknüpfte. Alle Seiten lobten das gezielte und konsequente Vorgehen der Polizei, die sich lange Zeit zurückhielt. Das war nicht zuletzt dem Einsatz vieler Schanzenbewohner – darunter auch Linksautonome – geschuldet, die sich energisch gegen Provokateure aus den eigenen Reihen wehrten.

So schlossen viele Cafés demonstrativ zur Abendstunde („geschlossen gegen Gewalt“), aus dem Fenster hängende Banner rieten zugereisten Chaoten: „Geht woanders spielen.“ Einige Autonome betätigten sich anfangs als Feuerlöscher und versuchten, Genossen an der Errichtung von Barrikaden zu hindern. „Das ist unser Viertel, verschwindet von hier“, bekamen viele irritierte zugereiste Krawalltouristen zu hören.

Bezeichnend ohnehin, dass keiner der 42 Festgenommenen aus dem Szeneviertel kam, die Hälfte von ihnen noch nicht mal aus Hamburg. Nach Polizeiangaben waren fast alle Festgenommenen alkoholisiert. Zudem hatten viele einen Migrationshintergrund. Indiz dafür, dass das Stadtteilfest bei vielen als willkommener Anlass gilt, sich einfach nur mit „den Bullen“ anzulegen.

Randalierer, die in kleinen Gruppen agierten, zerstörten mehrere Schaufenster und legten zeitweise eine naheliegende S-Bahn-Strecke lahm. Einige Passanten erlitten Schnittwunden, die Polizei beklagte elf verletzte Beamte. *Carlo Clemens*

MELDUNGEN

Letzte Ruhestätte gefunden

Eger (Cheb) – Am 11. September findet die feierliche Einweihung der deutschen Kriegsgräberstätte in der tschechischen Stadt Eger statt. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. erwartet bis zu 2000 Gäste, unter ihnen deutsche wie tschechische Politiker. „Wir haben beim Bau dieses Friedhofes sehr eng mit der Stadtverwaltung Cheb zusammengearbeitet, und ich bin überzeugt, dass hier eine Stätte der Begegnung zwischen Deutschen und Tschechen entsteht. Das bringt uns im Bemühen um Verständigung einen guten Schritt voran“, sagt Volksbund-Präsident Reinhard Führer. Von den 5598 Toten, die an 145 verschiedenen Orten geborgen wurden und nun auf der deutschen Kriegsgräberstätte in Eger ruhen, hat der Volksbund 2734 identifiziert. Ihre Namen und Lebensdaten sind auf Grabkreuzen verzeichnet. *VB/Bel*

Terrornest in Aceh aufgelöst

Jakarta – Seit dem 26. August stehen 20 von inzwischen 200 gefassten islamischen „Gotteskriegern“ vor Gericht und müssen sich für den von ihnen verbreiteten Terror rechtfertigen. Einigen droht die Todesstrafe. „Al-Kaida in Aceh“ nennen sie sich und ihr Ziel ist die Tötung aller „Westler“, von Touristen bis zu den Mitgliedern von Hilfsorganisationen. Zudem stehen Angriffe auf Christen und deren völlige Vertreibung auf dem Programm. Ihr Trainingslager, das vor kurzem entdeckt wurde, liegt in der von militanten Moslems beherrschten Provinz Aceh auf der indonesischen Insel Sumatra. Die Gruppierung sieht es als ihre heilige Pflicht an, aus allen Provinzen Männer für den Dschihad zu trainieren, um die Moslems in Afghanistan, dem Irak und in Palästina zu unterstützen. *J.F.*

Integration nach Schweizer Art

Auch die Eidgenossen streiten über den rechten Umgang mit Ausländern – Am Ende entscheidet das Volk

In der Schweiz wird die von Thilo Sarrazin angestoßene Diskussion zur Ausländerpolitik mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Aus gutem Grund: Im eigenen Land haben es die Eidgenossen mit einem Ausländeranteil von über 22 Prozent zu tun.

Wie viel Islam wollen Sie? Mit dieser provokant formulierten „Volksbefragung zur Asyl- und Ausländerpolitik“ positioniert sich die konservative Schweizer Volkspartei (SVP) bereits für die im Jahr 2011 anstehenden Nationalratswahlen. Gut möglich, dass dann auch ihr früherer Vormann und derzeitiger Vize Christoph Blocher noch einmal antritt, dessen unfreiwilliger Rückzug aus der Berner Bundesregierung das harmoniegeprägte Schweizer Konkordanzsystem ins Wanken gebracht hatte.

Blochers jüngster Auftritt im Zürcher Hotel Mariott jedenfalls wurde von seinen Parteifreunden als inoffizielle Kandidatur verstanden. Der vormalige Justiz-Bundesrat hatte in seinem Vortrag heftigen Widerstand gegen jede weitere Annäherung an die EU angekündigt. Brüssel und Schengen, also die europäische Freizügigkeitsregelung, der sich auch die Schweiz angeschlossen hat, werden nämlich auch für die zunehmende Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten, insbesondere aus der muslimischen Welt, verantwortlich gemacht.

In der Tat sprechen die nackten Zahlen eine deutliche Sprache. Nach Angaben der SVP, die durch regierungsamtliche Statistiken weitgehend bestätigt werden, lebten 1980 in der Schweiz etwa 50 000 Muslime. Seither hat sich diese Zahl verachtfacht; Ende 2009 wurden über 400 000 Islam-Gläubige gezählt, fast ein Viertel aller Ausländer.

Von den 7,8 Millionen Einwohnern der Schweiz sind 1,7 Millionen Ausländer. Den größten Anteil stellen die Italiener (295 000), die Ex-Jugoslawen (195 000) und die Deutschen (165 000). Mit ihnen lebten die gastfreundlichen Eidgenossen bislang recht problemlos zusammen. Missstimmungen wie an der ETH Zürich, wo eine zu starke deutsche Dominanz unter Studenten und Dozenten beklagt wurde, waren eher seltene Ausnahmen.



Tritt Christoph Blocher 2011 erneut an? Er wird zwar im Oktober 70 Jahre, aber das hindert ihn nicht. Bild: Getty

Die verstärkte Zuwanderung aus islamischen Ländern aber schafft neue Probleme. So stieg die Ausländer-Arbeitslosigkeit auf fast das Doppelte der aktuellen Gesamtquote von 3,6 Prozent. Laut SVP sind 5,8 Prozent der Ausländer, aber nur 1,9 Prozent der Einheimischen auf Sozialhilfe angewiesen.

Dramatisch ist auch die Verteilung der Kriminalität zwischen Schweizern und Ausländern. Im Jahr 2008 (neuere Zahlen hat das Berner Bundesamt für Statistik noch nicht vorgelegt) wurden insgesamt 91 271 erwachsene und 14 632 jugendliche Straftäter rechtskräftig verurteilt. Davon waren 46 701 Erwachsene und 4435 Jugendliche Ausländer. Somit liegt der Anteil der Nichtschweizer an der Kriminalität insgesamt bei 48,3, bei den Erwachsenen sogar bei 51,2 Prozent. Und dies bei einem Bevölkerungsanteil von „nur“ 22 Prozent!

> Will man die Probleme lösen oder nur verlagern?

Je näher die Nationalratswahlen rücken, umso intensiver wird zwischen den politischen Lagern darüber gestritten, ob die bedrohlichen Entwicklungen eher mit einer Liberalisierung oder einer Verschärfung der Einbürgerungsgesetze in positivere Bahnen gelenkt werden können.

Das links-grüne Lager argumentiert, durch eine Lockerung der vergleichsweise restriktiven Einbürgerungspolitik könne man den zu hohen Ausländeranteil wieder herunterfahren. Dies mag rechnerisch stimmen, ob damit aber die Probleme wirklich gelöst oder nur verlagert werden, bezweifeln nicht nur die bürgerlichen Parteien.

Nach derzeitiger Regelung können Ausländer in der Schweiz eingebürgert werden, wenn sie zwölf Jahre im Lande gelebt haben, „in die schweizerischen Verhältnisse eingegliedert“ sowie „mit den schweizerischen Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuchen vertraut“ sind, die schweizerische Rechtsordnung beachten sowie die innere und äußere Sicherheit der Schweiz nicht gefährden. Die Zwölfjahresfrist kann für nachziehende Ehepartner auf fünf Jahre verkürzt werden. Über die Einbürgerungsanträge entscheiden die Kantone, teilweise auch die Gemeinde in Volksabstimmungen auf kommunaler Ebene. Erst dann kann das zuständige Bundesamt in Bern die Einbürgerung bewilligen, zunächst befristet auf drei Jahre. Nach Ansicht der SVP reichen diese im Vergleich zu Deutschland recht strengen Kriterien aber noch lange nicht aus.

Zusätzlich angeheizt wird die Stimmung in der Schweiz dadurch, dass in den nächsten Wochen zwei wichtige Regierungsposten neu zu besetzen sind. Zunächst hatte der sozialdemokratische Verkehrs- und Umweltminister Moritz Leuenberger seinen Rücktritt zum Jahresende angekündigt, dann zog Finanzminister Hans-Rudolf Merz nach: Der im Zusammenhang mit der Libyen-Affäre und den Finanzverhandlungen mit Washington eher glücklose FDP-Politiker will bereits Anfang Oktober sein Amt räumen. Neben den etablierten Parteien fordern nun auch die Grünen und die von der SVP angespaltene Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) eine angemessene Beteiligung an der Regierung. Das bewährte, kompliziert austarierte Allparteien-System steht damit vor einer erneuten Zerreißprobe.

Hinzu kommt, dass wichtige politische Entscheidungen in der Schweiz traditionell nicht allein von Parlament und Regierung durchgesetzt werden können, sondern in den meisten Fällen dem Volk zur abschließenden Entscheidung vorgelegt werden müssen. Bezüglich der Ausländer- und Einbürgerungspolitik hatte die jüngste Volksabstimmung, mit der ein weiterer Bau von Minaretten verboten wurde, durchaus Signalcharakter.

Hans-Jürgen Mahlitz

Verjährung als Ziel

Osteuropa: Alt-Geheimdienstler blockieren

Herta Müller, Deutsche aus Rumänien und 2009 Nobelpreisträgerin für Literatur, mag ihre alte Heimat nicht: „Die ehemalige Nomenklatur und die Geheimdienste haben alle Posten im Land unter sich aufgeteilt, was auch die allgemeine Korruption hier erklärt.“ Seit 2007, als Rumänien der EU beitrat, wurde alles schlimmer. Ceausescus Geheimpolizei Securitate, in den 1990er Jahren kaum behelligt, danach kurzzeitig vom „Nationalrat zum Studium der Securitate-Archive“ bedrängt, ist wieder obenauf, seit das Verfassungsgericht 2008 den Nationalrat für illegal erklärte. Ausgenommen von Deutschland, wo die DDR und ihre Stasi 1990 verschieden, haben sich im Osten Europas die alten Spitzelapparate in neue Geheimdienste gerettet.

In Tschechien machen sich 140 000 frühere Zuträger einen schönen Tag, noch mehr in Bulgarien. Dort ist das „Regenschirm-Attentat“ von 1979 auf den Dissidenten Georgi Markov verjährt, der Papst-Anschlag vom Mai 1981 wird es 2011 sein. Überall plädierten Belastete für „Schlussstrich und Neuanfang“ und sabotierten in Polen und Tschechien „Lustrationsgesetze“ – neue Geheimdienste sind (wie in Rumänien) zu 70 Prozent von alten Terrorkadern verseucht. In Bulgarien kursieren Namenslisten von Zehntausenden Ex-Geheimen, die aber jedes öffentliche Amt bekleiden dürfen.

Zu ihrer Rechtfertigung verweisen die neu-alten „Kader“ auf das schlechte Beispiel Albaniens, das sie verhüten wollen. Der alte Geheimdienst Sigurimi aus den Zeiten des Kalten Krieges hatte zwar kaum Auslandsspionage betrieben, dafür aber brutalsten Inlandsterror: 10 000 Mitarbeiter steuerten ein riesiges Spitzelnetz und unterhielten eigene Gefängnisse, Straflager und als albanische Spezialität „Internierungsdörfer“, in denen Verdächtige wie lebende Tote weggesperrt wurden. All das kommt nun mehr und mehr ans Licht, seit das Staatsarchiv mit Schweizer Hilfe geordnet wurde.

> Bloß nicht über Straflager reden

Motor der Aufklärung ist seit 2001 das „Zentrum zum Studium des Kalten Kriegs“. Damals spielte Albanien mit seiner Feindschaft zu Jugoslawien und später zur Sowjetunion und seiner Anhänglichkeit an China und Nordkorea eine Sonderrolle, für die sich heimische und ausländische Historiker brennend interessieren. *Wolf Oschlies*

Die Mär vom Generationswechsel

Birma: Erste Neuwahl seit 20 Jahren soll Demokratie vorspiegeln – Atomarer Ehrgeiz

Einer riesigen Pagode gleich wächst das Parlamentsgebäude von Birma (Myanmar) in der Hauptstadt Pyinmana (mit anderem Namen Naypyidaw) mit seinen drei mächtigen Türmen in die Höhe. Der Neubau soll eine neue Ära in dem seit 1962 von einer gnadenlosen Militärjunta regierten Land repräsentieren. Den das frühere, südostasiatische Königreich Birma mit der ehemaligen Hauptstadt Rangun am Unterlauf des Flusses Irrawaddy sieht laut Berichten offiziell einem Generationswechsel entgegen. Doch in Wirklichkeit wird sich nur wenig ändern, denn der alte Herrscher wird weiter aus dem Hintergrund fungieren und die ihm vertrauten, zurückgetretenen Generäle werden sich weiter im Zusammenspiel mit Nordkoreas Diktator Kim Jong II. intensiv um den Bau einer Atombombe bemühen.

Ihre Angst vor einer Invasion von außen, etwa durch die USA, war der Grund für die Verlegung des Regierungssitzes tief ins Inland. Von der Volksrepublik China finanzierte, panzertaugliche Straßen bis zur Küste sichern dem großen Bruder in Peking zugleich den strategischen Zugang zum Indischen Ozean. Rotchina wird also weiterhin zusammen mit der Junta die Fäden ziehen.

Im August wurden bereits mehr als 70 führende Militärs ausgewechselt, selbst in der obersten Spitze gab es Rückzüge der alten Männer aus den Ämtern. Der anscheinend spektakuläre Schritt zur Verjüngung der Führungskader erfolgte kurz vor der für den 7. November angesagten Wahl, der ersten seit 20 Jahren. Der äußerst zurückgezogen lebende und seit 1992 regierende 77-jährige Führer Than Shwe sowie sein ebenfalls 77 Jahre alter Vertrauter Maung Aye blieben trotz Rücktrittsgerüchten im Amt und lassen offen, wann sie ihre Uniformen ausziehen und welche Rolle sie im künftigen Birma spielen wollen.

Than Shwe: Der General will seinem Terrorregime einen legalen Anstrich verapssen. Bild: pa

Beobachter im benachbarten Thailand werten die ganze Prozedur denn auch als Farce, um dem berüchtigten Terrorregime im Ausland einen legitimen und zivilen Anstrich zu verpassen – einer korrupten Regierung, die ihren Finanzbedarf teilweise sogar aus Einnahmen des Drogenhandels im sogenannten Goldenen Dreieck speist. Für den Verdacht der Kritiker spricht, dass die Aktivisten des Landes für mehr Demokratisierung bei der Neuorientierung ausgeschaltet bleiben. Selbst der 2004 für mehr Reformen eingetretene Premierminister, Khin Nuyunt, wurde sofort aus dem Verkehr gezogen und ins Gefängnis gesperrt.

Die neue, handverlesene Generation der Militärs ist dafür bekannt, dass sie dem von seinen Gegnern als paranoid bezeichneten Than Shwe gegenüber zu 100 Prozent loyal sind. Schon jetzt, so der in den USA lebende Aktivist Win Min, wacht Shwe ängstlich darüber, dass alle Kräfte beseitigt werden, die seinem Vize gegenüber Anzeichen größerer Loyalität zeigen als ihm selbst.

Im neuen Parlament soll ein Viertel der Sitze ohnehin für das Militär reserviert sein. Zusammen mit den jetzt ins Zivilleben zurückgekehrten Methusalem-Offizieren, die für die Abgeordneten-Sitze der Partei Union Solidarity and Development Party (USDP) kandidieren wollen, dürfte es ihm ein Leichtes sein, das neu geschaffene Zerrbild einer Demokratie hinter den Kulissen zu beherrschen und nach seinen Wünschen zu manipulieren. Auch die Zahl der 40 zur Wahl zugelassenen Parteien trügt, ihre Führer kollaborieren längst mit der heutigen Spitze.

Die „Demokratie-Ikone“ des von Überflutungen und Willkür gebeutelten Landes, Aung San Suu Kyi, bleibt abwechselnd durch Gefangenschaft oder Hausarrest weiter ausgeschlossen. 1990 war die Friedensnobelpreisträgerin von 1991 erdrutschartig und mit überwältigender Mehrheit gewählt worden, durfte aber unter dem Diktat der alternden Generäle die Macht nicht übernehmen. Die Gegenpartei National League for Democracy (NLP), die für die Junta über lange Jahre die größte Bedrohung war, boykottiert die Wahlen ohnehin, da die Regeln „unfair“ und somit für Regimegegner chancenlos seien. Sie setzt, so der Aktivist Aung Naing Oo, auf eine biologische Lösung, durch den Tod der überalterten Junta-Bosse. „Erst in einigen Jahren werden wir Chancen sehen.“ *Joachim Feyerabend*

Leere auf dem goldenen Boden

Demographie, falsche Politik und fehlende Ausbildungsreife haben einen Lehrlingsmangel bewirkt

Vor wenigen Jahren waren Ausbildungsplätze rar, Betriebe hatten die Qual der Wahl. Heute quält sie ein Lehrlingsmangel, nicht zuletzt verschuldet durch eine chaotische Bildungspolitik.

Je höher der besuchte Schulzweig, desto angesehener ist die persönliche Bildungsbiographie. Für die Politik gilt es als „Integrationserfolg" für Arbeiterkinder und Migranten, wenn die Zahl der Gymnasiasten steigt – das Abitur als Eintrittskarte zum Erfolg. So stellt die Ausbildungsumfrage 2010 des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) fest, dass im Jahr 2009 etwa 420000 Jugendliche ein Studium antraten. Drei Jahre zuvor waren es lediglich 350000: Die Studienanfängerquote derjenigen, die in Deutschland Abitur gemacht haben, stieg folglich auf 34 Prozent. Dabei gibt es aus demographischen Gründen immer weniger von ihnen. 2010 waren es 880000, 25000 weniger als im Vorjahr. In Zeiten also, wo das Abitur nicht Ziel einer besonderen Auslese darstellt, sondern zu jedermanns „Grundrecht" umfunktioniert wurde, ist ein Imageschaden der Hauptschule, des untersten Schulzweigs, beinahe zwangsläufig.

In der Tat gibt es sie nur noch in sechs Bundesländern, wobei man in den rot-grün regierten Ländern Bremen und Nordrhein-Westfalen über deren Abschaffung debattiert. Insbesondere in den Städten gilt die Hauptschule als „Restschule" und Problemfall. Wer hier ist, scheint ausgeschlossen vom sozialen Aufstieg, die Bilder von „Rütli" geistern noch in den Köpfen. Kein Wunder, dass der Besuch eines solchen Schulzweigs als bedauerlich gilt. Dabei zählen Hauptneben Realschule zum Hauptrekrutierungsfeld von Ausbildungsberufen. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) kritisiert, dass politisch „allein der Akademisierung das Wort geredet" werde.

Branchen wie Industrie, Handel und Handwerk klagen über immer weniger Bewerber. 2009 blieben 50000 Azubi-Stellen unbesetzt. Dabei müssen handwerkliche Kleinbetriebe und Mittelständler nicht nur gegen die „großen Namen" bestehen, die für Bewerber oftmals attraktiver scheinen. Im Berufsbildungsbericht 2010, im März herausgegeben vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), werden für dieses Jahr 20000 Lehrstellen weniger prognostiziert (minus 3,5 Prozent zum Vorjahr). Die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" berichtet unter Berufung auf eine Analyse der Bertelsmann-Stiftung, dass sich in den nächsten fünf Jahren die Lehrlingszielgruppe der 19- bis 24-Jährigen in den neuen Bundesländern halbieren wird. Spätestens im Jahr 2025 nähme auch Westdeutschland – mit Ausnahme einzelner Ballungsgebiete – eine ähnliche Entwicklung. Und siehe da: In Stuttgart sank die Anzahl der Bewerber bereits 2009 auf 5200. Fünf Jahre zuvor waren es noch 2000 mehr.

> Die Hälfte der Betriebe bietet Nachhilfe für ihre Azubis an

Not macht kreativ: Da es wenige mitteldeutsche Betriebe schaffen, westdeutsche Jugendliche anzulocken, greift man vermehrt auf Berufsumsteiger und Ältere zurück. Auch setzt man Hoffnungen in junge Polen und Tschechen und initiiert Anwerbeprogramme. In Cottbus beispielsweise bietet man Zuwanderern eine Ausbildungsplatzgarantie an. Voraussetzung ist die Teilnahme an einem Kurs für deutsche Sprache und Kultur. Manch einer wartet auf den 1. Mai 2011, wo die Freizügigkeit für Arbeitnehmer in der EU auch auf Osteuropa ausgeweitet wird. Aber die Nachfrage ist gering, da junge Leute auch jenseits der Grenzen gebraucht werden.

Da immer weniger Angebot auf immer weniger Nachfrage stößt, spürt der einzelne Jugendliche vorerst wenig von den Folgen der Entwicklung. Doch die Betriebe gehen hart ins Gericht: Neben der demographischen Misere seien es vor allem fehlende Qualifikation, die Betriebe zum Verzicht veranlassen. Laut DIHK beanstanden drei Viertel aller befragten Unternehmen „mangelnde Ausbildungsreife" bei den Bewerbern. 54 Prozent stellten Defizite in der deutschen Sprache fest, die Hälfte in Mathematik. „Außerdem nehmen nach Aussage der Unternehmen Disziplin, Leistungsbereitschaft und Durchhaltevermögen der Schulabgänger ab", wie Berit Heintz, Leiterin des Referats Bildungspolitik und Schule im DIHK, gegenüber der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* bestätigt. Eine Langzeitstudie der BASF hat ermittelt, dass ein Hauptschüler anno 2008 im rechnerischen Teil bei Einstellungstests durchschnittlich 47 Prozent der Fragen korrekt löst (Realschüler: 56,4 Prozent). Im Vergleich zu 1975 ist das ein Rückgang von 35 Prozent (Realschüler: 26 Prozent). In der Rechtschreibung wurde ein ähnlicher Niveauverlust festgestellt, was sich mit den Einschätzungen der Betriebe deckt.

Gewerkschaften und Arbeitsagentur mahnen dagegen, kompromissbereiter zu sein. Viele leer ausgegangenen Betriebe hätten ein schlechtes Marketing. Dabei organisieren mehr als die Hälfte von ihnen bereits Nachhilfe für ihre Azubis.

Zur Fachkräftesicherung bedarf es eben nicht nur Akademiker, sondern vor allem auch leistungsfähiger Haupt- und Realschulen, die ordentlich auf die Ausbildungswelt vorbereiten. „Auf der einen Seite gilt es, leistungsschwächere und benachteiligte Jugendliche fit zu machen für die duale Ausbildung. Auf der anderen Seite müssen auch leistungsstarke Jugendliche, etwa Abiturienten und gute Realschulabgänger verstärkt angesprochen werden", resümiert ZDH-Generalsekretär Holger Schwannecke im „Magazin für Soziales, Familie und Bildung" der Bundesregierung.

Diese wiederum versucht, mit „Bildungslotsen" an Hauptschulen einiges wieder gutzumachen. Im Juni verkündete Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU), 1200 dieser hauptamtlichen Helfer zu entsenden. 1000 Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit und 1000 ehrenamtliche „Senior-Experten" sorgen für Ergänzung. In öffentlichen Vergabeverfahren bewerben sich Hauptschulen um die Betreuer, die den Nachwuchs ab der siebten Klasse bis ins erste Jahr der Ausbildung fördern und begleiten. Allein 2010 steckt das Bundesbildungsministerium 50 Millionen Euro in das Projekt. *Carlo Clemens*



Keine Lust auf Schwielen: Die politisch gewollte Akademisierung raubt dem Handwerk das Personal. Bild: pa

KURZ NOTIERT

Deutsche Bank warnt vor Geldvernichtung: Die Sorge der Deutschen vor Inflation lässt sie derzeit einen Bogen um langfristige Geldanlagen machen. Gleichzeitig meiden sie nach Erfahrungen der letzten Zeit Aktien und so liegen derzeit 1,8 Billionen Euro als kurzfristig verfügbare Einlage bei den Banken, die diesen aber kaum Gewinn bringen. Aber auch der Sparer schade sich mit dieser Anlagestrategie, warnt die Deutsche Bank, denn die Inflationsprognose für 2010 läge bei 1,5 Prozent, während die kurzfristigen Anlagen nur etwa ein Prozent Zinsen brächten – abzüglich Abgeltungssteuer. *Bel*

China folgt deutschen Standards: Die Deutsche Energie-Agentur (Dena) arbeitet an einem Regelwerk für die Regierung in Peking, das chinesische Hausbauer zum Energiesparen und zur Wärmedämmung verpflichten soll. China, das sich bisher an US-Baustandards orientierte, will nun bei Neubauten dem deutschen Vorbild folgen. Derzeit verbrauchen chinesische Häuser pro Quadratmeter vier Mal mehr Energie als deutsche. *Bel*

Keine Lust auf teure Ratings: Der Kfz-Zulieferer Dürr, der vor drei Wochen für Aufsehen in der Wirtschaftspresse sorgte, indem er verkündete, sich nicht mehr von den drei US-Ratingagenturen bewerten zu lassen, ist nicht das einzige deutsche Unternehmen, das in diesem Herbst ungeratete Anleihen auflegt. Auch Solarworld, der Generikahersteller Stada, die Autoverleiher Sixt, Adidas und das Versandhaus Otto verzichten bei ihren Anleihen auf die teuren, aber keineswegs unumstrittenen Ratings. *Bel*

Ärzte jammern auf hohem Niveau: Proteste von streikenden bayerischen Hausärzten konterte der „Spiegel" mit Berechnungen, laut denen das Einkommen der Mediziner trotz aller Reformen der letzten Jahre stark gestiegen sei. So verdiene ein Allgemeinmediziner im Schnitt nach Abzug aller Kosten wie Sprechstundenhilfe, Praxismiete, Laborbedarf und ähnlichem 13666 im Monat. 2007 waren es 11833 Euro. *Bel*

Deutscher Nettobeitrag explodiert

Bald zwölf Milliarden netto jährlich für die EU? – Mehr Beiträge, weniger Rückflüsse

Der deutsche EU-Beitrag kann netto bald zwölf Milliarden Euro im Jahr betragen, warnen Experten – ein Anstieg um fast die Hälfte (2009: 8,8 Milliarden, 2008 waren es noch 7,4 Milliarden). Grund sind schwindende Rückflüsse aus Brüssel. Doch die schwarz-gelbe Regierung in Berlin schwingt gerade den Rotstift, da droht der EU womöglich ein Streit, zumal vom deutschen Beitrag viel abhängt – gut 20 Prozent des EU-Haushalts.

Erst kürzlich regte der aus Polen stammende Brüsseler Haushaltskommissar Janusz Lewandowski an, eine direkte EU-Steuer einzuführen. Die Bundesregierung weist den Plan zurück. „Eine EU-Steuer oder die Beteiligung der EU an nationalen Steuern und Abgaben lehnen wir ab", heißt es im schwarz-gelben Koalitionsvertrag. Lewandowski sieht seine Idee aber als „Entlastung" der bisherigen nationalen EU-Beiträge. Die EU reagiere damit auf die Wünsche ihrer Mitglieder, weniger zu zahlen, auch auf die aus Berlin. Die Brüsseler Botschaft lautet: lieber direkt, als über euch.

Bisher erhält die Gemeinschaft den Großteil ihrer Mittel von den Regierungen der Mitgliedsländer. In dem Maße, in dem die förderbedürftigen neuen Bundesländer von der EU bezuschusst wurden, stiegen die deutschen EU-Beiträge. Nun ist Osteuropa Förderschwerpunkt. Der Prozess der EU-Erweiterung auch nach innen, in Form von mehr Kompetenzen für Brüssel, ist politisch von Berlin gewollt. Mehr zahlen zu müssen, sollte Schwarz-Gelb daher nicht überraschen. Bereits 2004 warnte ein französisches Finanzinstitut, Deutschland müsse bei Aufnahme weiterer Länder in die EU besonders hohe Lasten tragen.

> EU verteilt Milliarden um und hat hohe Verwaltungskosten

Mehr zahlen, weniger bekommen ist nun eine „Überraschung". Sie ist nicht allein dem Anstieg der EU-Ausgaben geschuldet. Europa soll mehr Aufgaben bekommen, auch mehr Behörden. Die drei Kürzel EBA, Eiopa und Esma stehen schon bald nicht nur für die europaweite Aufsicht über Banken, Versicherungen und Börsen. Die drei neuen EU-Institutionen greifen auch in den Bereich der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) ein. Ein neuer EU-Außendienst mit geplant mehreren Tausend Mitarbeitern in 130 Ländern ist ebenfalls teuer, seine Finanzierung offen, die Frage auf den Herbst vertagt. Deutschland hat diese Prozesse beispielsweise bei der europaweiten Kontrolle der Finanzmärkte ausdrücklich gefördert. Wer Kompetenzverschiebungen wie auch das jüngst vom Bundesverfassungsgericht abgesegnete Großprojekt EU-Rettungsschirm durchsetzt, sollte jedoch die außerordentlichen wie die regulären Ausgaben einkalkulieren. Doch die schwindenden Rückflüsse aus EU-Töpfen treffen die Regierung offenbar unvorbereitet. Es wird weniger Regionalförderung für Deutschland geben. Die neuen Länder fallen aus der Höchstförderung heraus.

Das Beispiel Brandenburg zeigt, dass weniger EU-Förderung auch auf Politikversagen vor Ort zurückzuführen ist. Wer die Verwendung der Mittel nicht nachweisen kann, verliert schnell im europäischen Förderpoker. Kritiker dieser finanziellen Verschiebungen von Subventionen aus dem deutschen in den EU-Haushalt und zurück in die Bundesländer fordern seit langem, Deutschland solle seine Regionen lieber selber fördern.

Niedrigere Direktzahlungen für die Landwirtschaft sind das zweite, noch größere Problem, das deutsche Beiträge netto steigen lässt. Die „Wirtschaftswoche" zitiert dazu ein internes Papier des Auswärtigen Amtes: „Eine Nivellierung auf niedrigem Niveau bedeutet signifikante Einkommenseinbußen für die deutschen Bauern", aber „eine Angleichung auf höherem Niveau würde hingegen zu einem deutlichen Aufwuchs des Agrarhaushalts führen". Beides ist eine Sackgasse. Statt über die leistbare Höhe deutscher Beiträge notfalls kontrovers zu verhandeln, setzt die Bundesregierung die Scheckbuchdiplomatie fort – für Europa, glaubt sie. Doch sie verstärkt nur die EU-Abhängigkeit vom Nettozahler Nummer eins, statt die Chance zu nutzen, auch umgekehrt die Verbesserung und Kontrolle europäischer Politik durch die deutsche als Chance zu nutzen. *Sverre Gutschmidt*

Aktionäre gesucht

Basel III: Banken benötigen Eigenkapital

Auf dem nächsten G20-Gipfel im November in Seoul sollen die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten über die verschärften Eigenkapitalregeln für Finanzinstitute abstimmen. Die vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht, dem die Notenbankchefs von 27 Nationen angehören, vorgestellten Änderungen werden die Banken weltweit teuer zu stehen kommen. Doch die Weltfinanzkrise hat gezeigt, wie wichtig es ist, dass Banken ihre Risiken mit genug Eigenkapital unterlegen.

> Änderung soll Banken stabiler machen

Schon im Vorfeld warnten Vertreter deutscher Großbanken jedoch davor, dass die Verengung der Definition, was künftig als Kernkapital gewertet werden darf, plus zusätzlicher Verdoppelung der Kernkapitalquote von zwei auf vier Prozent allein bei den zehn größten deutschen Banken zusätzliches Eigenkapital in Höhe von über 105 Milliarden erfordern würde. Die Alternative wäre, die Banken würden weniger Kredite vergeben, doch das könne – so hieß es fast schon drohend – nicht im Interesse der deutschen Politik und Wirtschaft sein. Als Kernkapital sollen bei Aktiengesellschaften künftig nur noch Stammaktien und Gewinnrücklagen anerkannt werden. Für die vor allem in Deutschland existierenden Sonderformen der Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Landesbanken wurde die Ausnahmegenehmigung erwirkt, dass Genussscheine und stille Einlagen mit Verlustbeteiligung zum „harten" Kernkapital gerechnet werden können, normalerweise sollen sie nur noch als „weiches" Eigenkapital bedingt anrechenbar sein.

„Eine hohe Eigenkapitalquote allein heißt doch nicht, dass die Bank stabiler ist, primär kommt es auf die Risiken an", sagt Gerhard Hofmann vom Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken und spielt auf das Eintreten der US-Amerikaner für eine hohe Kernkapitalquote an. Während viele US-Banken in den letzten drei Jahre strauchelten, obwohl sie eine hohe Eigenkapitalquote hatten, sei aus seinem Verband kein einziges Institut in die Knie gegangen. *Bel*

Anspruchshaltung

Von Hans Heckel

Man kann es verstehen, wenn sich fleißige, gesetzestreue und nicht nur auf dem Papier eingebürgerte Muslime zu Unrecht getroffen fühlen von einer Debatte, die wie alle großen politischen Diskussionen nicht ohne Pauschalisierungen abgeht. Dennoch schleichen sich zweifelnde Fragen in unser Mitgefühl.

Die Zweifel haben einen Grund: Von Necla Kelek und einigen wenigen anderen abgesehen betreten prominente Muslime fast immer nur dann die Bühne, wenn es darum geht, der deutschen Mehrheitsbevölkerung, der Politik, der Wirtschaft oder gar der Polizei Vorhaltungen zu machen, weil sie den Zuwanderern nicht genügend entgegenkämen. Die Bringschuld von Immigranten kommt entweder gar nicht oder nur floskelhaft am Rande zur Sprache.

Deren Position in der Sarrazin-Debatte war daher vollkommen vorhersehbar. Es stimmt etwas nicht mit diesen Lobbyisten. Bei ihnen hat sich eine, von deutschen Multikulturalisten kräftig beförderte Anspruchshaltung breitgemacht, die ebenfalls unbedingt Gegenstand der nunmehr versprochenen „großen Integrationsdebatte“ werden muss. Wenn es denn überhaupt eine Debatte gibt.

Teure Töchter

Von Rebecca Bellano

Obwohl die Änderungen bei den Eigenkapitalvorschriften für Banken, Basel III genannt, viel bedeutender sind als die nur jährlich eine Milliarde Euro betragende Bankenabgabe, spielen diese in der politischen Debatte offenbar keine Rolle. Ob das daran liegt, dass den meisten Politikern das ökonomische Verständnis fehlt, oder sich Basel III einfach weniger schlagzeilenträchtig anhört als Bankenabgabe, mag dahingestellt sein. Fakt ist, die Banken weltweit sollen demnächst ihre Risiken mit mehr Eigenkapital unterlegen.

Das ist im Grunde gut und wichtig, wenn auch im Detail derzeit noch schwer zu beurteilen. Doch die Bankenkrise brach ja in erster Linie nicht aus, weil die Banken zu viele reguläre, aber leider faule Kredite direkt in ihren Büchern hatten, sondern weil sie merkwürdige Wertpapierkonstrukte geschaffen hatten, die zum Teil gar nicht in ihren Bilanzen auftauchten. Wir erinnern uns noch an die Zeit, als plötzlich viele nie zuvor gehörte englische Namen irgendwelcher Auslands-Töchter unser doch als so grundsolide erachteten Landesbanken in die Schlagzeilen drängten. Besonders teuer wurde uns die Depfa Bank mit Sitz in Dublin, einer Tochter der Hypo Real Estate, deren Rettung den deutschen Steuerzahler Milliarden kosten wird. Wurde hier eigentlich schon etwas getan, um so etwas künftig zu verhindern?

Übersehene dünne Stelle

Von Konrad Badenheuer

Vor Jubel schier überschlagen hat sich die Bundesregierung über ihr neues energiepolitisches Gesamtkonzept. Gleich „epochale Bedeutung“ maß FDP-Chef Guido Westerwelle dessen wichtigstem Element, dem Kompromiss über die Restlaufzeit der deutschen Atomkraftwerke, bei. Doch gerade dieser – inhaltlich durchaus gelungene – Teil des Neun-Punkte-Pakets ist noch keineswegs in trockenen Tüchern.

Trotz allen rechtlichen Absicherungen, die die Bundesregierung gesucht hat, bleibt unklar, ob die Laufzeitverlängerung wirklich ohne Zustimmung des Bundesrates beschlossen werden kann. SPD, Grüne und mehrere Bundesländer haben angekündigt, in Karlsruhe gegen die Umgehung der Länderkammer klagen zu wollen. Sollte Karlsruhe anders urteilen als von der Bundesregierung erwartet, könnte die von Westerwelle ausgerufene „Epoche“ auf Null zusammenschrumpfen.

Zum Netzausbau steht in dem Konzept fast nichts

Doch dieses Risiko – mitsamt der Ankündigung von SPD-Chef Gabriel, im Falle eines Regierungswechsels die Laufzeitverlängerung gleich wieder einzukassieren – ist nicht die einzige dünne Stelle des so hoch gepriesenen Konzepts.

Ein eher noch größerer Schwachpunkt ist, dass das Papier keine konkreten Festlegungen für den Ausbau und die Modernisierung des Stromnetzes enthält. Doch hier besteht ein riesiger Investitionsrückstand, der noch dadurch verschärft wird, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien eigentlich einen dynamischen Ausbau des Stromnetzes erfordert, wie in dem Papier selbst nachzulesen ist. Die Masse des Windstroms beispielsweise wird in Norddeutschland (mit ganz unregelmäßigem Aufkommen) produziert, aber im Süden und Westen benötigt und verbraucht. Dieses Problem ist seit Jahren bekannt, aber auch das neue Konzept enthält dazu nur zwei Sätze wie: „Die Bundesregierung wird prüfen, ob und wie der Ausbau der deutschen Netzinfrastruktur durch wirtschaftliche Anreize und planerische Instrumente deutlich beschleunigt werden kann.“ In der öffentlichen Diskussion ist das angesichts der Fokussierung auf die Laufzeitenfrage weitgehend übersehen worden.

Trotz diesen beiden klaren Schwächen bleibt festzuhalten, dass der Bundesregierung nach einer monatelangen Hängepartie nun wieder in einer Frage von grundsätzlicher Bedeutung eine Entscheidung gelungen ist. Sie trägt, wie alle Seiten bestätigen, maßgeblich die Handschrift der Bundeskanzlerin.



Energiekonzept mit Schwächen: Die Berichterstattung über den Atomkompromiss stand ganz im Zeichen der Frage der Längernutzung der Kernkraft und des Ausbaus der erneuerbaren Energien. Übersehen wurde, dass das Papier zur Schlüsselfrage des Netzausbaus nichts Substanzielles enthält.

Bild: Ullstein

Gastkommentar:



20 Jahre Einheit: Trotz Widerständen Erfolgsgeschichte

Von Vera Lengsfeld

Kaum einer hat an sie geglaubt, viele haben sie nicht gewollt. Die deutsche Wiedervereinigung ist eine der glücklichsten, wenn nicht der glücklichste Moment in der deutschen Geschichte. Als am 9. November 1989 die Berliner Mauer fiel, waren Politiker und andere Experten überrascht. Sie hatten entscheidende Entwicklungsprozesse der vorangegangenen Jahre übersehen und die Dynamik der Ereignisse nach dem Jahreswechsel 1989 völlig unterschätzt.

Unbemerkt von der westlichen Öffentlichkeit hatte sich in fast allen sozialistischen Ländern in den 80er Jahren eine Opposition gegen das kommunistische Regime herausgebildet, die im Laufe des Jahrzehnts immer aktiver und effektiver wurde. In der DDR versammelte sich diese Opposition in den Räumen der Evangelischen Kirche, die einen Freiraum bot, weil hier die Staatssicherheit weder Verhaftungen vornehmen, Versammlungen auflösen, Veranstaltungen verbieten, noch Ausstellungen abbauen durfte. Am Ende der 80er Jahre gab es mehr als 3000 aktive Bürgerrechtler, organisiert in über 300 Gruppen im ganzen Land. Es gab noch mehr Menschen, die einfach nicht mehr in der DDR leben wollten. So kamen zwei Prozesse zusammen, die den Lauf der Ereignisse des Jahres 1989 bestimmten und beschleunigten: die Ausreisewilligen, die erst in westdeutschen Botschaften in der DDR und in anderen sozialistischen Ländern Zuflucht suchten, um ihre Ausreise zu erzwingen. Im Sommer schwoll dieser Strom auf Zehntausende Menschen an, die alles stehen- und liegen ließen, um über Ungarn oder die Tschechoslowakei in den Westen zu flüchten. Sie entzogen damit dem Regime jede Legitimation. Gleichzeitig organisierten die Oppositionellen, die das Land nicht verlassen, sondern verändern wollten, immer Aufsehen erregendere Aktionen. Als im Herbst nach der ersten „Montagsdemonstration“, die Anfang September von der Leipziger Nikolaikirche ausging, in mehr als 30 Städten und Gemeinden Folgedemonstrationen stattfanden, war es mit der DDR bald vorbei.

Was bis heute der Öffentlichkeit kaum noch bewusst ist, ist, dass zwischen dem 28. Dezember 1989, dem Tag der Wiederaufnahme der Montagsdemonstrationen nach der Weihnachtspause, und dem 30. Januar, an dem der Runde Tisch vorgezogene Volkskammerwahlen am 18. März beschloss, dreimal mehr Menschen auf den Straßen waren, als zwischen dem 9. September, dem Tag der ersten Montagsdemonstration, und dem Mauerfall. In manchen Städten waren bis zu drei Viertel der erwachsenen Bevölkerung auf der Straße. Diese Menschen forderten die schnelle Vereinigung ohne Wenn und Aber.

Westdeutsche Linke feierten DDR als das »bessere« Deutschland

Kein Politiker war an diesem Prozess beteiligt. Kanzler Kohl hat das als Erster erkannt. Er sagte auf dem „Kleinen Parteitag“ der CDU in West-Berlin im Dezember 1989: „Nicht wir oder andere in West und Ost bestimmen heute Inhalt, Richtung und Tempo dieser Prozesse. Die Entwicklung in der DDR wird von den Menschen dort gestaltet ...“ Diese Menschen setzten gegen alle Widerstände und Bedenken die schnelle Vereinigung durch, indem sie auch nach der Volkskammerwahl weiter demonstrierten, um die Abgeordneten daran zu erinnern, dass sie nur für eine Aufgabe gewählt worden waren: die Vereinigung ohne Verzögerung zu vollziehen.

Die Bundesrepublik war, seit die DDR existierte, das Traumland für die Mehrheit ihrer Bürger. Das ist zwei Politikern zu verdanken. Konrad Adenauer, der für eine stabile Westbindung des jungen Staates sorgte und Ludwig Erhard, dessen konsequente Förderung der Marktwirtschaft das Wirtschaftswunder hervorbrachte, von dem das vereinte Deutschland auch heute noch zehrt. Diese Trias – Demokratie, Freiheit, Wohlstand – machte die Bundesrepublik zum Favoriten für alle Deutschen.

Nicht zuletzt hat der Bürgerrechtsbewegung der DDR die Nähe zur Bundesrepublik sehr genutzt. Politiker, wie die unvergessene Grüne Petra Kelly, die ihre Immunität als Bundestagsabgeordnete nutzte, um Literatur und Vervielfältigungsgerät in die DDR zu schmuggeln, sorgten auch für einen gewissen Schutz der Opposition, indem sie die freie Presse alarmierten, wenn ein Bürgerrechtler verhaftet wurde. Es gab regen geistigen Austausch über die Grenze hinweg. Beliebtes Mitbringsel war das Grundgesetz, das von den Oppositionellen in der DDR viel intensiver gelesen wurde als von manchem Westdeutschen.

Wie kommt es, dass seit 20 Jahren in den Mainsteam-Medien die Negativ-Berichterstattung über die Vereinigung vorherrscht und auch heute jedem viel Platz eingeräumt wird, der wie Ministerpräsident Matthias Platzeck kürzlich im „Spiegel“ mit Argumenten, die aus der Propagandawerkstatt der umbenannten SED stammen, die angeblichen „Defizite“ des Einigungsprozesses beklagt?

Neben den ehemaligen Machthabern der DDR gab es einen erheblichen Teil der westdeutschen Linken, die Gegner der Vereinigung waren, weil sie die DDR immer als das „bessere“ Deutschland ansahen. Sie mussten diesen Staat nie ertragen.

Nachdem es nicht gelungen war, die Vereinigung zu verhindern, konzentrierte man sich erfolgreich darauf, den Vereinigungsprozess zu torpedieren. Eine Schlüsselrolle dabei spielte die Erfindung der „inneren Einheit“, die offenbar so etwas wie die sozialistische Menschengemeinschaft in der DDR herstellen soll. Es wurden pausenlos die Unterschiede herausgestellt, kaum über die eigentlich unübersehbaren Erfolge berichtet.

Lohn des DDR-Arbeiters lag bei neun Prozent seines Westkollegen

Der größte Erfolg war die weltgeschichtlich wohl einmalige Solidarleistung, die von den Menschen der alten Bundesländer erbracht wurde. Dank der Milliarden, später Billionen, aus dem Westen erlebten die DDR-Bürger einen ungeheuren Wohlstandszuwachs.

Am Tag vor der Währungsunion betrug das Durchschnittsgehalt des DDR-Industriearbeiters etwa neun Prozent des Durchschnittslohnes seines Westkollegen. Mit der Währungsunion und dem Beschluss, Löhne und Gehälter 1:1 umzustellen, schnellte das Lohnniveau auf etwa 37 Prozent des westlichen hinauf. Im Jahr 1 der Vereinigung stieg es durch die Tarifverhandlungen auf über 60 Prozent, ohne dass es einen Produktivitätszuwachs in den neuen Ländern gegeben hätte. Im Gegenteil: der Wohlstand stieg, obwohl die DDR-Wirtschaft flächendeckend zusammenbrach.

Schon Mitte der 90er Jahre verfügte ein Sozialhilfeempfänger in den neuen Ländern über mehr Einkommen, als ein DDR-Durchschnittsverdiener je hatte. Außerdem waren für ihn Dinge selbstverständlich, die vielen DDR-Bürgern nur schwer erreichbar waren. Eine fern geheizte Wohnung, Telefon, Haushaltsgeräte wie vollautomatische Waschmaschinen, jede Menge in der DDR unbekanntes Obst. Seitdem ist das Lebensniveau der unteren Einkommensschichten kontinuierlich gestiegen. Das Lohnniveau der Beschäftigten sowieso.

Wer mit offenen Augen durch die neuen Länder fährt, sieht die versprochenen blühenden Landschaften. Die Infrastruktur ist bereits moderner und in einem besseren Zustand als in vielen Teilen der alten Länder. Inzwischen haben die Westdeutschen die neuen Länder als Urlaubsgebiete entdeckt. Die immer wieder in den Medien beschworenen Unterschiede zwischen Ossis und Wessis sind im Alltag nicht zu spüren. Die jungen Leute können gar das Gerede darüber nicht mehr ertragen.

Aber die Gegner der Vereinigung wollen nicht aufgeben. Für die Partei der ehemaligen Machthaber der DDR ist die künstliche Aufrechterhaltung der Ost-West-Unterschiede Geschäftsgrundlage ihrer Politik.

Man muss ihnen immer wieder die Fakten entgegenhalten. Eines Tages wird die Realität über die Propaganda siegen.

Ihr Engagement in der DDR-Opposition brachte der 1952 in Thüringen geborenen Autorin 1983 Berufsverbot ein. Doch das schreckte die Bürgerrechtlerin nicht, bis sie 1988 verhaftet und in den Westen abgeschoben wurde. Schon am 9. November kehrte sie zurück in die DDR, engagierte sich politisch, wurde 1990 in die Volkskammer gewählt und saß von 1990 bis 2005 im Bundestag, zunächst für Bündnis 90, ab 1996 für die CDU. Seitdem arbeitet sie als freischaffende Autorin in Berlin.

Eisernes Schweigen bewahrte Goldschatz

Die Bundeskunsthalle in Bonn zeigt gerettete Schätze aus Afghanistan – Artefakte von unschätzbarem Wert

Unentdeckte Bodenschätze im Wert von einer Billion Dollar sollen in Afghanistan zu finden sein. Riesige Vorkommen von Lithium, Eisen, Kupfer, Kobalt und Gold machen das gebeutelte Land als Handelspartner interessant. Ganz andere Schätze haben die Besetzung durch die Sowjets sowie die Willkürherrschaft der Mudschaheddin und der Taliban überstanden. Sie werden jetzt in einer Ausstellung in Bonn gezeigt.

Es ist gewiss kein Zufall, dass diese Ausstellung mit Artefakten aus Gold, Silber und Elfenbein in Bonn präsentiert wird, in der Stadt, in der 2001 die erste Afghanistan-Konferenz stattfand. Nur Optimisten werden geglaubt haben, dass die Befriedung des von Besatzung, Krieg und Bürgerkrieg zerrütteten Landes schnell vonstatten gehen würde. Noch heute, fast zehn Jahre nach der ersten Konferenz auf dem Petersberg sieht man in den deutschen Medien nur Bilder, die ein zerstörtes Land zeigen, Menschen in staubigen Kleidern, Frauen, die sich mit einer Burka verhüllen. Ist das überhaupt ein Land, in dem man jemals die schönen Seiten des Lebens kannte – Konzerte, Kinos, Museen, fragt sich der unbefangene Betrachter dieser Bilder. Die Taliban haben versucht, die Kultur mit Stumpf und Stil auszurotten. Sie vernichteten Kunstwerke, die nicht in ihr Lebensbild passten wie die großen, zum Weltkulturerbe zählenden Buddha-Statuen im Bamiyan-Tal. Künstler wurden verfolgt und getötet. Omar Sultan, stellvertretender Minister für Kultur der Islamischen Republik Afghanistan, beklagt im Katalog zur Ausstellung „Gerettete Schätze“: „Unsere junge Generation ist in den Wirren des Krieges aufgewachsen, und wir müssen alles tun, um Gewalt und Hass als bleibende Folgen zu überwinden. Wir haben diese Ausstellung auch auf den Weg gebracht, um der internationalen Gemeinschaft unsere Entschlossenheit deutlich zu machen, uns von den Zeiten des Krieges zu einer Kultur des Friedens zu entwickeln. Wir sind stolz, in diesen Artefakten von unschätzbarem Wert das reiche und einzigartige Kulturerbe Afghanistans präsentieren zu können.“

Die Ausstellung in der Bundeskunsthalle zeigt 230 Objekte aus vier archäologischen Grabungsstätten. Ihre Geschichte in den vergangenen 30 Jahren ist fast noch abenteuerlicher als die der Ausgrabungen, an denen maßgeblich französische Archäologen teilnahmen. Sie waren es auch, die eine solche Ausstellung anregten. Vor dem Ende der sowjetischen Besatzung gelang es Mitarbeitern des Nationalmuseums 1988, Tausende Exponate im Depot der Zentralbank, das sich im Keller des Präsidentenpalastes befand, in Sicherheit zu bringen. Sie hielten allen Fragen stand, wo denn die Exponate geblieben seien, und sagten, sie wüssten es nicht. Vielleicht seien die Stücke gestohlen oder bei einem Brand vernichtet worden. Erst 2004 konnte der Schatz nach Öffnung der Tresore der Öffentlichkeit präsentiert werden.







Bild: Thierry Olivier (2), Pierre Cambon

Unglaubliche Schätze: Kleine Figuren aus purem Gold wie das stehende Mufflon und die „Aphrodite aus Baktrien“ (beide aus dem ersten Jahrhundert nach Chr.) haben das noch weitgehend zerstörte Kabul (in der Mitte das Nationalmuseum im Jahr 2002) verlassen und sind auf eine Reise durch die westliche Welt gegangen.

Im Laufe der Zeit gingen tatsächlich viele im Museum verbliebene Schätze verloren. Dem Haus selbst sieht man noch heute die Spuren des Krieges und des Bildersturms der Taliban an. Einige Räume sind wieder aufgebaut und zu nutzen. Dem eisernen Schweigen der Museumsmitarbeiter ist es zu verdanken, dass heute die geretteten Schätze bewundert werden können. Die Artefakte stammen aus der Zeit zwischen 2000 vor Christus bis 200 nach Christus und zeigen die Geschichte Afghanistans vom Altertum bis zu den Kushan, einem Nomadenvolk, das 300 Jahre lang über diesen Teil Afghanistans herrschte. Jedem der Grabungsorte sind zwei Räume gewidmet. Einer liegt in hellem Licht. Dort werden die Fakten anhand von Fotos und Schrifttafeln erläutert.

Loyale Mitarbeiter retteten Kunstwerke

In einem abgedunkelten Raum werden die Kostbarkeiten präsentiert, geschickt ausgeleuchtet von kleinen Punktstrahlern. Leider ist es schwierig, an die Vitrinen zu kommen, da sich bei den ausnehmend faszinierenden Ausstellungsstücken die Menschen besonders lange aufhalten. Man muss schon Geschick aufbringen, eine Lücke zu erwischen. Behinderte und Kinder dürften beträchtliche Probleme haben, die spektakulären Gold-, Silber- und Elfenbeinstücke eingehend zu betrachten.

Der Halsschmuck, die Ohrringe, kleinen Statuetten und Gläser sind Zeugnisse des Königreichs Baktrien, das an der Schnittstelle der Kulturen entlang der Seidenstraße lag.

Dieser Schmelztiegel der unterschiedlichen kulturellen Strömungen aus Ost und West wurde durch den Feldzug Alexanders des Großen um 330 vor Christus noch durch Einflüsse der Griechen und Makedonier bereichert. In der Ausstellung kann man an einigen Exponaten diese Verschmelzung griechischer, persischer und indischer Motive gut erkennen. Etwa an der nur fünf Zentimeter großen „Aphrodite von Baktrien“, deren Stirn über der Nasenwurzel nach indischer Art ein Punkt (Bindi) ziert. Manche Gipsmedaillons erinnern wiederum an das klassische Griechenland.

Die Exponate aus den vier Grabungsorten Tepe Fullol, Ai Khanum, Tillya Tepe und Begram stehen für die Ausbreitung des Hellenismus bis an die Randgebiete Indiens. Sie zeigen aber auch die Einflüsse der Steppenvölker, welche die Tradition Afghanistans mit geprägt haben. Schätze aus einer untergegangenen Welt sollen Hoffnung machen für eine neue Welt in Frieden.

„Dass ich das noch einmal erleben darf!“ Der Afghane – einer der wenigen, die an diesem Sonntag den Weg in die Bundeskunsthalle gefunden hatte – an der Vitrine mit Goldschätzen aus seinem Land ist sichtlich berührt. Es sei mehr als vier Jahrzehnte her, erzählt er, dass er diese Kostbarkeiten im Nationalmuseum gesehen habe. Mit der Schulklasse seien sie damals dort gewesen, „doch wie das so ist, als Jugendlicher hatte man nicht so recht Verständnis für die Artefakte. Umso besser, wenn ich sie jetzt hier in Deutschland in Ruhe betrachten kann“, lächelt er.

Silke Osman

Die Ausstellung in der Bundeskunsthalle, Friedrich-Ebert-Straße 4, Bonn, ist bis zum 3. Oktober dienstags und mittwochs von 10 bis 21 Uhr, donnerstags bis sonntags von 10 bis 19 Uhr zu sehen, Eintritt 8 /5 Euro, Katalog 32 Euro. Vom 3. März bis 3. Juli 2011 ist die Ausstellung dann im British Museum in London zu sehen.

Herkunft und Identität sichtbar gemacht

Am »Tag des offenen Denkmals« sind an diesem Wochenende auch sonst verschlossene Bauwerke zu besichtigen

Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz (DSD) präsentiert derzeit 22 ihrer Förderprojekte im Museum in Bad Hersfeld. Denkmale der verschiedensten Gattungen aus ganz Deutschland werden in einer Fotoausstellung vorgestellt. Der Bogen reicht von der Wismarer Georgenkirche über die Alte Kapelle in Regensburg bis zum Fachwerkhausprogramm in Quedlinburg. Die Restaurierung der vorgestellten Projekte wurde von der DSD unterstützt. Seit ihrer Gründung vor 25 Jahren konnte die Stiftung dank privater Spenden und aus Mitteln der Lotterie „GlücksSpirale“, der Rentenlotterie von Lotto, über 3600 bedrohte Baudenkmale retten helfen.

49 Länder beteiligen sich am Ereignis

Seit 1993 koordiniert die Stiftung auch den „Tag des offenen Denkmals“, den deutschen Beitrag zu den „European Heritage Days“ unter der Schirmherrschaft des Europarats. Alle 49 Länder der europäischen Kulturkonvention beteiligen sich im September und Oktober an diesem Ereignis. In Deutschland findet der „Tag des offenen Denkmals“ am 12. September statt. Er steht in diesem Jahr unter dem Motto „Kultur in Bewegung – Reisen, Handel und Verkehr“. Insgesamt werden rund 7500 Bau- und Bodendenkmale der Öffentlichkeit zugänglich sein. Den Kultur- und Geschichtsbegeisterten werden historische Verkehrsmittel, Straßen, Kanäle und Schienenstrecken oder alte Lagerräume sowie Kaufmannshäuser gezeigt. Bei Führungen, Präsentationen und Ausstellungen erfahren sie von Eigentümern und Fachleuten spannende Details aus der Geschichte der Denkmale. Außerdem können sie sich unmittelbar vor Ort über den baulichen Zustand und die Maßnahmen zur Instandsetzung der Objekte informieren.

In der Hauptstadt Berlin sollen mehrere Führungen etwa im Deutschen Technikmuseum das Interesse an dem Thema Mobilität wekken. Eine Wanderung führt vom Güterbahnhof zum City-Park Gleisdreieck. Fachleute erläutern die Planung und Entwicklung sowie ökologische Besonderheiten dieses Gebiets. Eine Fahrradtour führt von Friedrichshain nach Charlottenburg und dabei über viele Spreebrücken. Es gibt aber auch Brücken, die sind gar keine wie die Carl-Zuckmayer-Brücke. Sie führt die Fußgänger über die Mulde des alten Fenngeländes (morastig-sumpfige Niederung) und der dort überirisch laufenden U-Bahn (Station Rathaus Schöneberg). An den Eisenbahnkönig Henry Strausberg aus dem ostpreußischen Neidenburg erinnert sein Grabmal auf dem Alten St.-Matthäus-Kirchhof, auf dem auch die Gebrüder Grimm ihre letzte Ruhestätte gefunden haben. Dorthin führt eine Radtour, die am Matthäikirchplatz beginnt. Brükken, Straßen, Kanäle und historische Bahnhöfe, aber auch zum Unesco-Welterbe gehörende Siedlungen, sie alle sind Zeugnisse von Bewegung und Ruhe und verdienen Aufmerksamkeit und Achtung. Berlin ist nur ein Beispiel von vielen.



Deutsches Technikmuseum: Dort, wo früher die Züge am Anhalter Güterbahnhof be- und entladen wurden, befindet sich heute das Museum. Bild: arco images

Denkmale machen Herkunft und Identität eines Volkes sichtund greifbar. So ist ihre Erhaltung nicht nur eine Verpflichtung gegenüber dem historischen Erbe, sondern auch eine Orientierungshilfe für Gegenwart und Zukunft. Der „Tag des offenen Denkmals“ öffnet die Augen für manch vergessenes Bauwerk. *os*

Die Ausstellung der Förderprojekte ist bis zum 26. September im Museum in Bad Hersfeld, Im Stift 6a, Dienstag bis Sonntag von 10 bis 12 Uhr und von 15 bis 17 Uhr geöffnet.

IN KÜRZE

Barockkonzert mit Menzel

Ein Konzert wie einst in Sanssouci hat das Kieler Barockensemble auf dem Programm. Das Konzept entstand nach dem Gemälde „Das Flötenkonzert“ von Adolph Menzel. Die Musikwerke stammen ausschließlich von Künstlern, die auf dem Bild zu sehen sind. Neben Friedrich dem Großen sind dies seine Schwestern Amalie und Wilhelmine, der Flötist und Lehrer des Königs J. J. Quantz, der Komponist Graun sowie Carl Philipp Emanuel Bach am Cembalo und der Geiger Franz Benda. Das 1982 gegründete Kieler Barockensemble wird am 18. September in Cardiff auftreten. Es folgt ein Konzert am 13. November in Schloss Tremsbüttel bei Hamburg.



Adolph Menzel: Das Flötenkonzert von Sanssouci Bild: Archiv

Informationen über musicbuero crescendo, Telefon und Fax: (04521) 74528, E-Mail: service @musicbuero.de

MELDUNGEN

Symposium über Friedrich II.

Rheinsberg – Der Kunst- und Kulturverein Rheinsberg e. V. lädt ein zum 20. Rheinsberger Symposium zu Fridericianischen Zeit am 14. und 15. Mai 2011. Die Vorträge wenden sich an den interessierten Laien und werden von einem musikalischen Programm im Spiegelsaal des Schlosses begleitet. Programm und Teilnahmebedingungen können angefordert werden bei Jürgen Ziechmann, Villa Sanssouci, Am Kanal 39, 26203 Südmoslesfehn, Telefon (04486) 9209080, Fax (04486) 9209081.

J. Z.

Namensgeber einer Route

Süderende – Deutsche U-Boot-Besatzungen, die mit ihren Booten nach der Feindfahrt im Atlantik zu ihren Basen in St. Nazaire und Lorient zurückkehren wollten, nutzten ab 1943 die Piening-Route. Dieser Seeweg führte, beginnend in Höhe der portugiesisch-spanischen Grenze, erst an der spanischen und anschließend an der französischen Atlantikküste entlang. Der Weg war zwar lang, ersparte den Deutschen aber die Durchquerung der von Feindfliegern verseuchten Biskaya. Benannt ist die Route nach Adolf Cornelius Piening. Nach vorausgegangenen Einsätzen auf Überwassereinheiten kam dieser 1940 zur U-Boot-Waffe, wo er im darauffolgenden Jahr das Kommando über U 155 übernahm. Mit ihm versenkte er 1942 den britischen Geleitträger „Avenger“ und war auch ansonsten erfolgreich. 1944 übernahm er das Kommando über die 7. Flottille. 1956 wurde er in die Bundesmarine übernommen. Vor 100 Jahren, am 16. September 1910, kam Piening in Süderende auf der nordfriesischen Insel Föhr zur Welt. Am 15. Mai 1984 starb er in Kiel.

M. R.



Pienig Bild: Archiv

Verhinderter Kanzler und Präsident

Vor 100 Jahren kam der Bundesinnen-, -außen- und -verteidigungsminister Gerhard Schröder zur Welt

Als vor einigen Jahren auf einer wissenschaftlichen Tagung zur Ära Adenauer ein Vortrag über Gerhard Schröder angekündigt wurde, kam aus dem Publikum die nicht ganz ernst gemeinte Frage: „Über welchen?“ Den eigentlichen Lacherfolg konnte aber der Tagungsleiter für sich verbuchen, mit der lapidaren Antwort: „Über den richtigen!“

Über einen allzu großen Bekanntheitsgrad dürfte der langjährige CDU-Bundesminister Gerhard Schröder, dessen große Zeit mit dem Beginn der sozial-liberalen Koalition im Jahre 1969 zu Ende ging und der 1980 endgültig aus dem Bundestag ausschied, heute nicht mehr verfügen. Mit dem Vorgänger Angela Merkels verbindet den ausgesprochen konservativen Politiker außer der zufälligen Namensgleichheit kaum etwas. Eine Gemeinsamkeit wäre das Streben nach dem Kanzleramt. Für den SPD-Kandidaten verlief es 1998 erfolgreich, während die CDU/CSU-Fraktion 1966 Kurt Georg Kiesinger den Vorzug gab und „ihr“ Gerhard Schröder zurückstehen musste.

Geboren wurde er am 11. September 1910 als Sohn eines Reichsbahnbeamten in Saarbrükken. Nach dem Abitur, das er in Trier ablegte, studierte er Jura, unter anderem in Königsberg. Ein wichtiger Grund für die Wahl dieser Universität war die Tatsache, dass die Pregelmetropole untrennbar mit Immanuel Kant verbunden ist. Schröder schätzte den „Philosophen einer strengen Lebensauffassung“ besonders, er äußerte in einem Interview, Kant sei für ihn der Mann gewesen, „der eigentlich das Beste war, was Preußen-Deutschland hervorgebracht hat“.

Nach Studienabschluss und Promotion in Bonn ging Schröder an das Berliner Kaiser-Wilhelm-Institut für Ausländisches und Internationales Privatrecht. 1933 war er, noch als Fakultätsassistent in Bonn, der NSDAP beigetreten und hatte auf Drängen des Oberlandesgerichtspräsidenten einen Aufnahmeantrag in die SA gestellt. Später erklärte er im Bundestag, er sei nicht eine Minute lang Nationalsozialist gewesen. Für ihn spricht, dass der SA-Aufnahmeantrag nach dem Wechsel in die Reichshauptstadt nicht weiter verfolgt wurde und er 1941 sogar aus der NSDAP austrat. In Berlin war Schröder Mitgliedern der Bekennenden Kirche begegnet. Der Austritt ist aber wohl vor allem im Zusammenhang mit Schröders Heirat, ebenfalls im Jahre 1941, zu sehen: Seine Frau war nach den NS-Rassengesetzen „Mischling 1. Grades“, für die Eheschließung war eine Sondergenehmigung erforderlich. Schröder war bereits im September 1939 zur Wehrmacht eingezogen worden. Seine „Unzuverlässigkeit“ im Sinne des NS-Regimes hatte zur Folge, dass er trotz seiner Qualifikation bis zum Kriegsende nicht über den Rang eines Obergefreiten hinauskam.

Noch 1945 wurde ihm eine Tätigkeit beim Oberpräsidenten der Rheinprovinz in Düsseldorf vermittelt. Danach war Schröder in der Stahltreuhandverwaltung in Westfalen beschäftigt, bevor er 1949 erfolgreich für den Bundestag kandidierte. Frühzeitig war der überzeugte Protestant der CDU beigetreten. Großen Anteil hatte Gerhard Schröder an der Gesetzgebung der Montanmitbestimmung, die der erste Bundestag verabschiedete, mitunter wird er auch als einer der „Väter der Sozialpartnerschaft“ bezeichnet.

1953 wurde er im zweiten Kabinett Adenauer Innenminister. Intensiv brachte er den bereits laufenden KPD-Verbotsantrag voran. Mit seinem Vorhaben, per Gesetz kommunistischen Funktionären die Einreise in die Bundesrepublik zu verbieten, konnte er sich allerdings nicht durchsetzen. Er vertrat nachdrücklich eine wehrhafte Demokratie, war für einen starken Staat, der in der Lage sein müsse, sich zu schützen, und sah es als seine Aufgabe an, ein demokratisches Staatsbewusstsein zu fördern. Der Politikwissenschaftler Torsten Oppelland, Verfasser einer großen Gerhard-Schröder-Biographie, bewertet diese Einstellung mit den Worten: „Das preußische Erbe ist unverkennbar!“

Ab 1955 war Schröder Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU. Damit war er einer der wichtigsten Repräsentanten des protestantischen Teils der Partei.

In der letzten von Adenauer gebildeten Regierung übernahm Schröder 1961 den Posten des Außenministers. Hier fungierte er als maßgeblicher „Atlantiker“. Das andere Lager innerhalb der CDU, die sogenannten Gaullisten, hatten sich enttäuscht von den USA abgewandt, da diese nun auf Entspannung gegenüber dem Ostblock setzten und die Frage der deutschen Wiedervereinigung aber offenbar nicht mehr als vordergründig betrachteten. Die „Gaullisten“ blickten außenpolitisch in Richtung Frankreich. Hingegen suchten die „Atlantiker“ die Chancen der US-amerikanischen Entspannungspolitik und der Öffnung gen Osten auszuloten. Mit dieser Position zog sich Schröder auch die Kritik vieler Vertriebener zu.

Nach dem erfolglosen Versuch, als Nachfolger Adenauers Kanzler zu werden, wechselte er 1966 auf den Posten des Verteidigungsministers. Einen großen Anlauf unternahm er noch: 1969 kandidierte er für das Amt des Bundespräsidenten. Er unterlag Gustav Heinemann im dritten Wahlgang knapp – die FDP hatte sich bereits in Richtung einer Koalition mit den Sozialdemokraten orientiert und den SPD-Bewerber unterstützt.

Von Schröder heißt es, sobald er den Raum betreten habe, sei die Temperatur um zwei Grad gesunken. Andererseits kann er nicht ganz humorlos gewesen sein. Aus seiner Dienstzeit ist folgende Geschichte überliefert: Als er durch eine geschlossene Bürotür des Auswärtigen Amtes jemanden besonders laut reden hörte, erkundigte er sich nach dem Grund. Es wurde ihm erklärt, der entsprechende Beamte rede mit Paris. Woraufhin Schröder fragte: „Und warum benutzt er dann kein Telefon?“

Brigitte Schröder, die Ehefrau des Politikers, erwarb sich große Verdienste im sozialen Bereich. 1969 gründete sie die Evangelische Krankenhaus-Hilfe mit den ehrenamtlich tätigen „Grünen Damen und Herren“.

Gerhard Schröder konnte den Mauerfall noch erleben. In der Silvesternacht des Jahres 1989 ist er gestorben.

Erik Lommatzsch

Kanzleraspirant im Schatten zweier Kanzler: Schröder, Erhard und Adenauer Bild: pa

Bismarcks »Filetstück« feiert Geburtstag

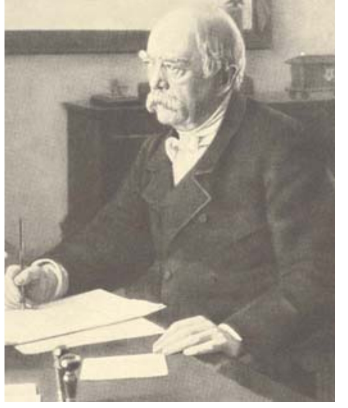
Vor 125 Jahren trat das Unfallversicherungsgesetz in Kraft – Weltweit vorbildliche Sozialpolitik

Seine Majestät Wilhelm, „von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen“, machte sie höchstpersönlich zur Chefsache. Für Otto von Bismarck, den „Eisernen Kanzler“, war sie ein Herzstück seiner langfristig angelegten Sozialpolitik. Sozialisten kritisierten sie als völlig unzureichend, Liberale als viel zu weitgehend, dennoch nahmen viele Staaten in Europa und in aller Welt sie zum Vorbild: Die gesetzliche Unfallversicherung, die in Teilen am 6. Juli 1884 und vollständig vor 125 Jahren, am 1. Oktober 1885, in Kraft trat.

Erstmals wurde darin gesetzlich geregelt, dass nach Betriebsunfällen die Existenz der Arbeiter und ihrer Familien abgesichert war, unabhängig von der Verschuldensfrage. Die neuartige, damals weltweit einmalig Unfallversicherung trug die Kosten von Heilverfahren und Medikamenten, zahlte nach dem Auslaufen der Krankenversicherung, also nach 13 Wochen, das Krankengeld weiter. Bei unfallbedingter Erwerbsunfähigkeit gab es zwei Drittel des bisherigen Lohnes als Rente, bei tödlichen Unfällen erhielt die Witwe 20 Prozent als Hinterbliebenenrente. Und die Beiträge hatten ausschließlich die Arbeitgeber zu tragen.

Dieses Gesetz, das anfangs nur für Fabriken, Bergwerke und Steinbrüche galt, aber schon bald auf alle Arbeitsbereiche der industriellen Produktion ausgeweitet wurde, markiert den Kern der Bismarck'schen Sozialreform. Vorangegangen war die am 15. Juni 1883 eingeführte gesetzliche Krankenversicherung für Arbeiter – nicht für Angestellte! Sie erhielten, so ihr Jahreslohn unter 2000 Mark lag, im Krankheitsfall 13 Wochen lang die Hälfte des durchschnittlichen Lohns als Krankengeld, höchstens zwei Mark pro Tag. Das Existenzminimum einer vierköpfigen Familie war damals mit 25 Mark in der Woche angesetzt. Im Vergleich zur heute selbstverständlichen sozialen Absicherung war das wenig und bewahrte nicht vor bitterer materieller Not. Gegenüber dem Zustand vor diesem ersten Reformschritt darf man aber von einer geradezu sensationellen Verbesserung sprechen.

Die Beiträge der Krankenversicherung trugen die Arbeiter selber zu zwei Drittel, ein Drittel hatten die Arbeitgeber zu zahlen.



Nicht Bismarcks Entscheidung allein: Kaiser und Kanzler waren sich einig. Bild: Archiv

Das Unfallversicherungsgesetz von 1885 brachte gegenüber der Krankenversicherung bereits deutliche Verbesserungen. Zugleich war damit die Grundlage für den dritten Reformschritt gelegt, die Alters- und Invalidenrentenversicherung, die allerdings erst am 24. Mai 1889 vom Reichstag verabschiedet wurde. Sie legte fest, dass Arbeiter mit einem Jahreseinkommen unter 2000 Mark nach Zahlung von mindestens 30 Monatsbeiträgen ein Drittel ihres Durchschnittslohns als Rente erhielten. Der Staat zahlte für jeden Rentenberechtigten einen jährlichen Grundbetrag von 50 Mark, den Rest trugen Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte.

Außer bei Invalidität, also Minderung der Erwerbsfähigkeit um mehr als zwei Drittel, trat dieser Rentenanspruch jedoch erst mit Vollendung des 70. Lebensjahres in Kraft – die weitaus meisten Arbeiter wurden damals gar nicht so alt. Insofern sind Vergleiche mit unserer heutigen Diskussion über „Rente mit 67“ völlig verfehlt.

Über die Motive, die Bismarck zur Durchsetzung dieses weltweit vorbildlichen Sozialsystems bewogen hatten, wird bis heute gestritten. Sicher darf man davon ausgehen, dass der Reichskanzler damit den immer stärker auftretenden sozialistischen, sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Bewegungen den Wind aus den Segeln nehmen wollte (was ihm allerdings nur teilweise gelang). Dies als alleinige Triebfeder zu vermuten, wäre jedoch „zu kurz gesprungen“. Im Kern entsprachen Bismarcks sozialpolitische Zielvorstellungen traditionellem preußischem Pflicht- und Verantwortungsbewusstsein, wie es schon von Immanuel Kant formuliert und von Herrschern wie Friedrich dem Großen praktiziert wurde.

Gelingen konnten die wegweisenden Reformen nur, weil Kaiser und Kanzler sich in den Grundzügen einig waren und sich in der Durchsetzung optimal ergänzten. So stand schon am Anfang eine „Kaiserliche Botschaft“, in der Wilhelm I. am 17. November 1881 den Aufbau der Unfall-, Kranken- und Rentenversicherung als vorrangiges politisches Langzeitziel ankündigte, schon damals übrigens „in Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz“, also ausdrücklich nicht als Instrument des ansonsten von Bismarck favorisierten „starken Staates“. Öffentlich verlesen wurde die „Kaiserliche Botschaft“ zur Chefsache Sozialreform freilich nicht von Seiner Majestät persönlich, sondern vom Reichskanzler, denn der – nicht versicherungspflichtige – Kaiser war erkrankt.

Hans-Jürgen Mahlitz

Warum die dritte Revolution bis jetzt ausblieb

Mexikos konservative Regierung hinterfragt die traditionelle Verherrlichung der revolutionären Umbrüche des Landes

Dem Feiern einer zünftigen Fiesta sind die Mexikaner eigentlich nie abgeneigt. Gründe gäbe es dieses Jahr auch genügend, schließlich wurden vor 200 Jahren die Spanier und vor 100 Jahren der Diktator Porfirio Díaz vertrieben. Beide Male siegte das Volk. Doch im Jahr 2010 ist den Mexikanern nicht zum Feiern zu Mute.

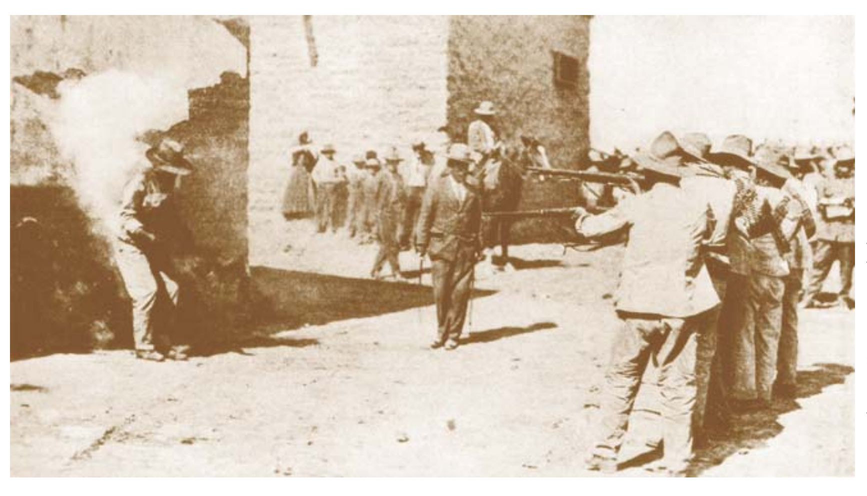
Seit dem Jahr 2000 stellt der Partido Acción Nacional (PAN) den Präsidenten. Sie beerbte der Partido Revolucionario Institucional (PRI), die jahrzehntelang das Land regierte und heruntergewirtschaftet hat. Das revolutionäre Ziel einer gesellschaftlichen Einheit mit einem gewissen Maß an Gleichheit scheint heute weiter entfernt denn je.

Seit der Gründung des Staates 1910 krankt die mexikanische Gesellschaft an sozialer Ungleichheit. Die Verstaatlichungsprogramme, die blutige Verfolgung der Kirche und anderer Gruppen mit mehr als einer Million Opfern, scheint keine gute Frucht gebracht zu haben.

Für den Publizisten Jorge Alcocer gibt es daher 2010 nichts zu feiern, weil die Nation „in einem Sumpf steckt“ und jeden Tag tiefer sinke, wie er sich bildhaft ausdrückt. Das ist keine Einzelmeinung, denn Hunderttausende wandern jedes Jahr, vornehmlich in die USA, aus. Jeder zehnte in seiner Heimat geborene Mexikaner lebt inzwischen in den USA oder Kanada.

Zeit also für eine neue Revolution, die dritte nach 1810 und 1910? Nichts spricht dafür. In öffentlichen Diskussionen herrschen Pessimismus und Zweifel, ob die heutigen Akteure im politischen Rahmen die Probleme des Landes lösen wollen oder können. Eine Revolution würde das von Gewalt und Unsicherheit geprägte Land noch tiefer in Chaos und noch mehr Gewalt stürzen.

In breiten Kreisen der Gesellschaft herrsche zwar Unzufriedenheit, aber eine neue Revolution hält die Historikerin Romana Falcón allein schon deswegen für unwahrscheinlich, weil sonst „fast die gesamte Geschichte Mexikos aus Umstürzen bestehen müsste“. Revolutionen seien aber sehr seltene und komplexe Konstellationen, vergleichbar mit Sonnenfinsternissen bei den Planeten. Da müssten die Stimmung des Volkes, geeignete Führer und vieles mehr zusammenkommen.



Exekution während der vor 100 Jahren begonnenen Mexikanischen Revolution: Mexikos Geschichte ist geprägt durch mehr oder weniger blutige Umbrüche. Foto: getty

Erstaunlich ist allerdings, dass der Mythos „Revolution“ in Mexiko das 20. Jahrhundert weitgehend unbeschadet überstanden hat. Während in Europa im Jahr 1989 der revolutionäre Elan der sozia-listischen Bewegung weitgehend zu Grabe getragen wurde, gelte in Mexiko eine andere Wahrnehmung. Danach sei das Gute revolutionär und das Revolutionäre gut, so der Historiker Enrique Krauze.

Zwei der drei großen Parteien des Landes, der PRI und der Partido de la Revolución Democrática (PRD) haben sich diesem Erbe Mexikos verschrieben. In jeder Stadt sind demzufolge Straßen oder Schulen nach den Helden der Revolution benannt.

Obwohl der PRI seit den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts immer korrupter und verrufener wurde, färbte sein Niedergang nicht auf den revolutionären Mythos ab. Den Grund dafür sieht Romana Falcón darin, dass es der PRI gelang, die materiellen Lebensbedingungen zumindest bis in die 70er Jahre hinein zu verbessern.

Bedauerlich für alle Protagonisten der Revolution scheint, dass ihre Revolutionsbegeisterung von denen nicht geteilt wird, die derzeit an der Macht sind. Derzeit regieren die, die nach der nationalen Geschichtsschreibung und in mexikanischen Schulbüchern gar nicht vorkommen: die Konservativen des Partido Acción Nacional (PAN), die eng mit der katholischen Kirche liiert sind. Bei den erbitterten Richtungskämpfen nach der Erlangung der Unabhängigkeit 1821 waren sie die Verlierer und die Liberalen die Sieger. Die Liberalen verhinderten damals die Monarchie, enteigneten die Kirche und setzten den laizistischen, vermeintlich demokratischen Staat durch. In den Revolutionsjahren von 1910 bis 1917 gelang es den Revolutionären, diesen Kurs wieder zum Sieg zu verhelfen. Da schlossen sich indigene Campesinos mit liberalen Großbürgern, sozialistischen Nationalisten und gerissenen Ganoven zusammen. So das Bild dieser liberal-sozialistischen Geschichtsschreibung, die an öffentlichen Schulen bis zur Stunde gelehrt wird.

An den katholischen Privatschulen des Landes wird dagegen eine andere Sicht der Geschichte gepflegt. Viele Regierungsmitglieder entstammen diesem als „elitär“ diffamierten Milieu, das ein „oppositionelles Geschichtsbild“ vertritt. Freilich wagen die Konservativen kaum, es in der Öffentlichkeit zu vertreten, weil weite Bevölkerungskreise das liberal-revolutionäre Bild „glauben“. Geschichte wird eben allzu oft von den Siegern oder zumindest solchen geschrieben, die sich als Sieger fühlen. Deutsche denken in diesem Zusammenhang an Margot und Erich Honecker, die noch im Oktober 1989 die „historischen Errungenschaften“ der DDR zu feiern wussten.

Auf Seiten der Regierung des konservativen Präsidenten Felipe Calderón mag so die Lustlosigkeit erklärbar sein, die vergangenen Revolutionen zu feiern. Aber auch bei seinen sozialistisch-liberalen Gegner scheinen sich Zweifel eingeschlichen zu haben, ob eine weitere Revolution das Land wirklich voranbringt. So erklärte Calderón jüngst vermittelnd, dass der Weg zu einem gerechten und prosperierenden Mexiko noch sehr weit sei. Wer will dagegen etwas sagen? *Hinrich E. Bues*

Mexikos blutige Umbrüche

Das mittelamerikanische Land Mexiko durchlebte in den letzten 500 Jahren mehrere grundlegende Umwälzungen und blutige Revolutionen. Entgegen weit verbreiteter Meinung verlief die Eroberung Mexikos durch die Spanier zu Beginn des 16. Jahrhunderts weitgehend unblutig. Dazu trug vor allen Dingen die Marienerscheinung von 1531 bei, als die „Jungfrau von Guadalupe“ einem Indio erschien. Daraufhin bekehrte sich fast die gesamte Indio-Bevölkerung des Landes freiwillig zum Christentum. Allerdings wurden viele heidnische Kulte weiterhin parallel praktiziert.

Trotz mancher Unzufriedenheit mit der spanischen Herrschaft blieb Mexiko bis zur ersten Revolution von 1810 ein weitgehend friedliches Land. Nach der Befreiung von den spanischen Kolonialisten gebärdeten sich die nachfolgenden Herrscher des Landes zuweilen schlimmer als ihre Vorgänger. Daher versuchte sich das mexikanische Volk ab 1910 unter Führung des Großgrundbesitzers Francisco Madero zu befreien. Später schloss sich dieser Bewegung auch der Bauernführer Emiliano Zapata an.

Bereits 1913 wurde Francisco Madero ermordet. Es folgten Jahre blutiger Machtkämpfe, in deren Verlauf mehr als eine Million Mexikaner starben. 1917 trat unter Präsident Venustiano Carranza eine neue laizistische Verfassung in Kraft, die die Reformgesetze von Benito Juárez von 1859 übernahm. Unter dem Einfluss kommunistischer Rebellen wurden die Bodenschätze verstaatlicht und die katholische Kirche für alle Übel der Vergangenheit verantwortlich gemacht. Nach dem „Verbot total“ mussten ab 1917 alle katholischen Bischöfe das Land verlassen, alle Priesterseminare wurden geschlossen und die atheistische Jugenderziehung eingeführt.

Wer sich nicht rechtzeitig in den Untergrund retten konnte, wurde auf offener Straße ermordet. Priester, Mönche und Nonnen starben auf diese Weise zu Tausenden, da sie leicht an ihrer Kleidung zu erkennen waren. Insgesamt waren 5800 Märtyrer nach der zweiten mexikanischen Revolution zu beklagen.

Erst mit der Gründung des heutigen Partido Revolucionario Institucional (PRI, Partei der institutionalisierten Revolution) im Jahr 1929, der die wichtigsten politischen Kräfte des Landes vereinte, stellten sich stabilere Verhältnisse ein. *H.E.B.*

Aufbruch aus dem »düsteren Tal«

Vor 1100 Jahren gründete Wilhelm von Aquitanien die Abtei von Cluny – Ausgangs- und Mittelpunkt der cluniazensischen Reform

Kein Kloster der Christenheit hat mehr Geschichte angestoßen als Cluny in Burgund. Graf Wilhelm von Aquitanien hatte im Spätsommer 910 dem Mönch Berno befohlen, sich zwölf Kollegen zusammenzusuchen und mit ihnen in einem „düsteren Tal“, das heißt in den bewaldeten Hügeln, die sich als „Monts de Maconnais“ an der burgundischen Saone entlangziehen, auf einer Waldlichtung ein Kloster zu gründen.

Die Schenkungsurkunde, die der Graf am 11. September 910 ausstellen ließ, stand unter dem Motto „Der Reichtum eines Mannes ist der Freikauf seiner Seele“, was in dem Sinne gemeint ist, dass der Reiche verpflichtet sei, sein Geld und Gut zu gottwohlgefälligen Werken einzusetzen.

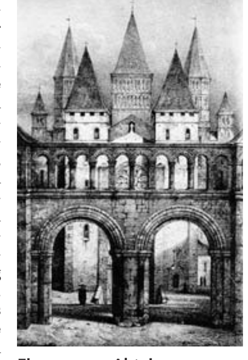
Aber die scheinbar übliche Klosterstiftung erweist sich bei näherer Lektüre der Urkunde als zukunftsträchtige Neuerung: Cluny soll vollständig autonom sein, den Feudalherren der Umgebung werden die damals üblichen Eingriffsrechte verwehrt. Die Schenkung geht an die Apostel Petrus und Paulus, also an deren Sachwalter auf Erden, den Papst in Rom.

Letzterer war damit angehalten, das Kloster als sein neues Eigentum zu schützen, als wäre es sein Kirchenstaat in und um Rom. Die Schenkung ging nämlich gerade nicht an den zuständigen Diözesanbischof. Zwar hatte der Papst im fernen Rom damals gar nicht die Macht, die Neugründung vor Belästigungen zu schützen. Aber die Urkunde legte die rechtliche Grundlage dafür, dass der Papst durch Begünstigung von Klöstern eine Gegenposition zur Macht der lokalen Bischöfe schuf.

Direkt dem Schutz des Papstes unterstellt

Das wiederum war wesentlich für das langfristige Ziel Roms, das erst etwa fünf Generationen nach der Gründung von Cluny auf die Tagesordnung des Abendlandes kam: die Konzentration der gesamten geistlichen Gewalt in Rom. Die historische Bedeutung Clunys liegt darin, dass seine Klosterkultur diesem Versuch entscheidend vorgearbeitet hat. Zu diesem Ergebnis mussten die Errungenschaften mönchischer Frömmigkeit, durch die Cluny berühmt wurde, in die Sphäre der großen Politik übertragen werden.

Ausgangspunkt der Entwicklung war der schlichte Hinweis in der Schenkungsurkunde für Cluny, dass seine Mönche sich strikt der Klosterregel unterwerfen sollten, die um 540 vom Heiligen Benedikt von Nursia aufgestellt worden war für seine Gründung Monte Cassino. Das von Chaos erschütterte Abendland um 910 bedurfte einer spirituellen Quelle, und zu der sollte das Mönchtum von Cluny werden.



Eingang zur Abtei

Die mönchische Hochschätzung der Askese gebar die Forderung nach dem Zölibat der Priester. Die asketische Reinheit der Mönche war auf den Klerus zu übertragen, damit er echte Autorität gewann. Moralische Forderungen an den Klerus, also auch an die Bischöfe, waren dem Papsttum aber auch willkommen, um durch Ausübung von Kontrolle die Zentralisierung in Rom zu fördern.

Die Idee des Zölibats bedurfte der Gewissheit, dass das religiöse Leben würdiger ist als das weltliche. Die Kirche stand allerorten unter der Fuchtel der Feudalherren und des mächtigsten unter ihnen, des Kaisers. Kraft ihrer überlegenen Würde gebühre ihr aber die Freiheit von den weltlichen Gewalten – das war der wichtigste Punkt, an dem das, was als Autonomie der Mönche in Cluny begonnen hatte, zum weltanschaulichen Kampf auf Leben und Tod mit dem Kaisertum führen musste.

Die weltlichen Herren überhäuften Cluny mit Schenkungen, damit die Mönche in ununterbrochenem Gebet für ihr Seelenheil und das der Verstorbenen beteten. Denn die Christenheit sollte eine Gemeinschaft der Heiligen sein. Und damit die Benediktiner von Cluny, die eigentlich der Ordensregel „Bete und arbeite“ folgen sollten, genügend Zeit für das Gebet der Heiligung hatten, verschaffte man ihnen durch die Schenkungen so reiche Erträge, dass sie selbst nicht mehr arbeiten mussten. Das machte Cluny zusammen mit seinen Tochter-Klöstern, deren Gründungen von ihm ausgegangen waren, zu einem der reichsten Grundbesitzer des Abendlandes. Aufgrund einer Folge von kompetenten Äbten konnte neben der klösterlichen Reform auch die Übertragung der Grundidee der Freiheit der Kirche in den politischen Raum gelangen.

Mittler zwischen den beiden Gewalten

Dass diese Freiheit auch offensiv verstanden und in einen Anspruch der Kirche auf Oberherrschaft über das Kaisertum umgemünzt werden konnte, das lernte Kaiser Heinrich IV. im sogenannten „Investiturstreit“ gegen Papst Gregor VII. Gregor war Mönch in Cluny. Dort traf ihn der reformgeneigte Papst Leo IX. und holte ihn nach Rom. Gregor wurde als Papst ein fanatischer Verfechter der Überordnung des Papsttums über das Kaisertum. Abt Hugo von Cluny sprach bei ihm zugunsten des gebannten Heinrich IV, indem er dessen im Winter 1077 bei Canossa gezeigte Reue als echt bezeichnete. Cluny selbst blieb mönchisch-bescheiden, indem es auf Vermittlung zwischen den beiden Gewalten setzte.

Aber die Kaiser hatten, in historischer Dimension betrachtet, das Nachsehen, 1258 dann auch die Mönche als sie sich vom Schutze des Papstes weg dedes Königs von Frankreich, Ludwigs IX., unterstellten, der tröstlicherweise aber den Beinamen „der Heilige“ trug. *Bernd Rill*

Selbst Kulturbewahrer lassen sich kaufen

Zu: „Mit Kant die Scharia legitimiert“ (Nr. 33)

Es gab einmal in Deutschland einen Mann, der hieß Luther. Von ihm schrieb ein Mann, der vom Papst auf ihn angesetzt war, ihn zu bearbeiten, nach Rom: „Diese deutsche Bestie ist weder durch Geld noch durch Ämter umzudrehen.“ Das ist allerdings ein paar hundert Jahre her. Da haben die Menschen sich wohl geändert, denn wie man sieht, sehen die Leute, die durch ihre Posten die Verantwortung für Erhaltung und Pflege der Kultur ihres Volkes übernommen haben, eigentlich kein Problem darin, Ehre und Gewissen (so sie es zu haben glaubten) gegen wirtschaftliche Vorteile einzutauschen. Ist das die Ethik der Linken? Oh, wirklich nur der Linken? – Ach, da steht „des Volkes“, aber Volk gibt es ja wohl nicht. Oder nun doch wieder? Darf man das jetzt doch wieder sagen? Ich bin da über den neuesten Trend nicht so informiert, und bitte, falls angebracht, es zu entschuldigen.

Ortrun Barran, Offenbach/M.

Wir sind keineswegs abhängig von Afrika

Zu: Leserbrief „Der Westen stützt bewusst Afrikas Despoten“ (Nr. 29)

Die von dem Leser in seinem Brief geäußerte Vermutung, „... die sogenannte Erste Welt (wäre) ohne die erheblichen Mangan- und Kupfervorkommen aus dem zentralen Afrika ... faktisch nicht lebensfähig“, erscheint mir angesichts der geringen Produktionszahlen dort sehr übertrieben. Ganz abgesehen davon, dass Vorkommen an sich niemandem etwas nützen, es sei denn, man fördert die Rohstoffe und kann sie zu wirtschaftlichen Bedingungen dahin transportieren, wo sie gebraucht werden.

Der Anteil Gesamtafrikas an der Weltkupferproduktion betrug 2009 geradezu 8,7 Prozent. Die Aufteilung in Erste, Zweite und womöglich Dritte Welt ist aufgrund der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der letzten 20 Jahre ohnehin überholt.

Dieter Dziobaka, Hamburg

Fehlinformation

Zu: Leserbrief „Deutsche wurden nicht begrüßt“ (Nr. 34)

In diesem Brief wurde folgender Satz geschrieben: „Zu Beginn der Rede hat der polnische Bürgermeister demonstrativ den Saal verlassen.“ Diese von mir gemachte Aussage beruht auf einer Fehlinformation, entspricht daher nicht dem tatsächlichen Ablauf.

Hans-Georg Eilf, Wolfenbüttel



Thilo Sarrazin: Parteikollegen und Arbeitgeber wenden sich von ihm ab. Bild: ddp

Das kennen wir doch von früher

Zu: „Front gegen das Volk“ (Nr. 35)

Wie man die Äußerungen von Herrn Sarrazin auch finden mag, fest steht, dass er sie im Rahmen der grundgesetzlich geschützten Meinungsfreiheit unter Hilfe der mit dieser sich in unauflöslicher Symbiose befindenden Pressefreiheit macht. Beide sind die unabdingbare Atemluft der Demokratie. Die Einschränkung der Meinungsfreiheit, besonders auch verschärft mit Berufsverboten, ist in der deutschen Politik und Gesellschaft schon öfter ein gern angewendetes Mittel gewesen, um vermeintliche Widersacher zum Schweigen zu bringen. Das musste schon mein Ur-Urgroßvater August Daniel v. Binzer vor zirka 150 Jahren erleben, der sich und seine Familie davor nur durch Flucht in das damals dänische Schleswig-Holstein und später nach Österreich schützen konnte.

Eine Vorstufe der Meinungsbeschränkung ist die Aufstellung von entsprechenden Tabus. Diese wurden in der Vergangenheit gerne mit dem unbestimmten Begriff „gesundes Volksempfinden“ interpretiert und dieses dadurch missbräuchlich benutzt. Dabei stellt sich dann auch die Frage, wer sich denn für berechtigt halten darf, (verbindliche) Tabus aufzustellen, Politiker, Medien, Autoren – oder wer sonst? Zumindest eine gesetzliche Regelung gibt es hierfür bestimmt nicht.

Helmut Freiherr von Binzer, Hamburg

So wird unser Volk von innen morsch

Zu: „Front gegen das Volk“ (Nr. 35)

Die überwältigende Mehrheit unserer Menschen lehnt Einwanderung doch nicht deswegen ab, weil ihr die etwas andere „Nasenspitze“ der Einwanderer nicht passt, sondern weil sie inzwischen eine berechtigte Angst um den Fortbestand des funktionierenden eigenen Gemeinwesens hat. Denn Zuwanderung und Integration kosten letztlich Geld, sehr viel Geld, das die Aufnahmegesellschaft aufbringen muss. Wer das abstreitet ist entweder ein Dummkopf oder ein Lügner.

Es gibt nun leider Interessengruppen von Minderheiten, die Deutschland mit brachialer Sprachvergewaltigung zu einem „Einwanderungsland“ erklärt haben, um ihr eigenes ideologisches Süppchen besser kochen zu können. Einige von diesen möchten sogar als heimliches Endziel, dass unser Volk von innen her so morsch werden soll, dass es letztlich von alleine untergeht. Und zu dieser Strategie zählt auch die Erklärung Deutschlands zu einem „Einwanderungsland“. Diese Agitatoren haben deshalb eine babylonische Sprachverwirrung inszeniert bei dem Begriff „Einwanderungsland“. Früher wurden damit vom Wortsinn her immer nur Länder bezeichnet, die aufgrund ihrer geographischen Größe und ihrer sehr niedrigen eigenen Einwohnerzahl zur eigenen Weiterentwicklung zusätzliche Menschen brauchten. Dies ist doch aber bei Deutschland nicht der Fall. Der normalen Bevölkerung wird deshalb diese unglaublich hinterhältige Lüge vom „Einwanderungsland Deutschland“ immer deutlicher, und deshalb stimmt sie den nicht widerlegbaren Argumenten von Sarrazin mit überwältigender Mehrheit immer stärker zu.

Dieter Schmekies, Bad Vilbel

Sprachfreie IQ-Test helfen bei Einordnung

Zu: „Es gibt 50 Wege zur Hochschulreife“ (Nr. 33)

Ihrem hochinteressanten Interview möchte ich gern hinzufügen, dass Josef Kraus bereits in seinem 1998 im Universitas-Verlag erschienen Buch „Spaß Pädagogik – Sackgassen deutscher Schulpolitik“ die deutsche Bildungskatastrophe sehr fachkundig und realistisch in fast allen Details beschrieben hat.

Als Normalverbraucher fragt man sich immer wieder, warum auf höchster Bildungsebene und in der öffentlichen Auseinandersetzung solche Experten wie Kraus oder Bernold Picker von der Uni Köln (siehe „Welt am Sonntag“ vom 14. Mai 2000) ignoriert werden.

Josef Kraus gibt an, dass er von den meisten IQ-Tests nicht viel hält, weil sie sprachgebunden sind und daher nur eine begrenzte Aussagekraft haben. Damit hat er sicherlich recht. Denn in den 70er Jahren stand zum Beispiel die Lagerschule in Unna-Massen vor dem Problem, wie man wohl die nur polnisch-sprachigen Spätaussiedlerschüler aus Oberschlesien und Allenstein testen könne, um sie auch an die richtige Schulart weitergeben zu können. Man kam schließlich auf den sprachfreien IQ-Test von Snijders Oomen. Dieser Test bestätigte einwandfrei, ob hervorragende polnische Lyzeumszeugnisse mit dem roten Begabungsbalken (Fächerdurchschnitt: bardzo dobrze = sehr gut) objektiv waren oder nicht. Auf diese Weise blieb so manchem Begabten die obligatorische Hauptschule erspart, denn er konnte über die katholische Kirche auf ein Privatgymnasium mit Förderkurs Deutsch vermittelt werden.

Ich könnte mir gut vorstellen, dass solche sprachfreien IQ-Tests auch bei nichtdeutschsprachigen Migranten erfolgreich sein können.

Ingo Schewiola, Hamm

Anbiederung

Zu: „Im Ramadan“ und „Fest des Friedens“ (Nr. 34)

Christliche Bewusstseinsstörung oder Anbiederung? Da wünschen katholische und evangelische Würdenträger den Muslimen zum Ramadan und „Idu I-Fitr“ eine „gesegnete Zeit der religiösen Erneuerung und inneren Stärkung“. Mit diesen speziellen Segenswünschen werden sich viele Muslime im Kampf gegen die „Ungläubigen“ innerlich gestärkt fühlen. Ob Muslime die gleichen Segenswünsche jemals an Christen überbringen werden?

Gisela Recki, Troisdorf

Gewandelte *PAZ*

Zu: „Schimpfen muss man können“ (Nr. 27)

Freudig überrascht konnte ich feststellen, dass die *PAZ* nach langer Zeit wieder eine meiner kleinen Geschichten aus Masuren veröffentlicht hat. Geglaubt hatte ich nicht mehr daran. Natürlich weiß ich, dass sich das frühere *Ostpreußenblatt* ja völlig gewandelt hat und zu einer Wochenzeitung mit Anspruch geworden ist. Für (meist heitere) Unterhaltung ist da nur noch wenig Platz.

Heinz Kurt Kays, Würzburg

Vergleich von Vertriebenen und Ausländern ist hanebüchen

Zu: „Widerspruch“ (Nr. 32)

Wilhelm v. Gottberg widerspricht zu Recht einer Passage der Ansprache des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert auf der Gedenkveranstaltung des BdV aus Anlass des 60. Jahrestages der Verabschiedung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“. Der Vorsitzende des Bundestages, der Vertretung des deutschen Volkes, hatte gesagt, die Vertriebenen seien aus Polen und den südosteuropäischen Siedlungsgebieten zu uns gekommen. Demnach müsste ich wohl als Königsbergerin mit den Worten Lammerts sagen, ich sei aus Russland vertrieben! Sein zweiter Affront: Die Vertriebenen seien „zu uns“ gekommen. Müssen wir daran erinnern, dass wir von Ostdeutschland und den anderen deutschen Siedlungsgebieten in die mitteldeutsche und die westdeutsche Heimat, nicht aber „zu uns“ kamen? Und, waren wir „bei uns“ denn willkommen, die, die wir die größte Kriegslast zu tragen hatten?

Ja, die Integration ist durch beiderseitige Anstrengung gelungen und ließ die Bundesrepublik mit dem ungebrochenen Pioniergeist der Vertriebenen zu einem Wirtschaftswunderland erblühen. Die Vertriebenen, die in der DDR angesiedelt waren, schloss Herr Lammert wohl nicht mal mit ein. Schließlich ist der Vergleich der Integration unserer heutigen Mitbürger mit Migrationshintergrund mit der Eingliederung der Vertriebenen vor 65 Jahren gleichfalls unzulässig, wie v. Gottberg auch schlüssig darlegt. Die Einschätzung v. Gottbergs allerdings, dass die jetzige Einbürgerung Parallelgesellschaften fördern und ungeheure Probleme bereiten würde, sollte nicht von vornherein gebilligt werden. Gerade wir mit unserem Schicksal sind gefordert, mitmenschlich und intelligent mit der Einwanderungssituation umzugehen.

Christa Altschütz, Hamburg

Die Loveparade war dekadent

Zu: „Falscher Schluss“ (Nr. 30)

Es ist völlig unverständlich, wenn der „Preuße“ Badenheuer bedauert, dass die von ihm als „Form moderne Volksmusik“(!) bezeichnete sogenannte „Loveparade“ nie wieder stattfinden soll. Wenn diese sogenannte „Musik“ tatsächlich die des Volkes sein sollte, und deren „Fans“ (Raver = der Tobende, Rasende) somit die Deutschen repräsentierten, dann könnte man über dieses Land – als Form einer Anti-Kultur zwischen Infantilität und Perversion – wahrlich nur noch das Leichentuch decken. Einerseits das Ende dieses Dekadenz-Spektakels zu bedauern, andererseits zu beklagen, dass Moslems so vielen Erscheinungen in „unserer“ Republik mit Verachtung begegnen – welch ein Widerspruch!

Holger Bremhorst, Remscheid

Hausgemachte Probleme, über die die Politik nicht spricht

Zu: „Front gegen das Volk“ (Nr. 35)

Ich finde es unverständlich, dass Thilo Sarrazins Äußerungen so verwerflich sein sollen. Es ist leider so, dass in unserer so hochgelobten Demokratie (sprich Meinungsdiktatur) nur eine Meinung herrschen soll, nämlich die zurzeit gängige.

Mein Mann und ich sind keineswegs ausländerfeindlich. Durch die Arbeit meines Mannes im Bergbau kam er schon früh mit türkischen Einwanderern in Kontakt. Er lobt heute noch deren Fleiß und Arbeitseinsatz, und es gibt jetzt noch nach vielen Jahren ein großes Hallo und Freude, wenn es zu Wiederbegegnungen kommt.

Es kommt aber so gut wie nie zur Sprache – weder durch die Regierung noch bei den zahlreichen Talkrunden –, wie viel diese Völkerscharen unser Land kosten, die hier angereist sind und keinen Finger rühren, sondern auf Kosten der Allgemeinheit leben.

Dass auch dabei Länder und Gemeinden stark in die Miesen geraten, ist doch zudem absolut einleuchtend. Stattdessen schiebt man aber den Rentnern den schwarzen Peter zu.

Da wird der Bildungsnotstand beklagt, und man wundert sich. Es ist jedoch völlig unmöglich, wenn, wie es heißt, Kinder aus bis zu 26 Nationen in einer Klasse sind, dass da noch ein Lernen möglich sein soll. Was für ein unerträglicher Zustand für Schüler und Lehrer.

Nun verfallen Politiker auch darauf, dass es kein gegliedertes Schulsystem mehr geben soll, na dann wird an der Dummheit noch kräftig aufgeschichtet.

Zu bewundern sind allerdings Menschen, die ohne Sprachkenntnisse hierher kamen und es mit eigenem Fleiß dazu brachten, unsere Sprache zu sprechen, zu lernen und zu studieren. Es ist auch nichts gegen all die Menschen zu sagen, die hier leben und für ihren eigenen Unterhalt sorgen, die fälligen Abgaben leisten und darüber hinaus keinem schaden.

Christel Gudat, Oberhausen

Anstecknadel »Alberte« als Abiturgeschenk

Betr.: Alberte

Vor Monaten hatte ich Sie schon auf die Alberte aufmerksam gemacht, diese zum Verkauf anzubieten. Mein Vorschlag beinhaltete auch die Empfehlung, dieses Angebot redaktionell zu unterstützen. Einige Male erschien auch eine Annonce – danach war bald Schluss. Vermutlich kein Verkaufserfolg. Kann ich verstehen.

Es waren meines Erachtens zwei Punkte (Fehler): Es war vermutlich nicht der oder die richtigen Zeitpunkte und es fehlte die redaktionelle Unterstützung.

Ich mache nun einen zweiten Anlauf, weil mein Enkel mit der (an dem Revers getragenen) Alberte bei der Abiturfeier Aufmerksamkeit bei seinen Freunden erzielte und alle fragten: „Was hast Du da?“

Die Alberten wurden geschenkt von der Familie, Freunden und Bekannten zum Abitur.

Gerd Obersteller, Wentorf

Olympia als reiner Kommerz

Zu: „Mentale Greise“ (Nr. 31)

Ihr Artikel entspricht nicht dem *PAZ*-Stil. Olympia ist weitgehend zu einer Kommerzveranstaltung geworden, beworben von Interessenten, meist Profiteuren wie Bogner, eventuell noch unterstützt mit Steuergeldern von staatlichen Institutionen, denen das Desaster mit der österreichischen Bank nicht reicht. Hat Reinhold Messner nicht Recht, dass vorhandene Olympia-Stätten auch in Hinblick auf ihre Folgekosten genügen oder müssen wir die Natur auf Winter trimmen, wie in den Dolomiten, ohne Gedanken an das Aussehen, die Erholungsmöglichkeiten im Sommer?

Wolfgang Laubender, Traunstein

Das Ostpreußenblatt

Nr. 36 – 11. September 2010

MELDUNGEN

Bauern verärgert über Moskau

Gumbinnen – Nach der ungewöhnlichen Hitzeperiode im Juli haben die Bauern im Königsberger Gebiet mit heftigen Regenfällen im August zu kämpfen, die ihre Felder unter Wasser setzen. Noch schlimmer trifft die Landwirtschaft in Nord-Ostpreußen allerdings das Ausfuhrverbot für Getreide, das die Regierung in Moskau wegen der anhaltenden Dürre in Zentralrussland und den verheerenden Bränden verhängt hatte. Die Getreideproduzenten der Oblast leben zum großen Teil vom Export. Bestehende Lieferverträge können nun nicht eingehalten werden. Die Bauern bleiben auf ihrer trotz schlechten Wetterverhältnissen immer noch recht passabel ausgefallenen Ernte sitzen. Sie nach Moskau oder Zentralrussland zu liefern, würde aufgrund der hohen Transportkosten den Gewinn der Agrarbetriebe gegen Null sinken lassen. Die Einmischung von Regierung und Behörden empfinden die Landwirte als Behinderung des freien Wettbewerbs. *MRK*

Bau-Boom in Königsberg

Königsberg – Im Königsberger Gebiet werden dreimal soviele Wohnungen gebaut wie im Durchschnitt in Polen oder Litauen. Mit einem Durchschnitt von 0,64 Quadratmetern pro Kopf 2009 liegt die nord-ostpreußische Exklave auch über dem russischen Durchschnitt von 0,51, wie der „Königsberger Express“ meldet. *C.C.*

Vermisste blieben im Wald

Pillau – Für Erheiterung sorgte sicher ein Fall, der sich in der Nähe des Dorfes Kallen bei Pillau zutrug. Als ihr Ehemann, zusammen mit drei Begleitern – darunter ein siebenjähriges Kind – bei Anbruch der Dunkelheit nicht vom Pilze-Sammeln zurückkehrt war, benachrichtigte eine Ehefrau die Polizei. Die berechtigte Sorge löste sich in Luft auf, als diese die Vermissten alsbald am Lagerfeuer antraf. Die Sammler hatten beschlossen, die Nacht im Wald zu verbringen. *MRK/C.C.*

Umzug in Neubauten

Pr. Eylau – Die letzten 47 Bewohner von Sozialwohnungen, die seit 2008 in alten, baufälligen Häusern aus der Vorkriegszeit untergebracht sind, durften nun endlich moderne Wohnungen in von der Stadt errichteten Neubauten beziehen. Der stellvertretende Bezirkschef Alexander Tkatschenko überreichte gemeinsam mit dem Minister für kommunale Wohnwirtschaft, Jewgenij Morosow, den Glücklichen in einem feierlichen Akt die Schlüsel zu ihren neuen Wohnungen. *MRK*

Ein Gumbinner wird Gouverneur

Moskau reagiert auf Protestbewegung – Regionalpolitiker soll Vertrauen der Bevölkerung zurückgewinnen

Nun ist es amtlich: Der Überraschungskandidat Nikolaj Zukanow löst Georgij Boos als Gouverneur der Königsberger Exklave ab. Am 28. September wird der bislang wenig bekannte Politiker die Amtsgeschäfte übernehmen.

„Ich träume davon, in fünf Jahren ruhig durch die Straßen der Oblast zu gehen und mich für mein Handeln nicht schämen zu müssen.“ Mit diesem frommen Wunsch endete ein Interview mit Nikolai Zukanow. Er wird der erste Gouverneur sein, dessen Lebensweg von Beginn an mit dem Königsberger Gebiet verbunden war. Das Licht der Welt erblickte der Politiker 1965 in Kulligkemen (Lipowo) im Kreis Gumbinnen. Nach einer Ausbildung am Polytechnischen Institut arbeitete er als Schweißer in der Motorenfabrik „Mikrodwigatel“. Nach dem Armeedienst begann seine politische Karriere als Sekretär des örtlichen Komsomol in den Kreisen Cranz und Gumbinnen. In den 90er Jahren erlangte Zukanow ein juristisches Diplom und blieb für fünf Jahre in Moskau. Dort arbeitete er am technisch-wissenschaftlichen Zentrum „Techinvestmed“. 2002 erhielt er den Grad eines Kandidaten der Psychologie.

Im Mai 2005 wurde er schließlich zum politischen Oberhaupt des Gumbinner Gebiets gewählt. Seit Mai 2009 ist er Chef des Stadtkreises Gumbinnen und am 26. Juli 2010 wurde er Sekretär des Regionalrats der Partei „Einiges Russland“. Er ist in zweiter Ehe verheiratet und hat einen erwachsenen Sohn aus erster Ehe.



Vor Amtsantritt: Nikolaj Zukanow gibt Interviews. Bild: Tschernyschew

Nachdem Präsident Dmitrij Medwedew Nikolaj Zukanow aus der ihm vorgelegten Kandidatenliste ausgewählt hatte, stellte der Bevollmächtigte des Präsidenten für das Königsberger Gebiet, Ilja Klebanow, ihn den Abgeordneten der Gebietsduma vor. Das Treffen fand hinter verschlossenen Türen statt und erfolgte in drei Etappen. Zunächst wurde Zukanow den Mitgliedern der Partei „Einiges Russland“ vorgestellt, dann der Fraktion der Kommunisten und zum Schluss den fraktionslosen Abgeordneten. Ilja Klebanow sieht in der Tatsache, dass der neue Gouverneur einen Großteil seines Lebens im nördlichen Ostpreußen verbracht hat, als besonderen Pluspunkt. Klebanow erklärte, die Nichtwiederaufstellung des amtierenden Gouverneurs Georgij Boos sei als Warnung an die Gouverneure anderer Regionen zu verstehen. Die Protestbewegung im Königsberger Gebiet habe Signalwirkung für das übrige Russland, dass die Politiker nicht ausschließlich das industrielle Wachstumstempo im Blick haben dürften, sondern auch verfolgen müssten, wie bei der einfachen Bevölkerung ankomme, was die Gouverneure machen.

Signalwirkung auch für andere Politiker

Georgij Boos selbst hatte zuvor Nikolaj Zukanow äußerst positiv beschrieben. Er wies darauf hin, dass Gumbinnen, dem dieser in den vergangenen Jahren vorstand, die höchste Entwicklungsrate im gesamten Gebiet aufzuweisen hatte, sein Budget um das zwölffache gewachsen sei. „Wenn Ihnen meine Empfehlung etwas bedeutet, dann rufe ich Sie dazu auf, für Nikolaj Nikolajewitsch zu stimmen“, sagte Boos.

Die Duma-Sitzung, während der Zukanow „gewählt“ wurde, dauerte nur eine halbe Stunde. Er wurde mit 30 Stimmen bei neun Gegenstimmen als Gouverneur bestätigt. Bei seinem ersten Auftritt vor den Abgeordneten erklärte Zukanow, er wolle in den ersten drei Monaten nach seinem Amtsantritt ein Programm zur Lösung der drängendsten Probleme erarbeiten. Er sagte, die Regierung wolle all ihre Kraft zur Unterstützung industrieller Innovationen, der Logistik und des Tourismus bündeln. Zukanow sprach auch die momentanen Probleme an, allen voran die Schwierigkeit, das gegenseitige Verständnis und Vertrauen zwischen Politik und Volk wieder herzustellen. Weiter werde er den Zustand der kommunalen Wohnungswirtschaft überprüfen. Priorität habe vor allem die Förderung der Landwirtschaft, des Wohnungsbaus und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Besondere Beachtung verdienten auch die Themen Gesundheitswesen und Bildung.

Noch-Gouverneur Georgij Boos hat indesssen angekündigt, am 24. September einen Vortrag zu halten, in dem er ein Resümee seiner fünfjährigen Arbeit ziehen wird. Seine Amtszeit endet am 28. September. *Jurij Tschernyschew*

Tempelhüter darf zurückkehren

Petition des Fördervereins »Hilfe für Trakehnen« erfolgreich – Kutschfahrt nach Ostpreußen mit Hindernissen

Der Förderverein zur Unterstützung des Gemeinwesens und der Aufbauarbeit in Trakehnen „Hilfe für Trakehnen“ setzt sich für die Rückführung der bronzenen Pferdestatue des „Tempelhüter“ von Moskau nach Trakehnen ein. Inzwischen signalisierte Russland Bereitschaft, das bronzene Standbild des „Tempelhüters“ nach Trakehnen zu bringen, um es dort auf seinem alten Sockel vor dem Landstallmeisterhaus wieder auszustellen, wo es 1932 anlässlich der 200-Jahrfeier des Hauptgestütes Trakehnen aufgestellt wurde. Die russische Bedingung lautet, dass die Deutschen für eine Kopie sorgen, die anstelle der Originalstatue in der Moskauer Landwirtschaftlichen Akademie Aufstellung finden würde. Für die Herstellung einer Kopie ruft der Verein „Hilfe für Trakehnen“ neben den ehemaligen Bewohnern Ostpreußens und deren Nachfahren auch alle nationalen und internationalen Pferdefreunde auf, sich an einer an diesen Zweck gebundenen Spendensammelaktion zu beteiligen. 50 000 Euro werden insgesamt benötigt, 32 000 Euro für den Guss sowie 18 000 für Transport und Sockel. Der Erste Vorsitzende des Fördervereins, Hagen Mörig, machte mit einer Spende in Höhe von 1000 Euro den Anfang.

Die Verhandlungen zwischen den russischen Behörden und dem Initiator dieser Aktion laufen auf Hochtouren, denn die Wiederaufstellung in Trakehnen soll mit entsprechenden Feierlichkeiten begangen werden. Zu diesem Zweck wurde eigens ein Spendenkonto eingerichtet. Der Abguss soll in Russland hergestellt werden. So würden die Spender den Russen nicht nur eine zweite Statue finanzieren, sondern auch noch etwas für den dortigen Arbeitsmarkt tun.

Bedingung: Deutsche sollen für Kopie in Moskau sorgen

Dem bedingten russischen Ja zur Heimkehr der Pferdestatue des „Tempelhüter“ nach Trakehnen war eine von 11 000 Bürgern unterzeichnete Petition des Vereins „Hilfe für Trakehnen“ vorausgegangen, die medienwirksam per Pferdekutsche dem Trakehner Bürgermeister überbracht wurde. Am 4. Juni 2009 wurde der Tross mit der Petition und den Unterschriften am Brandenburger Tor in Berlin Richtung Trakehnen feierlich verabschiedet. Der Tross bestand aus einer historischen Kutsche, gezogen von vier Trakehner Schimmeln, gefahren von Heinrich Freiherr von Senden. Zur Verabschiedung war eine Abordnung der „Langen Kerls“ aus Potsdam erschienen sowie das „Berlin-Brandenburgische Parforce-Horn Bläser Corps“. Der russische Botschafter hatte einen Attaché entsandt. Unter den Augen vieler interessierter Zuschauer verabschiedete sich der Tross und fuhr die Berliner Prachtstraße Unter den Linden in Richtung Dom. Dort wurden Ross und Wagen auf Lastkraftwagen und Anhänger verladen, um zurück ins Quartier gebracht zu werden.

Die Vorbereitungen für dieses Unternehmen waren umfangreich und langwierig. Allein die tierärztlichen Untersuchungen dauerten, denn die Pferde mussten den Vorschriften entsprechend erst noch zehn Tage in Quarantäne. Als Dolmetscher fungierte ein polnischer Pferdemann, der neben seiner Muttersprache auch Russisch und Deutsch sprach.

In Preußisch Stargard traf man den polnischen Fahrer und mehrfachen Derbysieger Zigmund Waltschewski. Trotz seiner 84 Jahre drehte er, nachdem auch er die Petition unterzeichnet hatte, mit dem Gespann einige Runden auf dem Parcours des alten preußischen Landgestüts.

Die Fahrt bis zur innerostpreußischen Grenze verlief bei schönstem Reisewetter in einer zauberhaften Natur. Nicht problemlos verlief der Grenzübertritt. Das bundesdeutsche Veterinäramt hatte die Unbedenklichkeitserklärung nicht auf Sicherheitspapier der Bundesdruckerei ausgedruckt, wie es internationale Vorschrift ist, sondern auf normalem Schreibpapier. An der russischen Grenzstation wurde über sechs Stunden lang verhandelt, man wollte den Tross wegen dieses Formfehlers nicht einreisen lassen. Telefonate mit den vorgesetzten russischen Behörden in Königsberg und dem zuständigen Veterinäramt in der Bundesrepublik blieben erfolglos. Der Tross fuhr nach Galinen zurück, derweil drei Mitstreiter die Unterschriften mit einem Wagen ins 180 Kilometer entfernte Trakehnen zum Bürgermeister brachten. Dort verblieben sie bis November, als sie endlich dem Gouverneur in Königsberg übergeben wurden. Dessen Sekretärin riet Mörig, ein wohlbegründetes Bittgesuch an Ministerpräsident Wladimir Putin zu schicken. Der Rat wurde befolgt, und zwei Wochen später meldete sich die Staatskanzlei bei der Kontaktperson des Fördervereins in Trakehnen, erbat weitere Auskünfte und stellte in Aussicht, dass man sich beim Initiator in der Bundesrepublik melden werde. Ende Januar traf ein Schreiben des russischen Kultusministeriums beim Förderverein in Braunschweig ein, welche das konditionierte Einverständnis zur Rückführung der „Tempelhüter“-Statue enthielt. *PAZ*



Tempelhüter in Bronze: Diese Kopie der Statue steht seit 1974 in Verden. Foto: Jürgen Howaldt / Wikipedia

Nähere Informationen zu dem Thema erteilt „Hilfe für Trakehnen e. V.“, c/o Jürgen Söllig, Gifhorner Straße 131, 38112 Braunschweig, E-Mail: info@trakehnen-ev.de

»Wettbewerb der Mörder« aufgedeckt

In der Wojwodina wird das Schicksal der Donauschwaben aufgearbeitet – Die Vertriebenen wurden bereits 2003 rehabilitiert

Die Wojwodina blickt auf ein langes und meist gedeihliches Miteinander von Serben, Ungarn, Deutschen und anderen Volksgruppen zurück. Heute will die zu Serbien gehörende Region wieder an diese Tradition anknüpfen.

Sandor Egeresi, Präsident des Parlaments der Autonomen Provinz Wojwodina, weilte kürzlich in Ulm. Dort ist stets etwas in Sachen Donau-Verbundenheit zu bereden, derzeit die Strategie zur „Donau-Euroregion", die Mitte 2011 unter ungarischer EU-Präsidentschaft starten soll. Ende September wird Egeresi den „traditionellen" Besuch der Donauschwaben empfangen, der Nachfahren jener Deutschen, die ab dem späten 17. Jahrhundert auf ihren „Ulmer Schachteln" angeschippert kamen. Erst sie haben nach der Rückeroberung der Region von den Türken mit neuen Agrartechniken der Wojwodina zu Reichtum verholfen.

Die Wojwodina war bis zu den Türkenkriegen im 16. Jahrhundert mehrheitlich von Serben besiedelt, gehörte aber bis 1918 zum habsburgischen Ungarn. Unter ungarischem Chauvinismus vor allem ab 1867 hatten Serben und Donauschwaben gleichermaßen zu leiden, was ihr zunächst problemfreies Zusammenleben im späteren Jugoslawien erklärte. Laut Volkszählung von 1931 lebten 478 640 Deutsche in Jugoslawien, kurz vor dem Zweiten Weltkrieg waren es 558 000, 1948 aber nur noch 55 337, dann 8712 (1981), 3901 (2002), davon 3154 in der Wojwodina. Deutsche gehen von einer manipulierten Zahl aus, was die elf Verbände der Wojwodina-Deutschen daran hindern soll, sich zu einem „Deutschen

Donau-Euroregion soll 2011 ins Blickfeld

Nationalrat" zusammenzuschließen.

Der Germanist Zoran Ziletic, Ehrenpräsident der 1991 gegründeten „Vereinigung für serbisch-deutsche Zusammenarbeit", und der Historiker Zoran Janjetovic sind nur zwei von mehreren, die sich kundig und engagiert um historische Aufarbeitung bemühen. Dazu zählt auch der Schriftsteller Nenad Novak Stefanovic, der mit bislang drei Büchern die Nachkriegsleiden der Donauschwaben beschrieb. Diese Autoren folgen dem slowenischen Philosophen Taras Kermauner (1930–2008), der schon im Juli 1987 rügte: „Wir Slowenen und Serben rühmen uns, nie einen Völkermord verursacht zu haben. Und was bedeutet die Endlösung der deutschen Frage in der Wojwodina?" Diese provokante Frage griff die Belgrader Wochenzeitung „NIN" auf und beantwortete sie rückhaltlos in der fünfteiligen Artikelreihe „Das Schicksal der Volksdeutschen in Jugoslawien".

Deutsche Blätter aus der Wojwodina, etwa „Fenster" aus Karlowitz (Sremski Karlovci), betonen: Deutsche waren vogelfrei, nachdem der AVNOJ, höchstes politisches Machtorgan der Tito-Partisanen, ihnen 1944/45 mit 37 Beschlüssen und Dekreten Staatsbürgerschaft, Rechte und alles Eigentum wegnahm. Allein in der Wojwodina wurden Deutschen 380 256 Hektar Land weggenommen und bis Jahresende 1945 an 45 000 „verdiente Partisanen" vergeben.

Darüber schwieg man lange, bis das Parlament der Wojwodina 2003 seine „Resolution über die Nichtanerkennung von Kollektivschuld" beschloss und darin „Einsatz für die volle Rehabilitierung aller Vertriebenen und aller, die während des Krieges und danach unschuldig drangsaliert wurden", zusagte. Daran arbeitete man schon seit Ende 2000, als das Parlament eine Untersuchungskommission von Kriegsverbrechen in den Jahren 1941 bis 1948 einsetzte. Die von dem Historiker Dragoljub Zivkovic geleitete 50-köpfige Kommission verteilte 300 000 Fragebögen und sammelte 30 000 Zeugenaussagen. Nach sieben Jahren Arbeit resümierte Zivkovic: „Es ist ergreifend, wie alle unsere Deutschen leiden mussten." Anstelle der bislang angenommen 70 000 Opfer aller Nationalitäten kam auf man 110 000 – „nur unschuldige Opfer, keine Waffenträger".

Einiges davon war schon bekannt: Ende 1944 hatte die im Norden Jugoslawiens operierende Sowjetarmee 11 000 Deutsche, meist Frauen, nach Russland deportiert. Bei Kriegsende zählten die Jugoslawen 80 000 deutsche Kriegsgefangene, darunter 7000 Volksdeutsche. Denen ist nicht viel passiert, weniger als den deutschen Zivilisten, die in 72 Lagern interniert

Ab 1944 deportiert oder ins Lager vor Ort

waren. Als „Lager" dienten meist Viertel der deutschen Dörfer, die mit Stacheldraht umzäunt wurden. Kinder wurden von ihren Eltern getrennt und mit Alten und Kranken zusammengesperrt, und alle waren auf Monate hinaus der Willkür der Bewacher ausgesetzt. Nahrung gab es kaum, medizinische Betreuung erst ab 1947. Im März 1948 wurden die Lager aufgelöst, bis dahin waren mindestens 47 000 Deutsche umgekommen.

Im August 2006 hat die Zivkovic-Kommission ihre Arbeit beendet, zuvor eine unerwartete Fülle von Material gesichtet, oft von Tätern hinterlassen. Wer die meisten „Gegner" umbrachte, wurde befördert und das erklärt „die Leidenschaft der Täter, Spuren zu hinterlassen und zu notieren, wen sie umgebracht haben": 47 000 Serben, 17 000 Donauschwaben, 6000 Ungarn und so weiter allein in der Wojwodina.

Nach dem Lagerelend galt von 1950 bis 1960 ein „Repatriierungsvertrag", den neun Zehntel der verbliebenen Deutschen zur Aussiedlung nach Deutschland nutzten. Nach 1960 besuchten erste Deutsche die alte Heimat, wo man sie meist freundlich aufnahm und ihnen erbetene Familiendokumente problemlos aushändigte. Donauschwaben gab es kaum noch, aber in Deutschland 600 000 „Jugo-Schwaben", Gastarbeiter, die von 1961 bis 1984 27 Milliarden D-Mark nach Hause schickten.

Seit 2000 wurden an immer mehr Orten der Wojwodina Gedenktafeln aufgestellt, und seit Mai 2009 sind die CDs „Auf dem Weg zur Wahrheit" zu haben, die Ergebnisse der Zivkovic-Kommission enthalten. Wegen Geldmangels konnte man sie nicht als Buch herausbringen. *Wolf Oschlies*

Die ostpreußische Familie





Ruth Geede Foto: Pawlik

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,
heute wollen wir über die erfreulichen Reaktionen berichten, die unsere letzten Folgen zu verzeichnen haben. Und wenn es auch keine großen Wunder sind, so ist jeder Erfolg wichtig, denn er beweist, wie unsere Leserinnen und Leser sich bemühen, Mosaiksteinchen zusammen zu tragen, die vielleicht ein Gesamtbild ergeben können. So sieht es auch **Marko Starick** aus Ludwigsburg, dessen Suchwunsch wir in Folge 28 veröffentlichten. Es geht um seine Urgroßmutter **Anna Link**, geb. **Engel** aus Wackern, Kreis Pr. Eylau, über deren Schicksal der 34-Jährige nur so viel weiß, dass sie nach missglückter Flucht im Winter 1946/47 an einem unbekannten Ort in Ostpreußen verhungerte. Er hatte gehofft, über unsere Ostpreußische Familie mehr über seine Familie zu erfahren, vielleicht auch entfernte Verwandte zu finden – das ist allerdings noch nicht eingetreten, aber die ersten Steinchen sind bereits gelegt worden Denn Herr Starick schreibt: „Dank der Veröffentlichung meines Schreibens habe ich Kontakt zu Herrn **Schneidewind** und **Dietmar Wrage** erhalten. Letzterer konnte mir eindeutig zusichern, dass **Oskar Link** – mein Opa – und sein Bruder Gerhard (also Söhne von Anna Link) auf dem Gut Prilacken, Gemeinde Wickau, geboren wurden. Der Vater **Martin Ferdinand Link** ist als Deputant auf dem Gut vermerkt. Herr Wrage hat mir weitere Hilfe angeboten und Kontakt zu Herrn Mückenberger hergestellt. Dieser hat bereits signalisiert, dass er Nachforschungen zur Familie Engel tätigen wird. Auch **Walter Klink**, Kirchspielvertreter Schillen, hatte sich – wie bereits in Folge 31 erwähnt – zu Worte gemeldet und Informationen zu meiner Ururgroßmutter **Berta** geb. **Hobucher** mitgeteilt. Auf diesem Wege möchte ich allen Personen recht herzlich danken!" Und diesen Dank reiche ich gerne weiter.

Die Folge 28 ist anscheinend sehr sorgsam gelesen worden, denn es kamen Zuschriften zu weiteren Fällen. Wir berichteten, dass die Frage von **Heidi-Huberta Baldauf** aus Chemnitz nach dem Geburtsort ihrer Großmutter, den sie auf keiner Landkarte finden konnte, durch unsere Leser geklärt werden konnte: Bodzanowo lag im Gouvernement Plock südlich von Thorn. War das schon erfreulich, kam dann noch das Sahnehäubchen, denn Frau Baldauf teilte uns mit, dass dieser Ort auch einen deutschen Namen trug: Sporwitten! Sie schreibt: „Somit ein voller Erfolg. Die Freude war groß. Nochmals herzlichen Dank!"

Die in der gleichen Ausgabe erschienene Suchfrage von **Petra Wollherr** aus Zschorlau fand bisher leider kein nennenswertes Echo, denn sie bekam nur eine Zuschrift und die bezog sich auf den Geburtsort ihres Großvaters **Eduard Moiszinski**, der aber schon bekannt war: Lipno, Kreis Schwetz, Westpreußen. Doch es gab keine Angaben zu den großelterlichen Familien. Auf die Schwierigkeiten hatten wir schon hingedeutet, denn der staatenlose Eduard Moiszinski hatte den Namen seiner Frau **Ida – Sokolowski** – angenommen und zog mit seiner Familie als Wanderschmied durch das südliche Ostpreußen. Das sieht auch die Enkeltochter so, denn sie schreibt: „Ich bedanke mich für die Veröffentlichung meiner Suchanzeige. Aber mit meiner Familie ist das nun mal nicht einfach, die mussten ja alle zwei Jahre umziehen. Ich war jetzt in Masuren, in Lyck und Umgebung, dort ist es sehr schön. Meine Tante war mit, und wir haben ihren Geburtsort Glinken besucht. Da stand noch ihr Geburtshaus und auch die Schmiede, in der mein Opa gearbeitet hat. Dabei erzählte sie mir, dass die Leute im Ort zu meiner Großmutter nie „Frau Sokolowski" gesagt hatten, sondern sie war die „Frau Schmied". Vielleicht erinnern sich jetzt Landsleute aus der Lykker Gegend an den Schmied und seine Frau?" Wir bleiben in dieser Angelegenheit weiter am Ball, da noch nähere Angaben zur Flucht der Familie zu erwarten sind.

Einen ähnlichen Fall hatten wir in Folge 31 gebracht, denn auch bei der Frage von **Freya Rosan** handelte es sich um ihren ebenfalls staatenlosen Großvater Andreas Wessolowski. Er soll einen „grünlichen Pass" als Ausweis besessen haben, über den die Familie noch immer rätselt. Aber nicht mehr, denn kaum hatten wir die Frage veröffentlicht, kam eine E-Mail von **Helge-Jan Schmodde**, der sie restlos klärte: „Es handelt sich um den Nansen-Pass, der Anfang der 20er Jahre zunächst an russische Emigranten ausgestellt wurde. Seine Farbe war, wie einer seiner damaligen Inhaber in seinen Lebens-Erinnerungen schreibt, kränklich grün". Das ist nun mehr als der von Frau Rosan erhoffte kleinste Hinweis, und der „blinde Fleck" in ihrer Familiengeschichte ist somit gefüllt. Sie wird sich freuen ebenso wie **Reinhard Kayss** vom Kreisverband Neidenburg, der ihr den Rat gegeben hatte, sich an unsere Ostpreußische Familie zu wenden, was sich als der richtige Weg erwies. Ihnen, lieber Herr Schmodde, ein großes Dankeschön für diese prompte Information.

Wir freuen uns über jedes Lob, stärkt es doch unserer gemeinsamen Sucharbeit den Rücken. Und deshalb bedanke ich mich auch sehr herzlich für die Blumenkarte von **Elke Schwenzfeier** aus Wülfrath, die ohne Wunsch und Frage – einfach so – ihrer Verbundenheit mit unserer Ostpreußischen Familie mit wenigen Worten Ausdruck gibt: „Ich sende Ihnen und der gesamten Ostpreußischen Familie meine herzlichsten Grüße. Ihre Familienseite gehört zum menschlich Feinsten, was ich in meinem bisherigen Leben erfahren habe. Da findet Herzlichkeit statt! Danke!"

Und die empfindet auch die kleine Gruppe „Königsberger Kinder", über deren Besuch in ihrer Heimatstadt, in der sie als Waisen die bitterste Zeit ihrer Kindheit erlebten, wir in Folge 30 berichtet haben. Für alle Beteiligten schreibt **Helga van de Loo**: „Sie haben uns eine große Freude bereitet. Von vielen Seiten, auch von Nichtbetroffenen, kamen Bekundungen, die Mitempfindung und auch Dank ausdrückten. Heute möchten wir, alle Beteiligten, unseren innigsten Dank für Ihre uns und unserer Mission so spontan geschenkten Aufmerksamkeit und Begleitung zum Ausdruck geben. Sie haben mit Ihrem feinfühligen Erkennen unserer Motivation, aus empfundener Verlorenheit, uns eine große, nachhaltige Genugtuung, auch Halt, vermittelt. Der Kontakt zwischen uns ist vielseitig, wie lebendig geworden, und wir werden ihn auch künftig pflegen. Es hat sich viel getan." Beigelegt waren diesem Schreiben mehrere, für die Dokumentation wertvolle Aufnahmen von der Einsetzung des von der Gruppe gestifteten Gedenksteines an die Königsberger Waisenkinder, die in den Jahren 1945 bis 1948 in Königsberg verstarben, auf dem ehemaligen Luisenfriedhof. Aus einigen dieser Fotos ist ersichtbar, dass der kleine Gedenkstein nicht so einsam steht, wie es auf der von uns veröffentlichten Aufnahme erscheint. Er befindet sich in enger Nachbarschaft zu einem größeren Stein, der vom Kirchenvorstand der Auferstehungskirche im vergangenen Jahr aufgestellt wurde: „Zur Erinnerung an die Menschen, die hier lebten, Ostpreußen und Königsberg als ihre Heimat liebten, die von hier in die Ewigkeit Gottes gingen und deren Leiber hier auf dem ehemaligen Luisenfriedhof beerdigt wurden" – wie die Inschrift in Deutsch und russisch besagt. Gestiftet wurde dieser schöne Stein, zu dem ein Plattenweg führt, von der Königsberghilfe Bonn. Ich möchte mich bei **Hannelore Müller** für die mir übersandten Fotos aus dem heutigen Königsberg bedanken, mit denen ich unsere Kolumne bereichern werde.



Unbekannter Junge: Wer erkennt sich? Bild: privat

Auch **Eberhard Jung** aus Bonn kann erste Erfolge auf seine Bitte nach Erinnerungen an seine Urgroßtante, die Dichterin **Frieda Jung**, verzeichnen. Angeregt durch die Fotos aus Kiaulkehmen, die uns **Bruno Fietz** übersandt hatte und auf denen auch das Schulhaus erkennbar war, hatte sich Herr Jung an uns gewandt als den einzig gangbaren Weg, noch etwas über die Dichterin zu erfahren, um ihre Biographie ergänzen zu können. Eine der wichtigsten Zuschriften kam von **Irene Werner** aus Dornstadt, da scheint sich eine interessante Geschichte zu ergeben, wie Eberhard Jung mir mitteilt. (Da ich ja selber über eine Urgroßmutter mit der Jung-Sippe verwandt bin, wenn auch recht weitläufig, bin ich natürlich sehr gespannt!) Beim Aufarbeiten der Unterlagen mit seiner Kusine **Gerlies Niesner**, geb. Donnermann, fand Eberhard Jung nun ein Foto, das im Sommer 1942 oder 1943 in Buddern aufgenommen wurde. Die damals zwei- oder dreijährige Gerlies aus Berlin war zu ihrer Urgroßmutter **Martha Mengel**, der Schwester von Frieda Jung, und ihrer Großtante **Margarete Lengkeit** nach Buddern gebracht worden, wo sie behütete Kindersommer verbrachte. Auf dem Foto hält sie ein größerer Junge an der Hand, der wie die Barfüssigkeit beweist, aus der Nachbarschaft stammte. Der Blondschopf könnte damals etwa sechs/sieben Jahre alt gewesen sein – wer erkennt ihn oder sogar sich selbst? (Eberhard Jung, Deutschherrenstraße 131 in 53 179 Bonn, Telefon: 0228/330901)

Von vielen Funden in Nachlässen haben wir in der letzten Zeit berichtet, so wollen wir es auch heute halten, und zwar mit einem heiteren Fundstück. Es geht um ein Gedicht, das Herrn **Ulrich Lutz** aus Neidlingen Rätsel aufgibt, weil es aus Fragmenten besteht. Seine Eltern stammen aus Masuren und deshalb glaubt er, dass da in ihrem Nachlass entdeckte Poem ein Spottgedicht auf unsere ostpreußische Eigenschaft ist, allem ein „...chen" anzuhängen, ach Gottchen ja, das stimmt. Ich kenne das Gedichtchen nicht, aber sicherlich jemand von unseren Leserchen. Die ersten sechs Zeilen sind bekannt, sie lauten: „Bei nächtlichen Gewitterchen / im Walde ritt ein Ritterchen. / Er sah von fern ein Feuerchen, / das Herzchen schlug ihm freierchen. / Doch ach, wie sank sein Mütchen, / es waren acht Banditchen." Dann fehlen einige Zeilen, bis es zum Schluss heißt: „Der Mond trat aus den Wölkchen / beschien das tote Völkchen."

Wenn es von einem ostpreußischen Verseschmied gemacht wurde, könnte es von **Erich Petukat** sein, dort fand ich es aber nicht. Und der hätte wohl auch nicht den – für uns untypischen – Umlaut gewählt, sondern „Volkchen" auf „Wolkchen" gereimt. Vielleicht hat also einer von außenbords uns Ostpreußen verspotten wollen – na, wollen mal sehen, ob jemand die fehlenden Zeilen kennt. Nicht nur Herr Lutz würde sich freuen, sondern auch wir. (Ulrich Lutz, Schloßstraße 131, 73272 Neidlingen, Telefon 07023/743131 oder 07023/71623 abends und am Wochenende.)

Erfreuliches kann ich auch für die nächste Kolumne aufheben. Was mich besonders berührt: Es sind immer mehr junge Menschen, die uns schreiben. Unbelastet von den persönlichen Erlebnissen, unter denen ihre Großeltern oder Eltern ihr Leben lang litten, fragen sie nach ihren Wurzeln. Und das gibt auch uns Kraft und Bestätigung unserer Brückenarbeit zwischen Generationen und Ländern.

Eure

Ruth Geede

„Unsere Familie" auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Wir gratulieren ...

ZUM 102. GEBURTSTAG

Schlemminger, Erich, aus Angerburg, jetzt Hauptstraße 13, 38557 Osloß, am 17. September

ZUM 100. GEBURTSTAG

Wylutzki, Margarete, geb. **Pruß**, aus Hermbach, Kreis Lyck, jetzt Hopgarten 4, 38462 Grafhorst, am 15. September

ZUM 99. GEBURTSTAG

Horn, Bruno, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Palmenstraße 5, 40217 Düsseldorf, am 13. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Kositzki, Anna, geb. **Wysk**, aus Wilmburg und Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, jetzt August-Bebel-Straße 40, 39326 Colwitz, am 15. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Kayka, Herta, geb. **Skodda**, aus Grünsee, Kreis Lyck, jetzt Bornstraße 3, 65582 Hambach, am 13. September

Leiskau, Ingeborg, geb. **Kempas**, aus Ebenrode, jetzt Nikolausberger Weg 1, 37075 Göttingen, am 19. September

Schotte, Isolde, geb. **Schucany**, aus Königsberg und Koschainen, Kreis Mohrungen, jetzt Jahn Straße 21, 07381 Bneck, am 15. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Madsen, Herta, geb. **Pitzer**, aus Ebenrode, jetzt Andreasstraße 20, 22301 Hamburg, am 15. September

Reimann, Siegfried, aus Rodenau, Kreis Lötzen, jetzt Möllenkamp 12b, 30926 Seelze, am 18. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Baumgart, Margarete, geb. **Bleyer**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Weinsbergstraße 124, 50823 Köln, am 13. September

Becker, Anneliese, geb. **von Reck**, aus Neidenburg-Schloßgut, jetzt Wasserstraße 3, 59505 Bad Sassendorf, am 16. September

Halw, Bruno, aus Treuburg, Otto Reinke Straße 16, jetzt Kolpingstraße 16, 86825 Bad Wörishofen, am 19. September

Jonsek, Frieda, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Sundstraße 1, 18573 Alte Fähr auf Rügen, am 13. September

Kangowski, Elfriede, geb. **Scharnowski**, aus Hohendorf, Kreis Neidenburg, jetzt Lindenweg 2, 19205 Vietlübbe, am 16. September

Prawdzik, Karl, aus Zielhausen, Kreis Lyck, jetzt Braunschweiger Straße 11, 38685 Langelsheim, am 18. September

Szelinsky, Eva, geb. **Gerlach**, aus Königsberg, jetzt Comeniusstraße 1, 03044 Cottbus, am 14. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bledau, Edith, geb. **Bledau**, aus Kahlholz, Kreis Heiligenbeil, jetzt Elise-Averdieck-Straße 17, 27356 Rotenburg, am 19. September

Gnosa, Thekla, geb. **Neumann**, aus Lyck, jetzt Am dicken Turm 19, Pankratius Altenheim, 58636 Iserlohn, am 18. September

Gunia, Frieda, geb. **Zacharias**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, jetzt 1436 Princeton, Berkley/Michigan, USA, am 16. September

Kowalewski, Emilie, geb. **Jankowski**, aus Lyck, Bismarckstraße 56, jetzt Mainstraße 3, 64560 Riedstadt, am 19. September

Nowak, Hedwig, geb. **Pawellek**, aus Ruttkau und Ortelsburg, Kreis Ortelsburg, jetzt Stürtzstraße 47, 52349 Düren, am 16. September

Paulekuhn, Grete, geb. **Rensch**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, jetzt Birkenweg 3, 24582 Brügge, am 19. September

Schubert, Elisabeth, geb. **Kloß**, aus Weißensee, Groß Weißensee, Kreis Wehlau, jetzt Reinickendorfer Straße 93, 13347 Berlin, am 17. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Czerwinski, Wilhelm, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Buchenweg 9, 85757 Karlsfeld, am 19. September

Eckloff, Magdalena, aus Albertswalde, Kreis Mohrungen, jetzt Schäferkamp 7, 23879 Mölln, am 19. September

Flachsberger, Heinz, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, jetzt Steinerweg 4, 53809 Ruppichteroth, am 18. September

Hohnsbein, Frieda, geb. **Weylo**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, jetzt Paul-Sorge-Straße 143, 22455 Hamburg, am 18. September

Lehmann-Ehlert, K. aus Königsberg-Tannenwalde, jetzt Lüder-Clüver-Straße 15, 28779 Bremen, am 13. September

Schenkluhn, Frieda, geb. **Gonschor**, aus Groß Jauer, Kreis Lötzen, jetzt Wohnstift Beethoven, 53332 Bornheim, am 18. September

Wunderlich, Hedwig, geb. **Baginski**, aus Willuhnen, Kreis Neidenburg, jetzt Siebenbuchen 14, 22587 Hamburg, am 14. September

Zlotowski, Emmi, geb. **Leitner**, aus Niedenau, Kreis Neidenburg, jetzt Dorfstraße 65, 17179 Finkenthal, am 14. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Fleischer, Charlotte, geb. **Gudde**, aus Koddien, Kreis Wehlau, jetzt Lerchenanger 6, 31787 Hameln, am 16. September

Herzog, Hedwig, geb. **Patz**, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Fichtestraße 1, 44651 Herne, am 19. September

Jeschke, Fritz, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, jetzt Brüggemannstraße 5, 59329 Wadersloh, am 16. September

Lingnau, Erika, geb. **Führer**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, jetzt Freienohler-Straße 55, 59872 Meschede, am 18. September

Mauer, Ernst, aus Kickwieden, Kreis Ebenrode, jetzt Kleinholzweg 6, 83064 Raubling, am 13. September

Tiedtke, Elfriede, aus Gehlenburg, Kreis Johannisburg, jetzt Hohenzollernplatz 7, 71638 Ludwigsburg, am 19. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Baering, Karl-Heinz, aus Stahnken, Kreis Lyck, jetzt Summerland 27, 49090 Osnabrück, am 17. September

Böhm, Eleonore, geb. **Opitz**, aus Ortelsburg, jetzt Bradfordstraße 26, 59063 Hamm, am 17. September

Chilinski, Otto, aus Struben, Kreis Neidenburg, jetzt Gahlener Straße 14, 46282 Dorsten, am 16. September

Ficker, Edith, geb. **Rydzewski**, aus Lyck, Danziger Straße 14, jetzt Adolph-Diesterweg-Straße 19, Ortsteil Weidenhausen, 35075 Gladenbach, am 19. September

Krone, Magda, geb. **Kähler**, aus Kahlholz, Kreis Heiligenbeil, jetzt Hüttenweg 4E, 31226 Peine, am 17. September

Lork, Gerda, geb. **Emke**, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, jetzt Luchsweg 33, 44892 Bochum, am 17. September

Neubert, Maria, geb. **Block**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Schönbockener Straße 25A, 23556 Lübeck, am 14. September

Niklaus, Lieselotte, geb. **Paschkowski**, aus Ortelsburg, jetzt Grasweg 5, 37586 Dassel, am 19. September

Olschewski, Alfred, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Buschfeldweg 2, 37170 Uslar, am 19. September

Parche, Edeltraut, geb. **Müller**, aus Milken, Kreis Lötzen, jetzt Kulkstraße 28, 38820 Halberstadt, am 16. September

Richter, Erna, geb. **Arndt**, aus Tulpeningen, Kreis Schloßberg, jetzt Mittelstraße 16, 30900 Wedemark-Elze, am 16. September

Schmidt, Eva, aus Petersgrund, Kreis Lyck, jetzt Richterskamp 20, 48529 Nordhorn, am 18. September

Sparr-Harenberg, Ellen-Edith Gräfin **von**, geb. **Schneider**, aus Lyck, jetzt Dankersstraße 55B, 21680 Stade, am 17. September

Taudien, Gert, aus Tilsit, jetzt 100 Grant Carman, Ottawa ON K2E 8B8, Canada, am 18. September

Weißflog, Erna, geb. **Bresinski**, aus Hellmahnen, Kreis Lyck, jetzt Palmbuschweg 130, 45326 Essen, am 14. September

Wiezorek, Anni, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, jetzt Oertzestraße 15, 38448 Wolfsburg, am 14. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Blünke, Rudi, aus Ebenrode, jetzt Heinrich-Heine-Straße 1, 98617 Meiningen, am 15. September

Boretius, Edith, geb. **Fischer**, aus Rastenburg, Hugelweg 6a, jetzt Stetterweg 24, 70794 Filderstadt, am 17. September

Cziesso, Kurt, aus Saiden, Kreis Treuburg, jetzt Taubenpöthen 51, 59457 Werl, am 19. September

Dreistein, Heinz, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Straße der Einheit 8, 19322 Wittenberge, 15. September

Ehrke, Irmgard, geb. **Adomat**, aus Andersgrund, Kreis Ebenrode, jetzt Peenestraße 1, 17506 Pentin/Kreis Greifswald, am 16. September

Fabian, Heinz, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, jetzt Lycker Weg 22, 28790 Schwanewede, am 17. September

Gayk, Erich, aus Lykusen, Kreis Neidenburg, jetzt Kaarster Straße 133c, 41462 Neuss, am 15. September

Geschinske, Waltraud, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Lindenstraße 1c, 17109 Demmin, am 19. September

Heinrich, Siegmar, aus Försterei Strohwiese, Kreis Ortelsburg, jetzt Rönskenstraße 46, 46562 Voerde, am 19. September

Huwe, Lothar, aus Grünau, Kreis Lötzen, jetzt Dorfstraße 55, 38539 Müden-Flettmar, am 17. September

Kempka, Christoph, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, jetzt Hartungstraße 19, 30149 Hannover, am 14. September

Klede, Lieselotte, geb. **Busse**, aus Stradaien, Kreis Lyck, jetzt Am Dobben 73, 28203 Bremen, am 17. September

Klein, Edeltraud, geb. **Fröhlian**, aus Kutzen, Kreis Lyck, jetzt Tangstedter Straße 66, 25462 Rellingen, am 31. August

Konopka, Heinz, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, jetzt Veilchenstraße 2, 76275 Ettlingen, am 19. September

Majchrzak, Fedor, aus Breslau, Kreis Neidenburg, jetzt Wilhelm-Barents-Straße 31, Wohnung 11.1, 18106 Rostock, am 15. September

Mlinarzik, Horst, aus Dullen, Kreis Treuburg, jetzt Wiesenweg 34, 21698 Harsefeld, am 15. September

Neugebauer, Fritz, aus Lyck, jetzt Anton-Russy-Straße 7, 06112 Halle/Saale, am 18. September

Oelkers, Elfriede, geb. **Bucziłowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Jenaer Weg 23, 30179 Hannover, am 18. September

Plickat, Erwin, aus Ebenrode, jetzt Röntgenstraße 48, 66482 Zweibrücken, am 14. September

Rutkowski, Herbert, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Auf der Bredde 10, 45139 Essen, am 13. September

Sawitzki, Horst, aus Grosswalde, Kreis Neidenburg, jetzt Althofstraße 9, 45899 Gelsenkirchen, am 14. September

Schmitt, Waltraud, geb. **Statz**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, jetzt Marktplatz 3, 97332 Volkach, am 19. September

Schönfeld, Walter, aus Bruchhof, Kreis Ebenrode, jetzt Mannheimer Straße 282, 69123 Heidelberg, am 15. September

Scherwat, Gert, aus Wilkendorf, Wilkendorf Abbau, Kreis Wehlau, jetzt Lenauerstraße 23, 74343 Sachsenheim, am 16. September

Skrotzki, Horst, aus Garbassen, Kreis Treuburg, jetzt Heikendorfer Weg 80, 24248 Mönkeberg, am 15. September

Stetzka, Adolf, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, jetzt Hr.-Sohnray-Straße 49, 37127 Dransfeld, am 16. September

Szepan, Georg, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, jetzt Sudetenstraße 81, 86609 Donauwörth, am 14. September

Tobias, Ursula, geb. **Bessel**, aus Ortelsburg, jetzt Mönchsbergstraße 109, 70435 Stuttgart, am 16. September

Vey, Irmgard, geb. **Schönfeld**, aus Heiligenbeil, Egerländer Weg 14, jetzt Niekrenzer Straße 16, 18190 Groß Lüsewitz, am 14. September

Zimmermann, Paul, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt An den Birken 34, 46284 Dorsten, am 15. September



Stascheit, Günter, und Frau, aus Königsberg, Charlottenstraße 15, jetzt Sudetenweg 48, 21614 Buxtehude, am 15. September

HÖRFUNK & FERNSEHEN

FREITAG, 10. September, 22.55 Uhr, Arte: Zeugen unerwünscht – Journalist Holloman Morris über den kolumbianischen Drogenkrieg.

SONNTAG, 12. September, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

SONNTAG, 12. September, 23.30 Uhr, Phoenix: Überleben in Kabul.

MONTAG, 13. September, 20.15 Uhr, Phoenix: Das letzte Aufgebot – Hitlers Todespiloten.

MONTAG, 13. September, 21 Uhr, ARD: Damals nach der DDR – Geschichten vom Abschied und Aufbruch.

MONTAG, 13. September, 21 Uhr, Phoenix: Hitlers Meereskämpfer – Kampfschwimmer und Torpedomänner im Zweiten Weltkrieg.

MONTAG, 13. September, 22 Uhr, WDR: Verdienen, Verheimlichen, Verschmutzen – BP und das Ölleck.

DIENSTAG, 14. September, 21 Uhr, ZDF: Frontal 21 – Beutezug Ost. Die Treuhand und die Abwicklung der DDR.

DIENSTAG, 14. September, 22.05 Uhr, N24: Auf Feindfahrt – Angriff der Wolfsrudel.

DIENSTAG, 14. September, 22.45 Uhr, ZDF: Wohin treibt der Islam? (1/2)

DIENSTAG, 14. September, 23.05 Uhr, N24: Das Hitler-Tonband.

MITTWOCH, 15. September, 23.30 Uhr, ARD: Zocken bis der Staat hilft – Reißt uns die Finanzindustrie in den Abgrund?

MITTWOCH, 15. September, 22.15 Uhr, ZDF: Wohin treibt der Islam? (2/2)

DONNERSTAG, 16. September, 23.05 Uhr, MDR: Das Ministerium für Staatssicherheit – Alltag einer Behörde.

DONNERSTAG, 16. September, 0.45 Uhr, Phoenix: Mythos Rommel.

DONNERSTAG, 16. September, 3 Uhr, Phoenix: Reise in die Hölle – Straflager Workuta.

FREITAG, 17. September, 20.15 Uhr, Hessen: Eine Herbstreise durch Westpreußen.

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2010

24.–26. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

11.–17. Oktober: 56. Werkwoche in Bad Pyrmont

29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Jahr 2011

12./13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

24. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine Allenstein

16. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen

Auskünfte erteilt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080. Änderungen vorbehalten.

Tagung

Schwäbisch Gmünd – Vom 25. bis 29. Oktober findet die Tagung „Versöhnen – Heilen – Loslassen: 65 Jahre Kriegsende“ im Christlichen Gästezentrum Württemberg, Willy-Schenk-Straße 9, Telefon (07171) 97070, statt. Referenten sind die Autorin Bruni Adler, die Präsiddentin des BdV-Frauenverbandes Sybille Dreher, der Pastor und Journalist Günther Klempnauer, der Theologe Kuno Kallnbach, der Gemeindepfarrer i. R. Hans-Georg Meinhof und der Direktor des Deutschen Diakonieverbandes Theo Wendel. *PAZ*



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, Telefon (04101) 22037 (Di. und Mi., 9 bis 12 Uhr, Do. 14 bis 17 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de

Programm des Hauptkreistreffens der Kreisgemeinschaft Fischhausen e.V. in Pinneberg vom 17. bis 19. September 2010 – Freitag, 17. September: 19 Uhr Kranzniederlegung am Gedenkstein im Drosteipark, 20 Uhr Gemütlicher Abend mit Repräsentanten des Kreises und der Stadt Pinneberg im Samlandmuseum oder VfL-Heim. Bereits anwesende Ortsvertreter sind herzlich willkommen. Sonnabend, 18. September: 9.30 Uhr Öffnung der Räume im Hotel Cap Polonio, 10.30 Uhr Ortsvertretersitzung im VfL-Heim, 14 Uhr Eröffnung der Veranstaltung und Begrüßung durch den Vorsitzenden Wolfgang Sopha, 14.30 Uhr Karl Willamowius liest aus seinem Buch „Johann Gottlieb Willamov – Leben und Werke“, 15.30 Uhr Gedankenaustausch der Heimat- und Familienforscher im Vfl-Heim mit Heidrun Meller, 19.30 Uhr Gemütlicher „Ostpreußenabend“ mit gemeinsamem Essen im Hotel Cap Polonio zum Preis von 12 Euro. Wir bitten um verbindliche Anmeldung

„Tag der Heimat“ – Sonntag, 19. September: 10.45 Uhr Musikalische Einstimmung mit dem gemischten Chor aus Pinneberg-Waldenau, 11 Uhr Feierstunde zum „Tag der Heimat“ im großen Saal des Cap Polonios. Schleswig-Holstein-Lied, Begrüßung durch den Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Fischhausen e.V. Wolfgang Sopha, Grußworte, Totenehrung - Wolfgang Sopha, Grußworte und Ansprache Burkhard E. Tiemann, Deutschlandlied, Schlusswort, Ostpreußenlied, anschließend Fortsetzung des Kreistreffens im Cap Polonio und VfL-Heim.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. 2. Stellvertreter: Michael Ochantel, Schulstraße 17, 84056 Rottenburg, Telefon (08781) 203164. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Herzliche Einladung zum Kreistreffen 2010 – Liebe Heiligenbeiler, liebe Landsleute, liebe Freunde unserer Kreisgemeinschaft. Es ist mir eine Freude, sie zu unserem Hauptkreistreffen am kommenden Wochenende im Veranstaltungszentrum Burgdorf einzuladen. Es werden wieder um die 500 Besucher erwartet. Kommen auch Sie und beachten Sie unser reichhaltiges Programm. Wir freuen uns auf Sie!

Programm für das Kreistreffen in Burgdorf am 11. und 12. September in Burgdorf – Sonnabend, 11. September 2010, 9 Uhr Öffnung des Veranstaltungszentrums Burgdorf; 11 Uhr Gedenkminute und Niederlegung von Blumen am Gedenkstein im Park hinter dem Rathaus II. Es fährt ein Bus um 10.45 Uhr vom Veranstaltungszentrum hin und wieder zurück; 12 Uhr Öffentliche Mitglieder-Versammlung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil e.V. im Saal des „Haus der Jugend“ (direkter Zugang vom Veranstaltungszentrum); 14 Uhr Öffnung der Heimatstube und des Archivs, Wilhelmstraße 3A, (bis 16 Uhr), Kleinbuspendelverkehr vom Veranstaltungszentrum zur Heimatstube ab 13.45 Uhr; 16 Uhr Thorsten Hamer alias Heinz Erhardt; 19 Uhr „Bunter Abend“ mit Tanz und Mundart. Sonntag, 12. September 2010; 9 Uhr Öffnung des Veranstaltungszentrums Burgdorf; 9.30 Uhr Platzkonzert Musikkorps „O.v.Reden“ Gehrden; 11 Uhr Feierstunde: Begrüßung (Kreisvertreterin Elke Ruhnke), Ostpreußenlied, Totenehrung (Christian Perbandt), Lied: Choral von Leuthen (Nun danket alle Gott ...), Vortrag in ostpreußischer Mundart (Gerlinde Groß), Grußwort Dieter Lüddecke, Fraktionsvorsitzender der FDP, Region Hannover, Festvortrag: „Heimat“ von Helge Kahnert, Stellvertretender Landesvorsitzende des BdV-Niedersachsen; Instrumentalstück Musikkorps „O.v.Reden“ Gehrden; Schlusswort (Elke Ruhnke); Deutschlandlied; 13.30 Uhr Öffnung der Heimatstube und des Archivs (Kleinbuspendelverkehr vom Veranstaltungszentrum zur Heimatstube ab 13.15 Uhr; 14 Uhr Schemmerling – Treffen im Veranstaltungszentrum; 17 Uhr Offizielles Ende des Kreistreffens.

Hoher Geburtstag Eva Droese Balga – Am 11. September 2010 vollendet Eva Droese, geborene Höpfner, in bester geistiger und körperlicher Verfassung ihr 85stes Lebensjahr. Sie wurde in Balga als Tochter des Fischers Höpfner geboren und lebt seit Jahrzehnten in Kiel. Noch in der Heimat heiratete sie 1944 Walter Droese aus Heiligenbeil. Er überlebte als Soldat den Krieg. Man ließ sich später in Kiel nieder. Übrigens ist Landsmann Walter Droese der Heimatfreund, der in den Jahren 1965/1966 das Modell der Burg Balga nach historischen Dokumenten handwerklich erstellte. Beim Kreistreffen in Burgdorf wurde sein Werk am 27. August 1966 enthüllt (HB Folge 13, Seite 156). Später wurde das eindrucksvolle große Modell von der Kreisgemeinschaft im Freilichtmuseum Schleswig-Holstein in Molfsee bei Kiel aufgestellt und ist dort zu besichtigen. Den Heimatort Balga trägt Eva Droese stets im Herzen. Den Kontakt zu Landsleuten aus ihrem Dorf nahm sie gleich nach der Entlassung aus dem Lager in Dänemark auf und hält ihn bis heute. Seit Jahrzehnten ist sie auch der Kreisgemeinschaft unentwegt verbunden. Ihr umfassendes Wissen über das Dorf Balga und seine Einwohner stellte sie stets allen Kirchspielvertretern zur Verfügung – von Erwin Mallien über Erwin Ohnesorge bis heute zu Günter Neumann-Holbeck. Für das Heimatblatt des Kreises Heiligenbeil hat sie als Autorin regelmäßig interessante Berichte verfasst. Auch an das *Ostpreußenblatt* und die *PAZ* hat sie erklärende Beiträge als Leserbriefe geschrieben. Als bekennende, aufrechte Preußin schrieb sie hin und wieder an die Landesregierung in Kiel, wenn ihr politische Hinweise mit Richtigstellungen notwendig erschienen. Die Flucht im Februar 1945 endete für Eva Droese zunächst im Lager in Dänemark. Diese Zeit bis 1947 sind ihr in sehr unangenehmer Erinnerung. Ein Bericht darüber erschien im Heimatblatt. Seit einiger Zeit führt sie über jene Zeit mit den dänischen Schriftstellern und Historikern Arne Gammelgard und Peder Sondergaard einen regen, fruchtbaren Gedankenaustausch. Natürlich besucht sie regelmäßig Kreistreffen. Für Landsleute und Freunde organisierte sie zahlreiche Reisen in die Heimat Balga, Heiligenbeil und Königsberg. In Balga führte ihr erster Weg stets zum Elternhaus. Es ist praktisch als einziges Haus erhalten geblieben und wird von einer russischen Familie, zu der Eva Droese einen guten Kontakt pflegt, bewohnt. Als Landsmann Fredi Müller, Balga, Anfang der neunziger Jahre den „Förderverein Kirche und Burg Balga e.V“ in Herrenberg (Schwarzwald) gründete, trat auch Eva Droese umgehend bei und unterstützte die Aktivitäten. Heute ist sie ein Vorstandsmitglied des Vereins. Anlässlich des Kreistreffens 2007 wurde Eva Droese für alle ihre Verdienste, ihre helfende Unterstützung mit der ehrenden Treueurkunde ausgezeichnet. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil dankt Eva Droese für ihre Treue und aktive Mitarbeit und gratuliert herzlich zu ihrem Ehrentag.

LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: avus.eichler@freenet.de

Kreistagssitzung der Kreisgemeinschaft – Auf der öffentlichen Kreistagssitzung der Kreisgemeinschaft Lötzen am 20. August 2010 in Neumünster wurde ein neuer Kreisausschuss gewählt. Er setzt sich wie folgt zusammen: Kreisvertreter: Dieter Eichler. Stellvertreter: nicht nominiert. Schatzmeister: Klaus Reck. Die vier Beisitzer sind: Ute Eichler (Arbeitsschwerpunkt Heimatmuseum und Archiv), Hans-Werner Erdt (Arbeitsschwerpunkt Schriftleiter Lötzener Heimatbrief), Helga Fago (Arbeitsschwerpunkt Mitarbeit am Heimatbrief), Werner Rimmek (Arbeitsschwerpunkt Lötzener Oberschüler). Zum neuen Kreistagsvorsitzenden wurde Siegfried Koyro gewählt. Im Amt als Stellvertretender Kreistagsvorsitzender bestätigt wurde Manfred Kickstein. Als Kassenprüfer wurden gewählt Heinz Rothkamm und Bernd Sawatzki. Ersatzkassenprüfer ist Klaus Richter.

„Tag der offenen Tür“ – im Lötzener Heimatmuseum in Neumünster, Brachenfelder Straße 23. Am Sonnabend, dem 18. September 2010 werden von 10 bis 16 Uhr wieder alle Türen des Museums für Besucher geöffnet sein. Noch kann, neben der ständigen Ausstellung in vier Räumen, die Sonderausstellung „Die große Flucht 1944/45 in grafischen Bildzeugnissen ostpreußischer Künstler“ besichtigt werden. Eine Veranstaltung wird an diesem Tag ausnahmsweise nicht angeboten.

Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft – Die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Lötzen ist vom 10. bis zum 20. September 2010 nicht besetzt. Auch das Band des Anrufbeantworters wird in dieser Zeit nicht abgehört.

Wolf von Lojewski beim Lötzener Treffen – Aus dem Kreise der Kreisgemeinschaft schrieb man Wolf von Lojewski einen Brief mit der Bitte, der Festredner auf dem Jahreshaupttreffen der Lötzener zu sein. Zwei Tage später lag schon die Antwort vor. Mit der Aussage: „Ich komme. Das ist das einzige, was ich noch für meinen Vater tun kann.“ Und er kam. Nicht erst zum Festvortrag am Sonntag, dem 22. August, in das Restaurant der Holstenhallen; er mischte sich auch schon am Abend zuvor unter die Besucher des geselligen Beisammenseins, war zu Gespräch und Beantwortung vieler Fragen bereit. Am nächsten Tag hätte der Saal ruhig größer sein dürfen. Der Bekanntheitsgrad des Namens hatte wie ein Magnet gewirkt. Auch Nicht-Ostpreußen, Bürger aus Neumünster und der Umgebung der Stadt, waren gekommen, um von Lojewskis Vortrag zu hören. Er enttäuschte niemanden. Frei und lebendig sprach er über das Thema Heimat. Mit Beispielen aus der eigenen Familiengeschichte streifte er anschaulich die geschichtlichen Einschnitte des vergangenen Jahrhunderts. Nachvollziehbar und glaubhaft zeigte er an seinem Lebensweg die Wiederentdeckung der Heimat Masuren auf. Mit der Aussage: „Masuren – das ist eine besonders schöne Gegend Europas“ lockte er ein Strahlen auf die Gesichter der anwesenden Bürgermeisterin von Lötzen (Gizycko), Jolanta Piotrowska, und ihrer Begleiterinnen aus der Stadtverwaltung. Aufmerksam hörte seinen Ausführungen auch die große Besuchergruppe zu, die Mitglieder des Deutschen sozialkulturellen Vereins in Lötzen sind und jetzt Gäste des Lötzener Jahreshaupttreffens waren. Viel Sympathie brachte von Lojewski dieser Satz: „Wenn man mich Herumtreiber nach meiner Heimat fragt, dann ist das Ostpreußen.“ Der ehemalige Auslandskorrespondent und langjährige Moderator des „ZDF-Heute-Journals“ war der bescheidene Star des Jahreshaupttreffens der Kreisgemeinschaft Lötzen. Im Anschluss an seinen Vortrag signierte er sein Buch „Meine Heimat – deine Heimat“. Mit Besuchern des Heimatkreistreffens kam er auch noch ins Gespräch, als er sich nicht nehmen ließ, am Nachmittag das Lötzener Heimatmuseum aufzusuchen. Mit großem Interesse ließ er sich durch die Räume der ständigen Ausstellung führen. Im Raum mit der Sonderausstellung zum Thema „Die große Flucht 1944/45“ wurde sein eigenes Fluchterleben das Gesprächsthema. Und im Archivraum nutzte er die Gelegenheit, der aus Masuchowken im Kreis Lötzen stammenden väterlichen Familie nachzuforschen. Den zahlreich erschienenen Teilnehmern des Kreistreffens wird der Festredner Wolf von Lojewski nicht nur durch die ihm eigene Eloquenz unvergessen bleiben. Mit seinem Bekenntnis: „Wo ich herkomme, das weiß ich“ hat er vielen Ostpreußen aus dem Herzen gesprochen.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN

BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Sonnabend, 18. und Sonntag, 19. September, ab 10 Uhr, Landesdelegierten- und Kulturtagung im Hotel Wartburg, Langestraße 49, 70174 Stuttgart, Telefon (0711) 20450. Landesdelegiertentagung: Sonnabend, 18. September, 10 Uhr, mit Wilhelm v. Gottberg, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen und Wahl des Landesvorstands. Die Tagung beginnt mit dem Vortrag des Sprechers, Wilhelm v. Gottberg „60 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen – Erbe und Auftrag“. Anschließend folgen Berichte aus der Arbeit des Landesvorstands und Wahl des Landesvorstands. Damit die Delegiertentagung mit Wahl ordnungsgemäß durchgeführt werden kann, werden die Gruppenvorsitzenden um vollzähliges Erscheinen, beziehungsweise um Entsendung von Delegierten gebeten. – Sonnabend, 18. und Sonntag, 19. September, Landeskulturtagung im Hotel Wartburg: Sonnabend, 18. September, 15 Uhr, mit Karla Weyland, Diavortrag: „Ihre Spuren verwehen nie – Nobelpreisträger aus Ost- und Westpreußen“, Friedrich-Wilhelm Böld, Landesvorsitzender der Landesgruppe Bayern und LO Bundesschatzmeister, „Grußwort mit Vortrag“, anschließend ein „Film über Ostpreußen“. Der Sonnabend klingt aus mit Ralph Demski am Klavier und einem „Kulturellen Heimatabend“ mit Liedern, Geschichten und Gedichten (bitte Beiträge mitbringen). Sonntag, 19. September, 9 Uhr, Fortsetzung der Tagung mit dem „Wort zum Sonntag“ von Irma Barraud. Es folgt ein Vortrag der Landeskulturreferentin Ulla Gehm, „Baugeschichte des Königsberger Doms“. Anschließend wird die Zweite Landesvorsitzende Rosemarie S. Winkler das Wissen der Anwesenden auf die Probe stellen unter dem Motto „Heimatlich – Heiterer Quiz“. Gäste sind an beiden Tagen herzlich eingeladen. Ende der Tagung gegen 13 Uhr. – Sonntag, 19. September, „Tag der Heimat“, 14 Uhr, Liederhalle, Stuttgart, Motto „Durch Wahrheit zum Miteinander“, Festredner Innenminister Heribert Rech, MdL. Bitte tragen Sie zu dieser Veranstaltung Ihr Ostpreußenkleid beziehungsweise die Herrenweste, damit wir beim Einzug der Trachtenträger zahlreich vertreten sind. Die Landesgruppe wird zusammen mit der

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17



Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Gruppe Stuttgart an einem Stand ostpreußische Spezialitäten, Handarbeiten, Bücher und Zeitungen anbieten. (Mithilfe und Spenden werden gerne gesehen). Um 11 Uhr findet am Denkmal für die Opfer der Vertreibung vor dem Kursaal Bad Cannstatt eine Kranzniederlegung statt. Anmeldungen an Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093.

Buchen – Sonnabend, 25. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Rathaus, Hainstadt. Wolfgang Holt zeigt den Film: „Faszinierendes Island“. Es sind Bilder eines interessanten, fast mythisch angehauchten Landes. – Montag, 4. bis Donnerstag, 7. Oktober, Fahrt an den Bodensee. Nähere Informationen und Anmeldungen bei Frau Winkler.

Göppingen – Sonnabend, 4. September, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Erntedankfest in der Gaststätte Frisch Auf, Hohenstaufenstraße 142. Uta Lüttich wird über „Erntedank in der Heimat“ berichten. Als Gericht gibt es Grützwurst. Damit die richtige Wurstmenge vorhanden ist, teilen Sie doch bitte die Zahl der Essen, die gewünschte Anzahl der Würste zum mitnehmen, beziehungsweise die Anzahl der gewünschten Dosen mit.

Ludwigsburg – Montag, 20. September, 15 Uhr, Stammtisch in den „Kronenstuben“, Kronenstraße 2.

Stuttgart – Mittwoch, 8. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, großer Saal. Der „StadtSeniorenRat“ hält einen Vortrag zum Thema „Versorgungsvollmacht und Patientenverfügung“. Anschließend mittels Beamer: Bilder aus den Jahren 2009 und 2010.

Weinheim – Mittwoch, 8. September, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Wolf. An diesem Nachmittag steht auf dem Programm: „Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5. August 1950“. Anschließend ein Bericht vom Festakt zu 60 Jahre der Charta, Neues Schloss, Weißer Saal, Stuttgart.

Ulm / Neu-Ulm – Sonnabend, 25. September, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Schabbern in den „Ulmer Stuben“. – Freitag, 10. September, 19 Uhr, Mahnmal Schelklingen. Kleine Gedenkfeier mit Blumenniederlegung. Gäste sind herzlich willkommen. – Sonnabend, 11. September, 14.30 Uhr, Totengedenken zum „Tag der Heimat“ auf dem Friedhof am Denkmal der Vertreibung in Langenau. Um 15 Uhr Festakt im Foyer der Stadthalle. Fahrmöglichkeiten ab Ulm/Hauptbahnhof: 13.29 Uhr oder 14 Uhr, Ankunft Bahnhof Langenau 13.53 Uhr beziehungsweise 14.09 Uhr, von dort rund 320 Meter Fußweg, durch die Bahnhofsstraße, Hindenburgstraße und Sonnenstraße. Rückfahrt: mit dem Bus 59 ab Haltestelle „Volksbank Langenau“ ab 16.59 Uhr bis Ulm ZOB (17.29 Uhr). Oder mit dem Zug ab Langenau um 17.30 Uhr bis Ulm (17.43 Uhr). Eine Tageskarte im „Ding“-Gebiet kostet 13 Euro für fünf Personen und gilt für Bus und Bahn.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 11. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Orangerie“. Es gibt einen Diavortrag über eine Reise nach Danzig.

Bamberg – Mittwoch, 15. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Tambosi, Promenade.

Erlangen – Dienstag, 12. Oktober, Treffen der Gruppe im Jugendzentrum Frankenhof, Raum 20.

Kitzingen – Freitag, 10. September, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im „Deutschen Kaiser“, Kitzingen, zu einem Kaffeenachmittag mit Vortrag: „Aktuelle Fragen zur Sozialpolitik“.

Ingolstadt – Sonntag, 19. September, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8.

Landshut – Sonntag, 12. September, 14 Uhr, „Tag der Heimat“ im Rathausprunksaal, Altstadt 315, 84028 Landshut. Festrednerin ist die Sozialministerin Bayerns, Christine Haderthauer (MdL). – Dienstag, 21. September, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Insel“. Hans Brunler hält einen Vortrag.

Nürnberg – Freitag, 10. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Tucherbräu“ am Opernhaus: „Preußen, Kuren und Masuren“. Beiträge zur Landeskunde Ostpreußens“. – Sonntag, 19. September, 15 Uhr, „Tag der Heimat“ in der Meistersingerhalle. Festredner ist Dr R. Bartsch, Bezirkstagspräsident in Ansbach.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Tilsit-Stadt – Sonnabend, 11. September, fällt aus! Anfragen für Tilsit-Stadt: Heinz-Günther Meyer, Telefon (030) 2751825.



Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 11. September, fällt aus! Anfragen für Tilsit- Ragnit: Herrmann Trilus, Telefon (03303) 403881.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Die Geschäftsstelle der Gruppe erreichen Sie in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718.

Bremerhaven – Freitag, 24. September, 14.30 Uhr, Erntedankfest für alle Landsmannschaften im „Barlachhaus“. Anmeldungen bis zum 17. September unter Telefon 86176. – Sonnabend, 25. September, 15 Uhr (Einlass 14 Uhr), „Tag der Heimat“ in der „Strandlust“, Vegesack. – Unter dem Motto „Sommerfest der Ostpreußen“ feierte die Gruppe ihr Grillfest mit 40 hungrigen Teilnehmern. Klaus Eichholz und Horst vom Barlachhaus brutzelten leckere Würstchen auf dem Rost, die mit Kraut, beziehungsweise Kartoffelsalat (beide vom neuen Mitglied Georg Ahrens als „Einstand“ spendiert) so schnell wie möglich serviert wurden. Die Vorsitzende Marita Jachens-Paul hatte zu Beginn des Sommerfestes die Teilnehmer begrüßt, für die Geburtstagskinder die beiden Heimatlieder angestimmt und das Gedicht „Spuren am Strand“ (von Kahlberg am Frischen Haff) vorgetragen. Nach der Kaffeetafel berichtete sie von einem Konzert des Polizei-Musik-Korps Niedersachsen, das bei einer „praktischen Belehrung“ älterer Menschen über die Gefahren im Straßenverkehr auftrat. Die Ortspolizeibehörde Bremerhaven hatte in Verbindung mit der Verkehrswacht im Lotte-Lemke-Haus einen vergnüglichen, aber doch ernst gemeinten Unterhaltungsnachmittag veranstaltet. Jachens-Paul hatte den Infostand der Verkehrswacht geleitet. Barbara Sandmann hatte es als schmerzlich empfunden. dass am 13. Juni von den vier ostdeutschen Landsmannschaften neben ihr selbst nur einige Pommern an der Gedenkstunde am Ehrenmal im Bürgerpark Geestemünde für die im Zweiten Weltkrieg in Wesermünde und Umgebung durch Bombenabwürfe und Tieffliegerangriffe gefallenen Mütter und Kinder teilgenommen haben. Es war eine würdige Veranstaltung mit Kranzniederlegungen. die vom Bürgerverein Geestemünde ausgerichtet worden war und an der sich die Stadt Bremerhaven und viele Vereine beteiligten. Sandmann meinte. ebenso wie die ostdeutschen Flüchtlinge und Vertriebenen hätten auch Mittel- und Westdeutsche während des Krieges und danach in den zerbombten und brennenden Städten Schreckliches erlebt. Im Erinnern an diese schwere Zeit sei eine Gemeinsamkeit aller Deutschen angebracht, weshalb sie das Fehlen von Vertretern der ostdeutschen Landsmannschaften an der Gedenkfeier sehr bedauere. Wie kam Europa zu der blauen Fahne mit den zwölf goldenen Sternen? Diese Frage beantwortete Marita Jachens-Paul in einem Vortrag über die „Erfindung“ des europäischen Symbols 1955 durch den Leiter der Kulturabteilung des Europarates. den später zum Katholizismus konvertierten belgischen Juden Paul Levi. Dieser war durch den Anblick einer Marienstatue mit Sternenkranz inspiriert worden, den Kranz aus zwölf goldenen Sternen vor blauem Hintergrund als Zeichen des vereinten Europas vorzuschlagen. Der Generalsekretär des Europarates, Graf Benvenuti, war begeistert von der Idee, und auch die zehn Gründungsmitglieder (1949), und bis 1956 fünf weitere Beitrittsländer (darunter die Bundesrepublik Deutschland) waren mit der neuen Europafahne einverstanden. So kamen (inzwischen über) 500 Millionen Europäer zu ihrem Symbol.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonntag, 12. September, 15 Uhr, „**Tag der Heimat**“ im Gemeindesaal der Hauptkirche St. Michael (Michel), Krayenkamp 4 (S-Bahnstation Stadthausbrücke). Einlass 14.30 Uhr. Eröffnung und Begrüßung: Gunter Ziegler, Vorsitzender des LvD Hamburg. Die Festrede hält Olaf Scholz, Landesvorsitzender der Hamburger SPD.

Sonnabend, 25. September, 10 Uhr (Ende gegen 17 Uhr), **Heimatmarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften** auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz (neben Karstadt Mönckebergstraße) zusammen mit dem Musikzug der Freiwilligen Feuerwehr Willinghusen. Der Ostpreußenstand ist mit einem Angebot heimatlicher Köstlichkeiten und Literatur vertreten.

Sonntag, 26. September, 12 Uhr (Einlass 11.30 Uhr), **Sommerfest der Landesgruppe** im Restaurant Prinzess (vor dem Rosengarten) mit Spanferkelessen, anschließend erfreut uns der LAB-Chor und Herbert Tennigkeit mit ostpreußischen Geschichten, Alsterdorfer Straße 572, 14 Uhr, Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Hartmut Klingbeutel. Anmeldungen bei den Gruppenleitern oder bei Frau Reimer, Telefon (040) 873495, bis spätestens 15. September. Anfahrt: U/S-Bahn Ohlsdorf, Ausgang rechts zu Alsterdorfer Straße. Parken im Umfeld möglich.

HEIMATKREISGRUPPE



Elchniederung – Mittwoch, 29. September, 15 Uhr, Erntedankfest der Gruppe in den ETV-Stuben, Bundesstraße 96, Ecke Hohe Weide, Eimsbüttel, U-Bahnstation Christuskirche. Mit Vorträgen, Musik und guter Laune soll das Fest gefeiert werden. Der Eintritt ist frei, aber es wird um eine Gabe für den Erntetisch gebeten. Gäste sind herzlich willkommen.



Heiligenbeil – Sonnabend, 2. Oktober, 14 Uhr, feiert die Gruppe ihr Herbstfest im Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7. Hierzu sind alle Mitglieder und Freunde herzlich eingeladen. Bei Kaffee, Kuchen und einen Filmvortrag (Romantisches Masuren – Land der tausend Seen) sollen ein paar gesellige und besinnliche Stunden miteinander verbracht und gemeinsam in Erinnerungen geschwelgt werden. In dem Film erlebt man die romantische Landschaft Masurens, mit seinen unberührten Flussläufen, verschwiegenen Wäldern, goldgelben Kornfeldern, verträumten Städtchen und einer intakten Tier- und Pflanzenwelt. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116, bis Bauerberg, ab U-Bahnhof Wandsbek Markt, Billstedt und Hammer Kirche. Anmeldung bei K. Wien, bis zum 1. Oktober. Kostenbeitrag für Kaffee, Kuchen und Filmvortrag: 5 Euro.



Insterburg – Mittwoch, 6. Oktober, 13 Uhr, Erntedankfest mit Vorträgen und Liedern im Hotel zum Zeppelin, Frohmestraße 123. Kontakt: Manfred Samel, Telefon/Fax (040) 587585.



Sensburg – Sonntag, 12. September, 15 Uhr, gemütliches Beisammensein im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 5. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22117 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (0409 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 27. September, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus „Waldquelle“, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle). Es wird Erntedank gefeiert.

HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Landesgruppe – Sonnabend, 16. bis Sonntag, 17. Oktober, jeweils ab 10 Uhr, findet die Landeskulturtagung in der Kongresshalle Gießen, Kerkrader Zimmer, statt. Untergebracht ist man im Hotel am Ludwigsplatz, Am Ludwigsplatz 8, 35390 Gießen/Lahn. Die Teilnehmerkosten betragen 100 Euro pro Person (inklusive Ü/VP), Tagesgäste 30 Euro pro Person (inklusive Mittag- und Abendessen). Information und Anmeldungen bis zum 31. August an Kuno Kutz, Heinzewies 6, 35625 Hüttenberg. Programm: Sonnabend: 10.15, Sieghard Drews über „Preußisch Stargard in der Zeit des Deutschen Ordens“; 11 Uhr, Manfrid Baaske über „Eichendorff in Ost- und Westpreußen“; 12 Uhr, Mittagspause; 13.30 Uhr, Treffen der Leiterinnen der Frauengruppen unter der Leitung von Karla Weyland; 14.45 Uhr, Prof. Dr. Joachim Buhrow über „Friedrich-Wilhelm Bessel – Astronom und Mathematiker, Königsberg“; 16 Uhr, Kaffeepause; 17 Uhr, Renate Holznagel (Vize-Präsidentin des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern) über „20 Jahre Mauerfall aus östlicher Sicht“; 18 Uhr, Abendbrot; 19.30 Uhr, Waltraud von Schieden-Scheffler zeigt die Kurzfilme: „Marienburg zur Zeit des Deutschen Ordens“ und „Das alte Ostpreußen“. Sonntag: 9 Uhr, Karla Weyland über „Die ‚Schucke‘ – eine tolle Knolle“; 9.45 Uhr, Dieter Leitner über „Jugendjahre von Königin Luise“; 10.45 Uhr, Gerhard Schröder über die „Abstimmung in Ostpreußen“; 11.45 Uhr, „Zusammenfassung und Auswertung der Tagung“ durch den Landesvorsitzenden Dieter Strauß; 12.20 Uhr, Mittagessen und anschließend Abreise.

Darmstadt – Sonnabend, 11. September, 10.30 Uhr, „Tag der Heimat“ mit Kranzniederlegung an der Gedenkstätte der Vertriebenen auf dem Darmstädter Wald-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Anzeigen



Ein Lebenskreis hat sich geschlossen

Doris Schneider

geb. Turowski

* 24. April 1921 Königsberg — † 27. August 2010 Hamburg

In stiller Trauer

Ursula und Peter Hauschildt

Wir haben den Mittelpunkt unserer Familie verloren.



Dr. Wolfhart E. Burdenski



* 12. April 1915 in Königsberg/Ostpreußen

† 28. August 2010 in Frankfurt am Main

In tiefer Trauer

Dr. Gudrun Burdenski

Dr. Siegfried Burdenski und Familie

Dr. Wolfhart Burdenski und Familie

Dr. Jürgen Burdenski und Familie

Gudrun Knoop, geb. Burdenski und Familie, Buenos Aires

Adriana Wehrendt, geb. Burdenski und Familie, Buenos Aires



Manchmal scheint das Traurige mehr
Gewalt zu haben, als man ertragen kann,
dann stärkt sich indessen leise das Schöne
und berührt wieder unsere Seele.
Hugo von Hofmannsthal

Ilse Heimburger

geb. Polixa

** 05.09.1935 Pillau — † 26.08.2010 Offenburg*

Wir sind sehr traurig und vermissen sie.

Felicitas Heimburger und Dr. Volker Stippl
sowie alle Verwandten und Freunde

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

friedhof. – Sonnabend, 18. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus Am See, Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt-Neu-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel hält Gerhard Schröder einen Vortrag: „Volksabstimmung in Ostpreußen vor 90 Jahren“.

Frankfurt / Main – Die Mitglieder der Gruppe trafen sich zu einem geselligen, informativen Nachmittag. Im Mittelpunkt dieses Treffens stand die Charta der Heimatvertriebenen, die 1950 in Stuttgart verkündet wurde. Nach ausgiebigem, regem Gedankenaustausch kam die Gruppe zum eigentlichen Thema, dem 60. Geburtstag der Charta. In dieser Charta wird bekanntlich auf Rache und Vergeltung verzichtet, aber nicht auf das völkerrechtlich verbriefte Recht auf Heimat und Eigentum, so wie es bedauerlicherweise heute oftmals dargestellt wird. Die Vorsitzende Gerlinde Groß, verlas noch einmal dieses Friedenspapier. Die Anwesenden konnten erkennen, dass die Verwirklichung des Heimatrechtes, sowie die gerechte Verteilung der Lasten des letzten Krieges auf das ganze deutsche Volk und eine ehrliche Durchsetzung dieses Grundsatzes weder von der deutschen Regierung noch vom herbeigesehnten, vereinten Europa verwirklicht werden. Durch Beschwichtigen und Ruhigstellen der Betroffenen über Jahrzehnte wurde die Charta verwässert und klein geredet. Da die sogenannte „biologische Uhr“ der Erlebnisgeneration abläuft und die regierenden Parteien damit auf die daraus resultierenden Wählerstimmen verzichten können, ist deren Interesse auf ein Minimum verkümmert. Eine Partei, die sich um historische Wahrheiten bemüht, ist nicht erkennbar. Es folgte eine rege Diskussion, in der die Anwesenden über ihre eigenen Erlebnisse hierzu berichteten. In Anschluss daran erzählte Groß eine Geschichte von Arno Surminski, von einem Vertriebenenschicksal zwischen 1945 und 1950. Auch hier konnten die Anwesenden die hier geschilderten Einzelheiten nur bestätigen.

Gießen – Freitag, 10. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Mohrunger Stube, Kongresshalle Gießen. Karla Weyland hält den Diavortrag „Land der dunklen Wälder – in Briefmarken“. – Erinnerungen! So lautete das Thema der letzten Zusammenkunft. Seit langer Zeit unternimmt die Gruppe jedes Jahr eine Busfahrt, und nun zeigte Heinz Schmidt eine Dia-Rückschau auf all die Fahrten. Es war interessant, als sich die Mitglieder auf den Bildern aus 16 Jahren wiederfanden. Sei es auf dem Platz vor dem Stadthaus in Würzburg oder in Alsfeld und Schlitz. Unvergessen bleibt der Besuch in Erfurt mit seinem Dom, die Deutschlandtreffen in Düsseldorf und Leipzig, der Blick von der Germania ins Rheintal und der Gang durch die Drosselgasse in Rüdesheim. Es gab Schiffsfahrten auf dem Neckar, Main, Edersee, Biggesee, Reih und Lahn, die auf Dias festgehalten wurden. Man trank zusammen das Solewasser in Bad Orb und beobachtete auf der Wasserkuppe die Starts der Segelflugzeuge. Die vielen Fahrten der Gruppe sind nicht nur eine kulturelle Bereicherung, sondern auch ein festes Band bestehender Freundschaften.

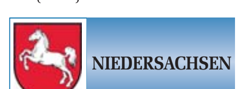
Wiesbaden – Sonnabend, 11. September, Feierstunde zum „Tag der Heimat“ am Gedenkstein, An der Kranichstraße, Wiesbaden-Kohlheck. Die Ansprache hält Stadtverordnetenvorsteher Wolfgang Nickel. – Sonntag, 12. September, 11.15 Uhr, Feststunde zum „Tag der Heimat“, Haus der Heimat, großer Saal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Die Festansprache hält Bernd Posselt, MdEP. Vor der Festansprache sind jeweils um 10 Uhr Gottesdienste in der Marktkirche und St. Bonifatiuskirche. Um 15 Uhr Kinderfest. – Dienstag, 14. September, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Dia-Nachmittag mit Helga Laubmeyer. – Donnerstag, 16. September, 12 Uhr, Stammtisch in der Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach. Serviert wird Grützwurst. Es kann auch nach Speisekarte bestellt werden. Aufgrund der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bei Familie Schetat, Telefon (06122) 15358.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Landesgruppe – Sonnabend, 25. September, 10 bis 17 Uhr, 15. Landestreffen der Ostpreußen in Rostock in der Stadthalle Rostock, Südring 90, direkt hinter dem Hauptbahnhof. Erwartet werden mehr als 2000 Besucher von nah und fern. Angehörige und Interessenten sind ebenfalls herzlich eingeladen. Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an Extra-Tischen ausgeschildert. Die Gäste erwartet ein reiches ostpreußisches Kulturprogramm. Angesagt haben sich die Chöre der Deutschen Vereine aus dem Memelland und Masuren, das Blasorchester der Hansestadt Rostock, der Shanty-Chor „De Klaashahns“ Warnemünde und Heimatsänger BernStein. Als Ehrengast wird der Botschafter der Republik Litauen in Deutschland, Mindaugas Butkus, erwartet. Für das leibliche Wohl, eine große Auswahl Heimatliteratur und Bärenfang sowie kostenlose Parkplätze gleich an der Halle ist gesorgt. Busse und Fahrgemeinschaften werden durch die örtlichen Ostpreußen-Gruppen organisiert – bitte dort erkundigen. Informationen gegen Rückporto bei: Manfred Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam. Tourist-Information Rostock, Telefon (0381) 3812222.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 22. September, 16 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadtparkrestaurant, Jasperallee, Braunschweig. Klaus Luhnau hält einen Diavortrag über „Das Ostseebad Cranz, das Samland und die Kurische Nehrung – früher und heute“. – Beim letzten Treffen der Gruppe hielt Frank Riedel, Kustos des Brandenburg-Preußen Museum Wustrau, einen Vortrag über: „Wegweisende Aspekte der frühen preußischen Schul- und Bildungsgeschichte“. Hervorzuheben aus seinem Referat: „Die guten Köpfe studieren, die übrigen lernen rechnen und schreiben und werden auf das Handwerk geschult“, so ist eine Verfügung Friedrich Wilhelm I. die allgemeine Schul- und Unterrichtspflicht am 28. September 1717. Damit war Preußen einer der ersten europäischen Staaten mit dem Anspruch allgemeiner Volksbildung; weit vor Frankreich (1880) oder England (1884). Namen wie August Hermann Francke, Johann Julius Hecker oder Friedrich Ludwig Jahn (Turnvater Jahn), nur um einige zu nennen, haben vorrangig an der preußischen Schul- und Bildungsgeschichte gewirkt. Der Referent kam zu dem Schluss: Preußen war ein richtungsweisender Bildungs- und Wissenschaftsstaat.“ Es war ein sehr ausführlicher und interessanter Vortrag und alle bedankten sich recht herzlich.

Buxtehude – Sonnabend, 18. September, 11.30 Uhr, Busfahrt zum Ostpreußischen Landesmuseum mit einer Führung durch die Ausstellung „Luise von Preußen – Königin der Herzen“. Tagesprogramm: 11.30 Uhr, Abfahrt ab ZOB, Marktkauf, Stader Straße; 12.30 Uhr, Mittagessen; 13.45 Uhr, Museumsbesuch, anschließend Zeit für Kaffeebesuch oder Stadtbummel; 18 Uhr Rückfahrt ab Lüneburg. Kosten für die Busfahrt, Mittagessen und Museumsbesuch 25 Euro pro Person. Nähere Informationen (unter anderem Essensauswahl) und Anmeldungen unter Telefon (04161) 3406 bis zum 10. September. Nähere Informationen: Sonnabend, 18. September, 10.45 Uhr, Start zu einer Besuchsfahrt ins Ostpreußische Landesmuseums in Lüneburg und dem Besuch der dortigen Königin Luise-Ausstellung. Abfahrtzeiten und -orte: 10.45 Uhr Stade, 11.30 Uhr Buxtehude, 11.45 Uhr Neu Wulmstorf. Die Kosten für Busfahrt, Mittagessen (vier Gerichte zur Auswahl) und Museumeintritt betragen 25 Euro. Anmeldungen umgehend unter Telefon (04161) 87918 (Buxtehude) oder Telefon (04141) 44556 (Stade).

Göttingen – Dienstag, 14. September, 20 Uhr, Konzert vom Kammerchor „Kant“ aus Gumbinnen in Nörten-Hardenberg. – Mittwoch, 13. Oktober, 15 Uhr, traditionelles Haxenessen bei „Eisenacher“, Robert-Bosch-Breite 5. Anmeldung bis zum 6. Oktober. – Sonntag, 28. November, 15 Uhr, Adventsfeier im „Maria Frieden“, Geismar. Anmeldung bis zum 22. November. – Alle Anmeldungen an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675.

Hannover – Am Donnerstag, 23. September, unternimmt die Gruppe eine Stadtrundfahrt durch Hannover mit Stadtführerin. Anmeldung bitte bis zum 10. September an Kulikowski, Telefon (05101) 2530, oder Lore Rueß, Telefon (0511) 332724. Wir haben 20 Plätze reserviert.

Helmstedt – Sonnabend, 11. September, Busfahrt nach Berlin zum „Tag der Heimat“ zusammen mit dem BdV-Braunschweig. Nähere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Osnabrück – Freitag, 24. September, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 6. September, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 16. September, 15 Uhr, aus organisatorischen Gründen gemeinsam: „Ostpreußisch Platt“ und „Literaturkreis“ in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Bonn – Sonntag, 19. September, Ostdeutscher Markttag zum „Tag der Heimat“ auf dem Münsterplatz. – Sommerfahrt nach Lüneburg. Der traditionelle Sommerausflug der Bonner Kreisgruppe führte diesmal – zusammen mit Mitgliedern aus Aachen und Düren – in die alte Hansestadt Lüneburg. Ziel dort war das Ostpreußische Landesmuseum. Dr. Hinkmann führte die Besucher sachkundig und erkennbar engagiert durch die wechselvolle Geschichte Ostpreußens – von den Anfängen unter den prußischen Ureinwohnern über den Ordensstaat, das Herzogtum und das Königreich Preußen bis in die Zeit der Weltkriege und mit erschütternden Filmdokumenten bis zur menschenverachtenden Vertreibung. Dies aber sollte nicht der Schlusspunkt sein: Dr. Hinkmann verstand es, den Besuchern ins Bewusstsein zu rufen, dass zwar das alte Ostpreußen untergegangen ist, man aber in den Werten seiner lebendig gebliebenen Geschichte ein Pfund besitzen, mit dem die Vertriebenen auch heute noch und in Zukunft wuchern können. Eine geschichtskundige Führung durch die vom einstigen Reichtum geprägte mittelalterliche Salzstadt an der Ilmenau rundete den Besuch von Lüneburg ab. Am Tag zuvor machte die Gruppe Station in Uelzen, wo sich der Wiener Maler und Multikünstler Friedensreich Hundertwasser durch seine phantasievolle Umgestaltung des alten Bahnhofes im Rahmen der Expo 2000 ein einzigartiges Denkmal in Deutschland gesetzt hat. Ein exzellenter Kenner der „Philosophie“ des Künstlers brachte den Besuchern die naturverbundene bunte – und vielleicht auch etwas verrückte – Gegenwelt des Wieners zur seelenlosen „Plattenbauideologie“ und funktionalistischen Architektur näher. Hundertwasser hat in Uelzen gewiss einige neue Bewunderer und Freunde gefunden. Am Abschlusstag ging es zum Schiffshebewerk Scharnebeck, einem Wunderwerk moderner Schiffsfahrtstechnik. In der Ausstellungshalle konnten eindrucksvolle technische Modelle besichtigt werden sowie auch Landkarten über die mitteleuropäischen Wasserstraßen. Als Krönung der Besichtigung konnte eine Schiffshebung miterlebt werden, von denen es fast täglich mehr als fünfzig gibt. Das Schiffshebewerk ermöglicht über den Elbe-Seiten-Kanal und den Mittellandkanal eine Verbindung von der Elbe bis zum Rhein. Der Ausflug war bewusst auf drei Tage angelegt. Er sollte über die Besichtigungstour hinaus auch Zeit bringen für persönliche Gespräche an gemeinsamen Abenden zum Kennenlernen und zur Festigung der ostpreußischen Gemeinschaft. Dieses Ziel, davon waren alle Teilnehmer überzeugt, wurde ohne Abstriche erreicht. Nicht zuletzt deshalb gab es für Manfred Ruhnau, der die Fahrt vorbereitet und geleitet hat, ein mehrfach herzliches Dankeschön.

Dortmund – Montag, 20. September, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in den ostdeutschen Heimatstuben, Landgrafenschule Ecke Märkische Straße.

Düren – Sonnabend, 11. September, 10.30 Uhr, „Tag der Heimat“ im Rathaus Foyer. – Freitag, 17. September, 18 Uhr, Treffen der Gruppe zu einem Heimatabend im „HDO“, Holzstraße 7 a.

Düsseldorf – Freitag, 10. September, 18 Uhr, Stammtisch im Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62. – Sonnabend, 11. September, 11 Uhr, „Tag der Heimat“ im Konferenzraum, GHH. Festredner ist Rudi Pawelka, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien. – Sonnabend, 18. September, 12.30 Uhr, Wandertreff am Infostand Hauptbahnhof. Ziel ist die Fliedner-Kulturstiftung Kaiserwerth. – Dienstag, 21. September, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe mit Ursula Schubert, Raum 311, GHH.

Ennepetal – Donnerstag, 16. September, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube mit einem kleinen Imbiss. – Sonnabend, 18. September, 16 Uhr, „Tag der Heimat“ in der „Rosine“.

Gladbeck – Sonnabend, 11. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Fritz-Lange-Haus, Friedrichstraße 7, zum Thema: „Tag der Heimat 2010“. Anschließend Quizrunde „Was weiß ich von der Heimat?“

Gütersloh – Montag, 13. September, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Montag, 20. September, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule,

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Nicht im Schweigen verharren

Der Opfer von Vergewaltigungen im und nach dem Zweiten Weltkrieg gedacht

Das lange Zeit tabuisierte Thema der Vergewaltigung von Frauen als Begleiterscheinung und Fortsetzung der Kriegshandlungen im Zweiten Weltkrieg, das vor allem betroffene deutsche Frauen im Schweigen verharren ließ, hat in den letzten Jahren mit einigen Bucherscheinungen eine gewisse öffentliche Aufmerksamkeit erlangt. Eine Veranstaltung der Sudetendeutschen Gesellschaft (SDG) in Berlin, die Anfang August in der Thüringer Landesvertretung stattfand, wollte hier zur Aufklärung beitragen. Gabriele Köpp, die mit ihrer Schilderung der selbst erlebten Vergewaltigungen als junge Frau am Ende des Krieges erstmals unter Brechung der Anonymität viel öffentliche Aufmerksamkeit erregt hat, konnte zwar aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen. (Sie verstarb nur wenige Tage später am 6. August.) Sie stand den Teilnehmern der Diskussion dem Vorsitzenden der SDG Peter Josef Vanca, der Hauptreferentin Edith Kiesewetter-Giese, der Präsidentin des Frauenverbandes des Bundes der Vertriebenen (BdV) Sibylle Dreher und dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus Michael Braun jedoch als Beispiel bisher verschwiegener Tatsachen vor Augen. In einem eindrücklichen Referat schilderte die Vorsitzende der Frauengruppe Berlin des BdV Kiesewetter-Giese wohl abgewogen die Rahmenbedingungen des Krieges wie die erschütternden Schicksale einiger Frauen, die sie auch anhand ihrer Arbeit in ihrer Frauengruppe erfahren hatte und die sie anonymisiert als Fallbeispiele darstellen konnte. Im Verlauf der anschließenden Diskussion, die in einer gespannten Atmosphäre eines lange tabuisierten Themas stattfand, kamen einige Merkwürdigkeiten zur Sprache. So das lang andauernde Schweigen auch der Vertriebenenverbände gegenüber den Vergewaltigungsopfern, aber auch das unterentwickelte Gedenken heute. Zwar verwies Sibylle Dreher auf ein Denkmal, das in Kreuzberg stehe. Doch forderte der kulturpolitische Sprecher der CDU Braun, wie in seinem Antrag, dem die CDU-Fraktion zugestimmt hatte, und der im Abgeordnetenhaus abgelehnt wurde, die Errichtung eines Denkmals in Berlin für die Vergewaltigungsopfer. Auch deshalb, weil dieses Thema in der Gesellschaft noch immer rumort. So zum Beispiel wenn Pflegekräfte sich meldeten, dass sie Frauen pflegen sollen, die sich von Fremden nicht anfassen lassen wollen.

Von Seiten Russlands kommt nur eisernes Schweigen

Der Versuch mit der russischen Seite darüber ins Gespräch zu kommen, scheiterte im ersten Anlauf, da der eingeladene Vertreter der Botschaft kein Interesse bekundete. Daher bat der Vorsitzende der SDG Vanca den russischen Botschafter Vladimir N. Grinin auch in einem Brief um ein gemeinsames Treffen mit Zeitzeugen. Doch bisher reagierte der Botschafter noch nicht auf diesen Vorschlag zur Einrichtung eines Gesprächskreises. Unter den Interessenten der Veranstaltung, die in die Thüringer Landesvertretung kamen, meldete sich auch eine Betroffene aus den Reihen der Zuhörer zu Wort. Sie wolle keine Entschädigung und keine Aufrechnung von Schuld. Aber allen betroffenen Frauen täte eine Kenntnisnahme und Verständnis von Seiten der Russischen Föderation, eben eine Reaktion des Bedauerns gut. Vielleicht findet das öffentliche Reden, das bei dieser Veranstaltung vorsichtig eingeübt wurde, ja eine baldige Fortsetzung auch mit russischen Vertretern. Den betroffenen Frauen wäre es zu wünschen. *Ulrich Miksch*

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 18

Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Sonnabend, 18. September, 20 Uhr (Einlass 19 Uhr), Herbstfest der Gruppe im Spexarder Bauernhaus, Lukasstraße, Gütersloh. Karten gibt es nur an der Abendkasse. Wer möchte kann im Dirndl oder Tracht erscheinen. Es spielt die „City-Band“ aus Bielefeld. Nähere Informationen unter Telefon (05241) 29211, oder im Internet: www.jagalla.info

Köln – Sonntag, 12. September, 15 Uhr, „Tag der Heimat“ im Bürgerzentrum Köln, Chorweiler, Pariserplatz 1.

Minden – Sonnabend, 25. September, 16 Uhr, Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, Minden, Autorenlesung der Kreisgemeinschaft Königsberg-Land mit Arno Surminski. Der Eintritt beträgt 8 Euro, einschließlich einem Glas Wein oder einem Glas Bärenfang.

Mühlheim an der Ruhr – Sonntag, 19. September, 11 Uhr, Treffen zum „Tag der Heimat“ im „Bürgergarten“, Aktienstraße 80. Der Landesvorsitzende Jürgen Zauner hält die Festrede. Im Anschluss bietet der Wirt ein Mittagessen an.

Neuss – Sonnabend, 11. September, „Tag der Heimat“ mit Gedenkfeier am Ostdeutschen Gedenkstein, Oberstraße. Im Anschluss findet eine Feierstunde statt.

Viersen-Dülken – Sonnabend, 11. September, 14 Uhr, „Tag der Heimat“ im evangelischen Gemeindehaus Willich-Anrath, Jakob-Krebs-Straße.

Witten – Donnerstag, 23. September, 15.30 Uhr, Treffen der Gruppe. Thema: „Vom Leben der Deutschen in Polen / Ostpreußen“.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 4. September, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Mainz – Freitag, 10. September, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Sonnabend, 11. September, Auftaktveranstaltung zum „Tag der Heimat“ im ICC-Berlin. Leitwort: „Durch Wahrheit zum Miteinander!“, die Festrede hält der Ministerpräsident von Bayern, Horst Seehofer. – Sonntag, 12. September, 10 Uhr, „Tag der Heimat“ im Bürgerhaus Mainz-Lerchenberg. – Donnerstag, 16. September, 15 Uhr, heimatliche Kaffeestunde der Damen im Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz. – Donnerstag, 16. bis Sonntag, 19. September, viertägige Busreise in das Berchtesgadener Land. Anmeldungen unter Telefon (06131) 471720 oder (06131) 474803. – Freitag, 17. September, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Sonnabend, 25. September, 15 Uhr, Erntedankfest in der Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz. Gaben für den Erntetisch werden gern genommen.

Neustadt an der Weinstraße – Sonntag, 12. September, 11 Uhr, „Tag der Heimat“ als Landesveranstaltung im Bürgerhaus, Hebbelstraße 2, Mainz-Lerchenberg. Es wird mit dem Pkw nach Mainz gefahren und gemeinsam zu Mittag gegessen. Verbindliche Anmeldungen umgehend bei Manfred Schusziara, Telefon (06321) 13368.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Hoyerswerda – Sonnabend, 18. September, 13.30 Uhr, „Tag der Heimat“ im Forum-Saal, Lausitzhalle.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 15. September, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“.

Dessau – Montag, 13. September, 14 Uhr, Treffen zum „Tag der Heimat“ im Krötenhof.

Giersleben – Freitag, 24. September, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte VS Gardelegen. Herr Lapöhn stellt sein Buch: „Doppelte Flucht aus Ostpreußen“ vor.

Magdeburg – Freitag, 10. September, 16 Uhr, Singproben im TuS Neustadt. – Sonntag, 12. September, 14 Uhr, „Tag der Heimat“ in der Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße. – Dienstag, 21. September, 15 Uhr, Bowling im Bowlingcenter Lemsdorferweg. – Freitag, 24. September, 16 Uhr, Singproben im TuS Neustadt.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Sonnabend, 18. September, 14.30 Uhr, Treffen vor der Schlosskirche zu Grafenstein, Dänemark mit dem Kieler Pommern. Ein Kirchenbesuch, Schlossparkspaziergang und eine gemütliche Kaffeerunde unmittelbar an der Flensburger Förde erwarten die Teilnehmer. Anmeldung nur bei Wilfried Pollack, Telefon (0461) 56485.

Mölln – Sonnabend, 11. September, 6.30 Uhr, Fahrt zu der zentralen Auftaktveranstaltung zum „Tag der Heimat“ im ICC in Berlin. – Die Gruppe traf sich, um einen Vortrag über den vor 400 Jahren geborenen Danziger Astronomen Johannes Hevelius zu hören. Hans-Jürgen Kämpfert berichtete ausführlich über diesen großen Wissenschaftler, zu dessen Ehren die Polen heutzutage noch große Festwochen veranstalten und sogar eine Sonderbriefmarke herausbringen. Er wurde unter dem Namen Hevelke als Sohn eines Bierbrauers in Danzig geboren. Er besuchte das akademische Gymnasium, allerdings mit Unterbrechung durch die Pestepidemie. Er befasste sich außerdem mit der Kunsttischlerei und dem Kupferstechen. Dann besuchte er die berühmte Universität Leyden. Später ging er nach London, Paris und Avignon. Aufgrund einer Erkrankung des Vaters musste er die Brauerei übernehmen. Er heiratete eine Brauerstochter. Sein ehemaliger Lehrer schenkte ihm seine wissenschaftliche Bibliothek und astronomische Beobachtungsinstrumente. Von der Dachkammer aus beobachtete Johannes den Mond und stach das Gesehene in Kupfer. Er tat das jahrelang und maß Sonnen- und Mondfinsternis. 1647 bringt er eine Mondbeschreibung heraus und lässt sie in Danzig drucken. Diese Mondbeschreibung schickt er an ihm bekannte Wissenschaftler und wird so selbst berühmt. Er baute eine Sternwarte über drei Häuser Danzigs hinweg. Das war damals die beste Sternwarte der Welt, und viele Leute kamen, um sie zu sehen. Als er 1660 den Merkur vor der Sonne beobachten konnte (was sehr selten geschieht), rief er aus: „Ich seh ihn, ich seh ihn!“ Er wollte 3000 Sterne beobachten und die Messdaten vergleichen. Er schliff seine Linsen selbst und baute Fernrohre, die von anderen Astronomen bestellt wurden. Er wurde Bürgermeister der Altstadt und gehörte der Stadtverwaltung Danzigs an. In Holland kaufte er eine Druckerei und veröffentliche seine Kupferstiche auch dort. Nach 25 Jahren starb seine erste Frau. Seine zweite Frau arbeitete auch in der Sternwarte und gab nach seinem Tode noch Bücher heraus; sie galt als erste wissenschaftliche Astronomin der Welt. Die Royal Society of London ernannte Johannes Hevelius zum Ehrenmitglied und sandte den jungen Astronomen Edmond Halley nach Danzig, um ihn zu kontrollieren; dieser befand die Instrumente als sehr zuverlässig. Nach einem Brand 1679, der die Warte komplett vernichtete, wurde diese wieder aufgebaut. Hevelius starb mit 76 Jahren in Danzig.

Pinneberg – Sonnabend, 25. September, 17 Uhr, Treffen der Gruppe. S. Koske hält einen Diavortrag: „Mit der MS Amadea von Bremerhaven nach Acapulco“.

Schwarzenbek – Sonnabend, 25. September, 8.30 Uhr, Sommerausfahrt in den Raum Dömnitz / Elbe. Die Abfahrt erfolgt: 8.30 Uhr, Ritter-Wulf-Platz, Schwarzenbek. Die Fahrt geht nach Vielank in Mecklenburg-Vorpommern. Im dortigen Brauhaus wird dann das Mittagessen eingenommen, an das im Anschluss die Brauerei besichtig werden kann. Es folgt die Weiterfahrt nach Dömnitz, wo die Gruppe sich zu einer Elde-Elbe-Rundfahrt einschifft. Zum Nachmittagskaffee findet sich die Gruppe im Dömnitz-Panorama-Kaffee ein, das in 40 Metern Höhe eine herrliche Aussicht bietet. Wenn die Zeit reicht, unternimmt die Gruppe noch eine Stadtrundfahrt durch Dömnitz. Reisekosten: 28 Euro für Mitglieder und 38 Euro für Nichtmitglieder. In diesem Preis ist enthalten: Busfahrt, Mittagessen, Schiffsfahrt, Kaffeetafel und Stadtführung (wenn möglich). Anmeldung bis zum 22. September, unter Telefon (04151) 81108 oder Telefon (04151) 5396.

Uetersen – Freitag, 17. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus Ueterst End. Vorstandsmitglied Frank Farin hält einen Vortrag: „Die wirtschaftliche Entwicklung und politische Lage im heutigen Pommern und Ostpreußen“. – Fröhlich und entspannt ging es zu bei der ersten Zusammenkunft nach der Sommerpause. Dafür sorgte das Ehepaar Froh mit ihrem Gesang und der ihrer Musik auf dem Akkordeon. Seit 1997 waren sie nun zum zehnten Mal zu Gast und begeisterten ihre Zuhörer. Lustige Geschichten und Döntjes in Hoch- und Plattdeutsch von Dieter Froh zwischendurch gekonnt vorgetragen, fanden stets reichen Beifall. Besonders das gemeinsame Mitsingen alter Volkslieder, die die älteren Besucher noch aus ihrer Jugend kannten, wurde mit Begeisterung aufgenommen. Mit großem Bedauern nahmen die Anwesenden die Ankündigung, des Ehepaares Froh auf, dass sie aus Altersgründen diesen zehnten Auftritt auch als Abschied betrachten. Begrüßt wurde die Versammlung diesmal durch den stellvertretenden Vorsitzenden Jochen Batschko, der auch in Vertretung des Vorsitzenden Joachim Rudat den Geburtstagskindern der Zwischenzeit ganz herzlich gratulierte. Er dankte auch den fleißigen Damen, die die Kaffeetafel mit Sommerblumen wieder geschmückt hatten.

BERICHTE ZUM TAG DER HEIMAT

Überall in der Bundesrepublik Deutschland finden dieser Tage Veranstaltungen zum „Tag der Heimat“ statt. Aufgrund dieser Vielzahl können Berichte leider nicht berücksichtigt werden.

Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Eine Lesung mit Angelika Waller: „Königin Luise“, findet am Mittwoch, 15. September, 19.30 Uhr, im Ostpreußischen Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, statt. Der Eintritt beträgt: 4 Euro / ermäßigt 3 Euro. Man sagte Königin Luise nicht nur besondere Schönheit und Güte nach, sondern auch diplomatisches Geschick. Den Stoff für Anekdoten lieferte sie als unkonventionelle Tochter, liebende Mutter und Frau, leidenschaftliche Biertrinkerin, patriotische Königin und geschickte Diplomatin im Dienste Preußens. Die von Angelika Waller warmherzig und temperamentvoll vorgetragenen Texte lassen das Bild einer Monarchin entstehen, die mit Geschick und Geschmack Konventionen brach und doch ganz Kind der preußischen Verhältnisse blieb. Anschließend wird der Film „Der Mann aus Jena“ (1981) gezeigt, in dem Angelika Waller als Königin Luise vor der Kamera stand. Angelika Waller, geboren 1944, ist Schaupielerin, Regisseurin, Pädagogin. Von 1966 bis 1992 war sie am Berliner Ensemble. Heute Professorin an der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“. Die CD „Königin Luise in Selbstzeugnissen und Anekdoten“beinhaltet Texte aus dem Buch „Wohl oder übel muß ich arms Weibsen dran – Anekdoten von Königin Luise“ (erschienen im Eulenspiegel Verlag). Eine weitere Buchempfehlung im Luise Jahr ist der Titel „Luise – Königin der Preußen“ von Renate Hoffmann (erschienen im Verlag Das Neue Berlin).

Vom Heimatstübchen zum modernen Museum

Das Siebenbürgische Museum vermittelt zentrale Aspekte dieser rumäniendeutschen Kulturlandschaft

Gundelsheim mit Schloss Horneck ist nicht nur für Siebenbürger ein durchaus bekannter Begriff im Bereich des Ost-West-Dialoges. Im Vordergrund stehen vor allem die wissenschaftlich-kulturellen Einrichtungen – Siebenbürgen-Institut, Siebenbürgische Bibliothek und Siebenbürgisches Museum –, die der Öffentlichkeit den Kulturraum des „Landes jenseits der Wälder" gemeinsam vermitteln.

Wer das Siebenbürgische Museum auf Schloss Horneck in Gundelsheim besichtigt, wird bei einem Rundgang durch die neu gestalteten Räumlichkeiten schnell feststellen, dass hier ein modernes Konzept erfolgreich umgesetzt wurde. Die klassische Vitrinenpräsentation ist mit Verfremdungseffekten und multimedialen Darbietungsformen verbunden, so dass der Betrachter auf zwei Ebenen die Vergangenheit und Gegenwart individuell erleben kann. Museumskustos Marius Joachim Tataru hat sich zum Ziel gesetzt, das ehemalige, etwas nostalgisch und altbacken anmutende „Heimatstübchen" zu einer zeitgemäßen, für verschiedene Besuchergruppen interessanten Institution umzuwandeln.



Marius Joachim Tataru

Es sei das Hauptanliegen des Museums – so der Kunsthistoriker Tataru – das siebenbürgische Kulturerbe, die tradierten Lebensmuster der „alten" Heimat auf ihre zeitgenössische Sinnmäßigkeit zu überprüfen.

Das „Experiment" ist bestens gelungen, denn heute ist die Dauerausstellung zur Geschichte der siebenbürgisch-sächsischen Existenz im multiethnischen Umfeld des Karpatenbogens darauf ausgerichtet, einerseits die siebenbürgische Problematik facettenreich und sinnstiftend darzustellen, andererseits aber auch die gelungene Integration der Aussiedler und Spätaussiedler in ihrer neuen Heimat zu veranschaulichen. So sind neben Zeugnissen des kirchlichen, ländlichen und städtischen Kulturlebens auch Exponate zur Illustration des von sächsischen Traditionen geprägten Alltags der in Deutschland Lebenden zu sehen. Mittels vier Computer-Terminals erhalten Besucher einen Überblick der einzelnen Stationen oder können Details zu Bereichen wie Geschichte, Kirche und Kleidung abrufen. Eine mit Musik untermalte Diaschau ergänzt das multimediale Erlebnis.

Das Haus besitzt den Status eines Landesmuseums und befasst sich mit der Sicherung, Bewahrung und Dokumentation des Kulturgutes der deutschen Ethnien in Siebenbürgen/Rumänien im weitgespannten Kontext der dortigen pluri-ethnischen Gesellschaft.

Die übersichtlich gegliederte Dauerausstellung wird durch geographische und historische Grundinformationen über Siebenbürgen und das Zusammenleben mit den anderen im Karpatenbogen vertretenen Ethnien eingeleitet. Vor allem Besucher, die Siebenbürgen nicht kennen, aber auf die Bewohner und das „Land jenseits der Wälder" neugierig sind, bekommen hier das notwendige Wissen, um die Vergangenheit und Gegenwart besser verstehen zu können. Streifzugartig werden zentrale Aspekte der Lebens- und Arbeitswelten in Stadt und Land vorgestellt. Marius Joachim Tataru – der gebürtige Hermannstädter, seit 1992 am Siebenbürgischen Museum in Gundelsheim tätig – verwies bei einem Rundgang durch die Ausstellungsräume auf Höhepunkte der repräsentativen Sammlungsbereiche Bildende Kunst, Kunsthandwerk, ländliche Wohnkultur, Kleidung und kirchliches Leben. Als einer der relevantesten Dokumentationsbereiche hebt sich die Abteilung Kleidung und Heimtextilien hervor, die etwa die Hälfte des musealen Gesamtbestands ausmacht. Da die Identität jeder Ethnie eng verknüpft ist mit ihrer Tracht, kommt den Trachten nicht nur quantitativ eine entscheidende Bedeutung zu. Kinder-, Frauen- und Männerkleidung für werktags und sonntags, jeweils in der Winter- oder Sommerausführung, geben dem Betrachter einen anschaulichen Überblick über die Entwicklung der Tracht, über die Einflüsse von außen und das jeweilige Warenangebot.

Die Gemälde- und Graphiksammlung wiederum gestaltet sich wertmäßig als eine der wichtigsten Komponenten des Museumsbestandes, mit weittragender und integrierender Funktion. Vertreten sind bedeutende siebenbürgische Künstler vom späten 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart, darunter Johann Martin Stock, Franz Neuhauser, Arthur Coulin, Robert Wellmann, Grete Csaki-Copony, Hans Eder, Hermann Konnerth, Ernestine Konnerth, Henri Nouveau (Neugeboren), Trude Schullerus, Hans Hermann, Fritz Kimm und Hans Mattis-Teutsch.

Die gesamtsiebenbürgische Formen-, Dekor- und Technik-Vielfalt lässt sich am Beispiel der umfangreichen Keramik-Abteilung nachvollziehen. Erwähnung finden unter anderen die Draaser Keramik und die bunt bemalte Thorenburger (Tordaer) Keramik, die sich unter dem Einfluss der Habaner Fayencen entwickelt hat und vorwiegend aus ungarischen Werkstätten stammt. Als Besonderheiten gelten auch die kobaltblaue, mit Strichzeichnung und Ritztechnik dekorierte Keisder Keramik-Exponate. Ergänzt wird dieser Sammlungsschwerpunkt durch eine umfangreiche Krüge-Kollektion sowie Scherzgefäße und Giebelkrönungen.



Ein besonders schönes Exponat der Ausstellung: Schloss Horneck in Gundelsheim am Neckar ist mit seinen kulturellen Einrichtungen für jeden Siebenbürger ein Begriff. Bild (2): D.G.

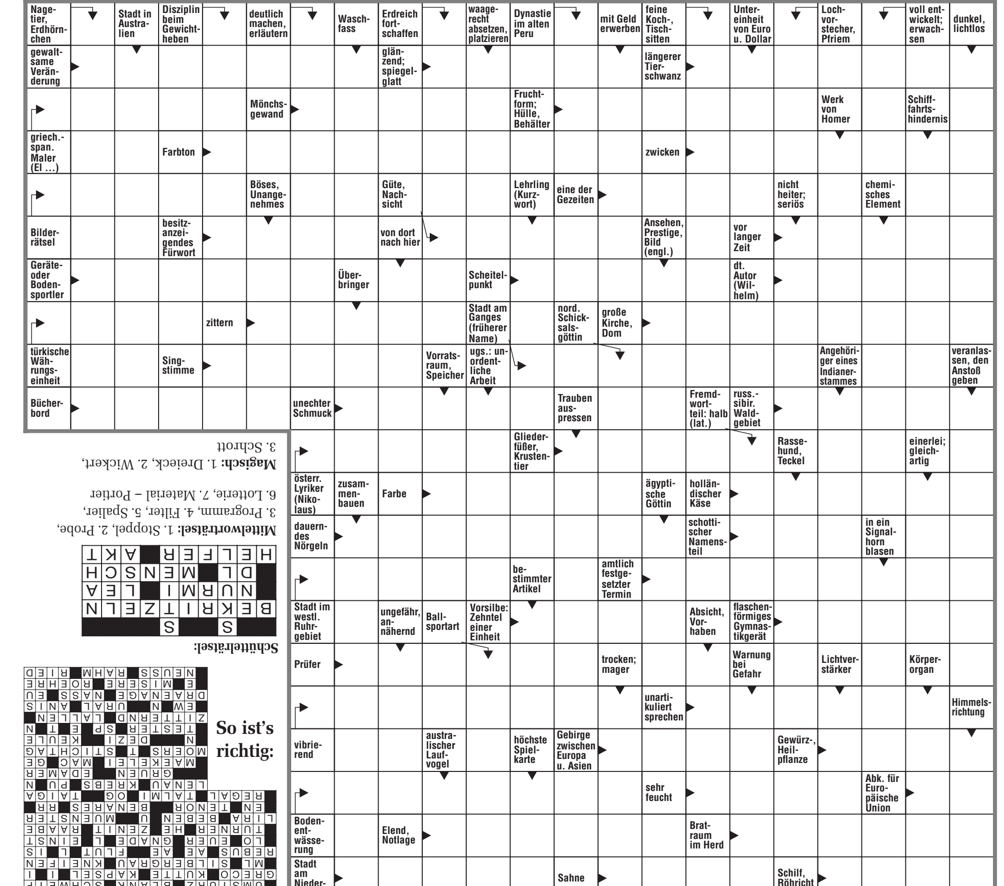
Neben der Dauerausstellung werden im Siebenbürgischen Museum Gundelsheim jährlich drei Wechselausstellungen eingerichtet. Hinzu kommen Beteiligungen an verschiedenen Projekten im In- und Ausland. Das Haus pflegt die fachliche Zusammenarbeit mit Institutionen in ganz Deutschland sowie einen intensiven Kulturaustausch mit der Heimatregion Siebenbürgen. All das bringt für den Museumskustos Marius Joachim Tataru ein beachtliches Arbeitspensum mit sich, was er aber dank seines jahrzehntelangen Engagements für die siebenbürgische Kultur souverän meistert.

Von Mitte Juli bis Mitte September zeigt der siebenbürgische Bildhauer Kurtfritz Handel, Träger des Siebenbürgisch-Sächsischen Kulturpreises 2009, im Siebenbürgischen Museum Gundelsheim eine Auswahl von Plastiken und Zeichnungen.

Zu den herausragenden grenzüberschreitenden Projekten gehört die Präsentation „Kirchenraum im Wandel", die im Schatzkästlein von Hermannstadt/Sibiu zu sehen war. Dr. Irmgard Sedler, die Kuratorin der Ausstellung und Vorsitzende des Siebenbürgischen Museums Gundelsheim e.V., und Marius Joachim Tataru zeichneten für dieses Vorhaben federführend. Seltene Werke von Künstlern wie Arthur Coulin stellte das Siebenbürgische Museum für Präsentationen in Kronstadt/Brasov und Hermannstadt zur Verfügung.

Für gute Publikumsresonanz sorgte die Ausstellung „Apokalyptische Bilderwelten" des siebenbürgischen Holzschnittkünstlers Gert Fabritius im Hermannstädter Schatzkästlein. Veranstalter der Präsentation waren die Kooperationspartner Nationalmuseum Astra (Hermannstadt), das Siebenbürgische Museum (Gundelsheim) und das Museum im Kleihues-Bau (Kornwestheim).

Beim Bundesbeauftragten für Kultur und Medien in Bonn berieten vor kurzem Vertreter des Landes Baden-Württemberg, der Stadt Gundelsheim sowie der siebenbürgisch-sächsischen Verbände und Vereine über eine neue Gesamtkonzeption siebenbürgisch-sächsischer Kulturarbeit zur Sicherung und Weiterentwicklung des Siebenbürgischen Museums und des Siebenbürgen-Instituts. Konkret wurde unter anderem über ein künftiges Siebenbürgisches Kulturzentrum Gundelsheim gesprochen, das auf den beiden Säulen Siebenbürgisches Museum und Siebenbürgen-Institut beruhen soll. *Dieter Göllner*



Schüttelrätsel

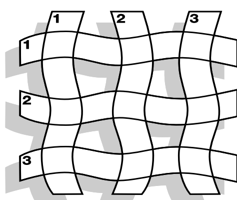
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

BEEIK LNRTZ	DEEN		KLLSU	EIMM		EIRST	AELS	CEKL	AHNT
IMMRU						AEL			
EEFH LR			CEHM NS						
						AKT			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für Pförtner.

1	BART		FELD
2	MUT		FAHRT
3	RUNDFUNK		HINWEIS
4	OEL		TUETE
5	EHREN		OBST
6	ZAHLEN		LOS
7	ROH		FEHLER



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 geometrische Figur
2 dt. Fernsehjournalist (Ulrich)
3 Metallabfälle

Vertreter dringend gesucht

Krise im Direktvertrieb – Avon, Tupperware und Vorwerk gehen die Verkäufer aus

Firmen, die ihre Produkte an der Haustür verkaufen, erweisen sich als erstaunlich krisenfest. Statt sinkender Nachfrage nach Frischhaltedosen oder Parfums quält Direktvertriebler wie Avon und Tupperware ein ganz anderes Problem: Sie finden nicht genug selbstständige Vertreter.

Mario Wiederhold rückt noch einmal seine gelbe Krawatte zurecht. Korrektes Aussehen ist wichtig, sagt er. Voller Elan zieht er den riesigen Vorführkoffer auf einer Sackkarre hinter sich her, während er aufs erste Haus zusteuert. Wiederhold ist Staubsaugervertreter in Recklinghausen. „Mein Türöffner ist das Teppichreinigungspulver ‚Kobosan‘. Jeder hat irgendwo einen Flecken im Teppich, und da setze ich an“, erklärt Wiederhold die Strategie.

Beratung in den eigenen vier Wänden möglich

Vorwerk hat seit 1930 über 30 Millionen Staubsauger verkauft – ausschließlich an der Haustür. Überhaupt war der Wuppertaler Konzern eines der ersten Unternehmen in Deutschland, die auf den Direktvertrieb setzten. Und Vorwerk-Sprecher Michael Weber ist sicher: „Im Einzelhandel wären wir nicht so groß geworden.“

Dabei hat sich die Firma seinerzeit nur für den Direktvertrieb entschieden, weil sich der Handstaubsauger, den Chefingenieur Engelbert Gorissen 1929 konstruierte, als Ladenhüter erwies. Das kleine Gerät fiel neben den damals üblicherweise großen Staubsaugern im Geschäft nicht auf. Der Enkel von Firmengründer Carl Vorwerk brachte dann aus den USA die Idee mit, es mit dem Verkauf an der Haustür zu versuchen. „Der Direktvertrieb, eine der ältesten Handelsformen überhaupt“, sagt Daniel Marschke, der Pressesprecher vom Bundesverband Direktvertrieb Deutschland (BDD). Besonders geeignet sei der Vertriebsweg aber vor allem für erklärungsbedürftige und beratungsintensive Produkte. „Es gibt kaum ein besseres Verkaufsargument als den Selbsttest zu Hause“, meint Vorwerk-Sprecher Michael Weber.

Die deutschen Verbraucher scheinen die Hausbesuche zu schätzen. Denn trotz des mitunter schlechten Drücker-Images kaufen die Bundesbürger laut einer Prognos-Studie jährlich für rund acht Milliarden Euro an der eigenen Haustür ein. Gefragt sind neben Kosmetik vor allem Haushaltsgeräte, Reinigungsmittel und Schmuck, aber auch Verträge für Strom-, Gas- oder Telefonanschlüsse. Rund 200 Unternehmen tummeln sich mittlerweile auf dem Markt.

„Und jedes Jahr kommen etliche Unternehmen hinzu“, berichtet Marschke. Die jeweiligen Firmen schicken ihre Vertreter durchs Land oder lassen sie Verkaufsshows veranstalten.



So kann Verkaufen auch Spaß machen: Tupper-Party mit den entsprechenden Behältern Bild: privat

Vorwerk gehört zu den ganz großen Namen im Direktvertrieb. Auf fast 2,5 Milliarden Euro summiert sich der weltweite Umsatz des über 125 Jahre alten Unternehmens im Jahr 2008. Knapp 300 Millionen davon erwirtschaften die Vertreter in Deutschland – mit der Küchenmaschine „Thermomix“, dem Staubsauger „Kobold“ und der Kosmetikmarke „Jafra“. Sein Potenzial hat Vorwerk damit nach eigener Einschätzung noch lange nicht ausgereizt. Um die Verkaufszahlen hierzulande kräftig zu steigern, haben die Wuppertaler aber nicht genügend Personal auf der Straße. „Uns fehlen vor allem Verkaufsberater für den Bereich ‚Kobold‘“, beklagt Weber.

Das Vertreter-Problem plagt nicht nur Vorwerk. Laut Marschke fehlen allein bei den 38 Mitgliedern in seinem Verband über 50 000 Mitarbeiter für den Direktvertrieb. Dabei deckt der Verband eine große Bandbreite von Unternehmen ab: neben Vorwerk gehören etwa die Firmen AMC, Avon, Tupperware, LichtBlick und Yello Strom sowie die Deutsche Telekom dazu. Viele von ihnen plagt der Mangel an Verkaufstalenten, was nach Ansicht von Marschke unter anderem an der stark steigenden Zahl geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse liegt. Derzeit arbeiten laut Deutscher Rentenversicherung fast sieben Millionen Minijobber im Land. Sie dürfen zwar nur maximal 400 Euro im Monat verdienen, sind dafür aber anders als Selbstständige gesetzlich abgesichert. „Hier wird ein Beschäftigungspotenzial gebunden, das nicht nur dem Direktvertrieb fehlt“, meint Marschke. Die Crux liegt aber nicht nur im Sozialsystem. „Etliche Bewerber schrecken davor zurück, sich selbstständig zu machen und damit auf tarifliche Leistungen und Absicherungen zu verzichten“, weiß Marschke, „Das aber ist im Direktvertrieb nötig, denn die Firmen arbeiten überwiegend mit freien Handelsvertretern zusammen, die provisionsabhängig bezahlt werden. Nicht jeder kommt damit klar. Entsprechend hoch sind Fluktuation und Abbrecherquote unter denjenigen, die den Schritt doch gewagt haben.“

Wachsende Konkurrenz aus dem Internet

Die desolate Lage im Direktvertrieb erfordert Neuorganisationen. „Die Struktur der Haushalte hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert, daher ist es viel schwieriger geworden, die Verbraucher zu Hause anzutreffen“, sagt Weber. Hinzu kommt die wachsende Konkurrenz durch Teleshopping-Sender und das Internet. „Die Verbraucher informieren sich nicht mehr nur im Internet, sie kaufen dort auch zunehmend ein“, erklärt Christoph Schwarzl, Handelsexperte der Managementberatung Accenture. Er rät den Firmen deshalb, das Internet stärker in die eigenen Verkaufsaktivitäten einzubeziehen. Tatsächlich sind Vorwerk-Ersatzteile mittlerweile online erhältlich. „Kobold“ oder „Thermomix“ soll es aber auch künftig nur vom Vertreter geben.

Corinna Weinert

IN KÜRZE

Hannah Arendt in Lüneburg

Das Ostpreußische Landesmuseum widmet sich in seiner Vortragsreihe der 1906 in Hannover geborenen und in Königsberg aufgewachsenen Hannah Arendt. Sie stammte aus einer alteingesessenen Königsberger Familie und wuchs in einer Tradition selbstbewusster und die Gesellschaft prägender Frauen auf. Bis heute ist sie eine ihrer weltweit bekanntesten Vertreterinnen. 1989 wurde der Totalitarismusforscherin eine Briefmarke der Deutschen Bundespost gewidmet. Sie starb 1975 im Alter von 69 Jahren.

Hannah Arendt (Bild: Internet)

Der Vortrag von Friedrike von Natzmer stellt in einer Chronik Leben und Werk der Philosophin vor und untersucht an aktuellen Beispielen, inwieweit ihr Verständnis von den politischem, kulturellem und wahrheitsliebendem Verhalten auch auf heutige Probleme angewendet werden kann.

Im Werk dieser weltweit anerkannten geisteswissenschaftlichen Schriftstellerin spiegelt sich beispielhaft die Zeitlosigkeit von Bürgertugenden. Diese bestehen, in Hannah Arendts eigenen Worten, in einer befriedeten Welt darin, „dass man im Guten und Bösen dem Wirklichen die Treue halten muss“. *OLM / os*

Der Vortag von Friedrike von Natzmer im Ostpreußischen Landesmuseum, Ritterstraße 10, Lüneburg, ist am Dienstag, 21. September, von 14.30 Uhr bis 16.30 Uhr zu hören. Der Eintritt kostet 5 Euro (einschließlich Kaffee, Tee und Gebäck).

Micky Maus im Kittchen

Polizei ist dreisten Dieben in Hollywood auf der Spur

Mami, da ist Supermann! Und da Micky Maus!“ – „Hast du Marilyn Monroe gesehen? Da hinten, da steht sie!“ – „Oh Gott, das ist Elvis!“ „Und Michael Jackson! Michael, Michael!“ Das waren nur einige begeisterte Schreie von Touristen, die sich zu Tausenden über Los Angeles ergießen und endlich ihren Traum, Hollywood, erreicht haben. Dort, am Hollywood Boulevard, vor dem weltberühmten „Grauman’s Chinese Theatre“, dem neuen Wachs-Museum und dem Kodak Theatre, wo alljährlich der „Oscar“ vergeben wird, sahen sie alle ihre Idole in Person, ob längst verschieden oder noch die internationalen Kinokassen füllend. So lebens- (oder film-)echt wie man es eben nur in Hollywood findet. Der „Walk of Fame“ mit den ins Pflaster zementierten Sternen der Filmstars, der sich über den ganzen Hollywood Boulevard erstreckt, erreicht hier seinen Höhepunkt. So haben sich die Touristen die Stadt ihrer Träume vorgestellt. Begeistert zücken sie die Kameras und posieren für Fotos mit ihren täuschend echt imitierten Idolen, nachdem die echten Filmstars keineswegs zu Dutzenden auf der Straße herumspazieren, wie die meisten Touristen es annehmen.

Doch ausgerechnet diesem Zauber der Filmmetropoole hat die Stadt jetzt ein einstweiliges Ende gesetzt. Da verhafteten Polizisten zum Entsetzen der aus ihren Träumen gerissenen Umstehenden alle Filmfiguren. Hintergrund der Blitzaktion waren diverse Beschwerden über die farbenprächtigen Kostümträger, die angeblich immer häufiger zum Ärgernis statt zum Vergnügen geworden sind. Captain Beatrice Girmala von der Hollywood-Abteilung der Polizei von Los Angeles erklärt den Hintergrund: „Wir haben in letzter Zeit eine Eskalation von aggressivem



Micky Maus: Auf dem Walk of Fame in Hollywood Bild: privat

und oft feindseligem Benehmen der Charaktere beobachtet. Sowohl gegenüber Touristen, die sich weigerten, die geforderten ‚Spenden‘ für Fotos zu zahlen (oft zehn Dollar) wie auch untereinander und mit Straßenverkäufern um die besten Standorte. Manche Figuren verbarrikadierten gar Sterne von Stars auf dem ‚Walk of Fame‘ und verlangten Geld dafür, diese für Fotos freizugeben.“

„Für die Einheimischen ist dieser Teil des Hollywood Boulevards der reinste Spießrutenlauf“, beschreibt Kerri Morrison, Direktorin vom „Hollywood Business Improvement“-Distrikt die Situation. „Tour-Veranstalter, Hot-Dog-Verkäufer und alle Arten von Händlern tauchten in den letzten fünf Jahren aus dem Nichts auf. Wir brauchen eine Regulierung. Diese Figuren können zwischen 250 und 1000 Dollar am Tag machen, steuerfrei. Alles was sie brauchen, ist ein Kostüm und eine Maske. Diese Tage sind vorüber!“ Christopher Loomis, seit Jahren „Spiderman“ und der einzige, der am Tag nach dem Arrest zu sehen war, gibt zu, dass es in letzter Zeit öfter zu Aggressionen gekommen sei. „Aber die Polizei hat jeden verhaftet und auf die Wache gebracht. Dort wurden sie in Angst versetzt und wieder freigelassen, weil es keinen Grund gab, sie einzusperren. Das ist ungesetzlich. Sie sollen die festnehmen, die sich kriminell benehmen. Das sind durchaus nicht alle. Wir haben ein Recht dort zu stehen. Ohne uns ist Hollywood nur halb so interessant.“

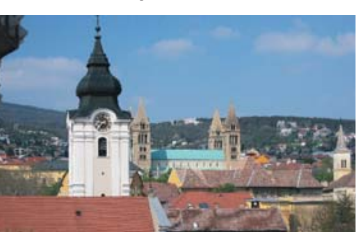
Das finden die Touristen auch. Was nützt ihnen Micky Maus im Kittchen? *Liselotte Millauer*

Kirchen und Katakomben

In neuem Glanz: Die dritte Kulturhauptstadt Europas, Fünfkirchen

Unter den drei Europäischen Kulturhauptstädten 2010 ist das in Südtransdanubien gelegene Fünfkirchen (Pécs) die unbekannteste. Und das völlig zu Unrecht. Die knapp 160 000 Einwohner zählende Stadt ist einer der geschichtsträchtigsten Orte des Alten Kontinents. Sie stellt ein kunterbuntes Kaleidoskop der Völker dar – Europa in der Nussschale! Hier tummeln sich Serben, Kroaten, Tschechen und Deutsche, die „Donauschwaben“, die nach dem Rückzug der Türken Ende des 17. Jahrhunderts hier angesiedelt wurden. Der Reiseleiter János, der aus einer alten deutsch-ungarischen Familie stammt und ein unverfälschtes, von seinen Altvorderen gepflegtes Schwäbisch spricht, geht noch weiter in der Geschichte zurück. „Weit vor den Osmanen kamen die Römer, die sich bei uns wegen des milden Klimas und der vielen heißen Quellen sehr wohl fühlten. Unter Kaiser Diokletian wurde der Ort zur Hauptstadt der Provinz Valeria erhoben“, erzählt er.

Die folgende Herrschaft durch die Habsburger währte am längsten. Sie setzten Akzente, die sich sehr reizvoll mit denen ihrer muslimischen Vorgänger mischen. Am deutlichsten ist dies in der Architektur des weitläufigen Széchenyi ter (alter Marktplatz) spürbar. Während zahlreiche palastartige Bauwerke und die barocke Dreifaltigkeitssäule in der Mitte des Platzes lebhaft an die k.u.k-Vergangenheit erinnern, beschwört die monumentale, von einer grünen Kuppel gekrönte Moschee des Pascha Gasi Khasim an der Stirnseite die Türkenzeit herauf. Die Christen funktionierten sie später zur katholischen Pfarrkirche St. Maria um. Zum Kulturjahr erstrahlt die gute Stube der Stadt



Fünfkirchen: Blick über die Stadt Bild: Buhr

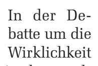
in neuem Glanz. Die Fassaden sind gereinigt, die Gehsteige neu gepflastert. Fünfkirchen ist reich an Gotteshäusern. Das imposanteste ist die viertürmige St.-Peter-Basilika, deren Fundamente bereits im 11. Jahrhundert gelegt wurden. Nach verschiedenen Umbauten herrschen heute neoromanische Stilelemente vor.

Die historische Altstadt strahlt einen unwiderstehlichen südlichen Charme aus. Dort pulsiert das Leben auf Straßen und in engen Gassen, in Cafés unter freiem Himmel, in avantgardistischen Galerien und schicken Boutiquen. „Man nennt Pécs auch die Stadt der guten Laune“, strahlt eine junge Malerin, die gerade die prächtige, mit Keramik verzierte Jugendstilfassade eines Hauses auf ihre Leinwand bannt. Die Porzellanmanufaktur Zsolnay hat in den 150 Jahren ihres Bestehens zahlreiche Gebäude und Dächer mit anmutigen Dekors verschönert.

In Fünfkirchen kann man auch in die Unterwelt abtauchen. Die Katakomben erreicht man über das Besucherzentrum am Szent István ter. Sie sind Bestandteil des Unesco-Weltkulturerbes und führen den Besucher in die Bestattungsrituale der frühen Christen ein. Faszinierend sind die Wandmalereien aus dem Alten Testament, die farbenfrohen Darstellungen des Paradieses und der Apostel. Nach einem einstündigen Rundgang durch enge Gänge, über steinerne Treppen vorbei an verliesartigen Nischen freut man sich aber, wieder Tageslicht zu sehen.

Uta Buhr





Gesichter des Dschihad

Polemikfreie Analyse des Islam

In der Debatte um die Wirklichkeit des Islam sind klare Analysen selten, die sich gleichermaßen deutlich von Verschwörungstheorien wie von der gängig politisch korrekten Rede vom Islam als einer „friedlichen Religion“, die letztlich „dasselbe“ wolle wie das Christentum, unterscheiden.
Umso mehr ist das jüngst erschienene Buch von Manfred Kleine-Hartlage zu begrüßen. Kleine-Hartlage ist von Haus aus nicht Islamwissenschaftler, sondern Sozialwissenschaftler. Prägnant zeigt er zunächst, dass in den westlichen Gesellschaften, vor allem aber im heutigen Deutschland, ein kulturrelativistischer, letztlich infantiler und politisch korrekter Aberglaube vorherrscht, der daran hindere, Eigenheit und Andersartigkeit des Islam überhaupt wahrzunehmen. Für den Islam nämlich kann Religion nicht, wie in der müden westlichen Moderne selbstverständlich, Privatsache sein. Seiner Identität nach muss er auf die Einheit von Religion und Politik zielen. Noch mehr: Das „Dschihadsystem“ im weitesten Sinn, also der Kampf gegen nichtislamische Religionen, Völker und politische Systeme, ist Teil des Wesens des Islam. Kleine-Hartlage begründet dies im zentralen Mittelteil seines Buches durch eine konzise Themenanalyse des Koran. Dabei deutet er ihn, was islamischem Selbstverständnis vollständig entspricht, als geschlossenes Gedankensystem, das als unmittelbares Diktat des definitiven Wort Gottes höchste Bindekraft beansprucht.
Kleine-Hartlage zeigt, wie eng der Prädestinationsglaube und der unbedingte Monotheismus des Islam mit der Zuweisung schwerster Strafen gegenüber Ungläubigen verbunden ist. Diese theologischen Grundlagen werden in den Mekka-Suren ausgesprochen. In den Medina-Suren nimmt der Koran dann offen die Gestalt einer politischen Religion an, mit dem militärischen Kampf gegen die Ungläubigen und der unbedingten Gehorsamspflicht gegenüber dem Propheten im Zentrum.
Ein weiteres Kapitel zeichnet die bedrückende Realgeschichte des Dschihad in Mittelalter und Neuzeit nach, wobei deutlich wird, dass die „Dhimmitude“, die Schutzpflicht des Islam gegenüber Juden und Christen, den „Schriftbesitzern“, selbst ein wirksames Islamisierungsinstrument gewesen ist – und keineswegs ein Mittel der Einhegung der Islamisierung.

Einheit von Politik und Religion angestrebt

Besondere Aufmerksamkeit verdienen Kleine-Hartlages kluge Überlegungen über die heutigen Instrumente des Dschihad: vom Moscheebau über Umdeutungen der Geschichte bis zu der verdeckenden Rhetorik des Euro-Islam, der, wie eine genaue Lektüre der einschlägigen Texte (etwa von Tariq Ramadan) zeigt, weniger auf eine Modernisierung des Islam als vielmehr auf eine Islamisierung der säkularisierten Moderne zielt.
Der Dschihad hat viele Gesichter, sanftere und grausame. Kleine-Hartlages These ist aber eindeutig: Ein dauerhaft auf Frieden und Moderne zielender Islam gäbe sich selbst auf. Dieses Buch kommt ohne jede Polemik aus. Seine Analysen sind unbestechlich, von scharfer logischer und analytischer Kraft. Natürlich bewegt man sich mit einem solchen Buch auf vermintem Gelände. Dies ist dem Verfasser deutlich. Man kann aber, wenn man den Islam und damit eine Wirklichkeit in Europa verstehen will, an seinen Einsichten nicht vorbeigehen.

Harald Seubert

***Manfred Kleine-Hartlage: „Das Dschihad-System – Wie der Islam funktioniert“**, Resch, Gräfelfing 2010, geb., 292 Seiten, 19,90 Euro*



Über fehlende Eliten und mehr

»Welt«-Mitarbeiter zieht aufschlussreiche Bilanz der deutschen Einheit

Seit 20 Jahren sind West-deutschland und die ehemalige DDR nun vereint, doch noch heute gibt es Dinge, die den Journalisten Claus Christian Malzahn in der deutsch-deutschen Debatte zu kurz gekommen sind. In „Deutschland 2.0 – Eine vorläufige Bilanz der Einheit“ weist er beispielsweise darauf hin, dass viele von denen, die damals auf die Straße gingen und riefen „Wir sind das Volk“, gar nicht unbedingt die deutsche Einheit anstrebten. Selbst nach dem Mauerfall habe es viele Engagierte in den neu entstandenen Bürgerinitiativen gegeben, die in erster Linie eine modernisierte, aber trotz allem noch sozialistische DDR angestrebt hätten.

Dabei betont er, wie kontraproduktiv der vom Westen praktizierte Freikauf von politischen DDR-Häftlingen für die Herausbildung einer bürgerlichen Bewegung gewesen sei. „Eine schlagkräftige DDR-Opposition kann sich lange Zeit auch deshalb nicht aufbauen, weil diejenigen, die genug Mut und Organisationstalent besitzen, gerade wieder in einem D-Zug nach Westen gesetzt werden. Was für den einzelnen Dissidenten eine ‚humane Lösung‘ – so der deutsch-deutsche Sprachgebrauch bei der Abwicklung solcher Grenzfälle – bedeutet, raubt der demokratischen Bewegung immer wieder das nötige kritische Potenzial, die unverzichtbaren Erfahrungen im illegalen Kampf. Und mit jedem, der geht oder gehen muss, fehlt der Opposition auch ein Stück Geschichte – und Selbstbewusstsein.“

Der leitende Redakteur bei der „Welt“-Gruppe sieht in dem massenhaften Wegzug der freiheitlich orientierten DDR-Bürger gen Westen vor, während und nach dem Mauerfall einen Grund, warum die bürgerlichen Parteien in den neuen Bundesländern nie ihren Bedarf an qualifiziertem politischen Führungspotenzial decken konnten, hingegen aber die SED-PDS-Linke keine Probleme hatte, Personal zu rekrutieren, das nur wenig politischen Gegenwind erfuhr.

Wer 65 Jahre war, durfte in den Westen, war er doch unnütz

Als einen Grund, warum es vergleichbar viele ehemalige DDR-Bürger gebe, die den alten Zeiten hinterhertrauern und über Westdeutschland klagen, sieht Malzahn den Umstand, dass die Bewohner der neuen Bundesländer nach dem Fall der Mauer relativ sanft durch die Milliardentransfers aus dem Westen aufgefangen worden seien. Während andere ehemalige kommunistische Staaten wie Polen den wirtschaftlichen Umbruch aus eigener Kraft meistern mussten, und die Fortschritte daher eher wertzuschätzen wüssten, fehle diese prägende Erfahrung in den neuen Bundesländern.

Auch erinnert der Autor, dessen Familie durch die Mauer getrennt worden war, wie wenig wertschätzend der Arbeiter- und Bauernstaat mit seinen Alten umging. Wer 65 Jahre alt war, konnte die DDR ohne Probleme verlassen, da er nichts mehr für die Volkswirtschaft leisten konnte und somit nur ein unnötiger Esser war. Die Folgen der niedrigen Renten und mangelnden Altenbetreuung kennt der Autor aus eigener Erfahrung: Seine eigene Großmutter starb aufgrund mangelnder Fürsorge.

Malzahn amüsiert, dass die Bürger der DDR gleich zweimal einen Machtwechsel erzwangen: einmal 1989 durch ihre Montagsdemonstrationen und einmal in Form von Überhangmandaten für die SPD 1998, und das, obwohl diese, wie der Autor immer wieder betont, überhaupt kein Konzept für einen Aufbau Ost hatte, schließlich sei der Partei die Wiedervereinigung suspekt gewesen. Und aufgrund der Tatsache, dass die SPD den Bürgern im Osten des vereinigten Staates nichts anzubieten gehabt habe, habe sie der PDS erst ihre Etablierung ermöglicht. Die Hartz-IV-Reformen taten dann ihr übriges.

Gegen Ende seiner teilweise aufschlussreichen Analyse wagt der Autor eine Prognose der nahen Zukunft Deutschlands. Hier sieht er die größten Probleme keineswegs in den Folgen der bei der Vereinigung gemachten Fehler, sondern in Fehlern, die bei der Integration von Zuwanderern gemacht wurden. Kurz gesagt: Malzahn greift ein Problem auf, für das Thilo Sarrazin bei seiner Buchveröffentlichung Wochen nach Erscheinen von Malzahns Buch heftigste Kritik einstecken musste.

Rebecca Bellano

***Claus Christian Malzahn: „Deutschland 2.0 – Eine vorläufige Bilanz der Einheit“**, dtv premium, München 2010, kartoniert, 137 Seiten, 12,90 Euro*



Aufgefressen von den Pflichten

Autorin berichtet über die Gefahr, seine eigenen Wünsche zu verdrängen

Die Amerikanerin Joan Anderson will anderen Frauen durch ihre eigenen Erfahrungen neue Impulse geben, sich selbst zu finden. In ihrem ersten Buch „Ein Jahr am Meer“ erzählte sie von der Veränderung, welche sie mit Mitte 50 durchlaufen hat, als ihre zwei erwachsenen Söhne das Haus verließen und sie ausgebrannt vor leeren Kinderzimmern und einer schal gewordenen Ehe stand. So verließ sie ihren Mann, um sich selbst und ihre eigenen Wünsche zu erforschen.

In ihrem neuen Buch mit dem Titel „Zurück ans Meer“ berichtet die Autorin, was zehn Jahre nach Erscheinen des ersten Buches aus ihren guten Vorsätzen geworden ist, wie sie selber von dem Weg, den sie anderen Frauen ans Herz legte, abgekommen ist.

Der Spagat zwischen den Pflichten als Autorin, Ehefrau, mehrfacher Großmutter, Schwiegermutter und Pflegerin der eigenen alternden Mutter ist nur auf Kosten der eigenen Freizeit möglich. Als ihre Freundinnen sich beschweren, dass sie kaum mehr Zeit für entspannte Gesprächsabende habe und auch ihre Internistin ihren immer weiter steigenden Bluthochdruck anmahnt, bemerkt Joan, dass sie sich selbst in ein neues Korsett gezwängt hat, um ihren selbst auferlegten Pflichten nachkommen zu können.

Anderson geht in ihrem Buch darauf ein, wie wichtig der Austausch von Frauen untereinander ist. Denn nicht selten werden erst im offenen Gespräch mit Gleichgesinnten die Konflikte, die einen umgeben, offengelegt. Und auch wenn die Ratschläge einer Freundin nicht sofort die Lösung des Problems beinhalten, so helfen Trost und Unterstützung doch häufig, den ersten Vorstoß zu wagen, das Übel an der Wurzel zu packen.

In „Zurück ans Meer“ beginnt jedes Kapitel mit einem tiefgründigen Sprüchlein. So zum Beispiel folgendes von William Shakespeare „Dies über alles; sei dir selber treu, und daraus folgt, so wie die Nacht dem Tage, Du kannst nicht falsch sein gegen irgendwen.“

Und so wie die Sprüche, so ist auch das Buch. Wer hier nach viel äußerer Handlung sucht, der wird enttäuscht werden, denn das Wesentliche geschieht in diesem Buch zwischen den Zeilen. Es liegt in der Bedeutung der Gedanken der Autorin und was diese wiederum im Leser auslösen können.

„Zurück ans Meer“ ist somit ein sehr persönliches Buch. Joan Anderson spricht offen über ihre Fehler, um den Leser wachzurütteln, ihn auf eigene Baustellen im Leben aufmerksam zu machen. Denn Andersons Botschaft in „Zurück ans Meer“ ist ganz klar. Sie lautet, dass es nie zu spät ist, das Ruder noch herumzureißen, den Kurs, den das Leben genommen hat, noch zu ändern.

Vanessa Ney

***Joan Anderson: „Zurück ans Meer“**, dtv, München 2010, 220 Seiten, 8,95 Euro*

Glück durch Selbstbeschränkung

Eine neue Biographie erörtert, inwieweit Arthur Schopenhauer seine eigenen Thesen lebte

Seit der Aufgabe seiner Berliner Lehrtätigkeit im Jahre 1831 lebte der Philosoph Arthur Schopenhauer (1788–1870) in Frankfurt am Main als Privatgelehrter. Mit seinem Lebensstil entsprach er dem von ihm entworfenen Bild eines ganz auf sich selbst gestellten Solitärs, wurde jedoch als Außenseiter-Existenz wahrgenommen.

Erfolg und Anerkennung seiner philosophischen Abhandlungen und damit deutlich mehr gesellschaftliche Teilhabe stellten sich für ihn erst 1851 nach dem Erscheinen seines zweiten Hauptwerks „Parerga und Paralipomea“ ein. Schopenhauer verstand sich als Kantianer. Doch während es im Kantschen System der „Ideen der Vernunft“ keinen radikalen Trennungsstrich zur Theologie gibt, rechnete Schopenhauer, der Kaufmannssohn aus Danzig, endgültig ab mit der Vorstellung eines Individuums, das sich mit einem göttlichen Willen in Einklang bringen kann.

Waren es ursprünglich persönliche Erfahrungen, die den international am meisten gelesenen deutschen Philosophen zum Pessimisten dieser Sparte schlechthin werden ließen? Fragen wie dieser geht Robert Zimmer in seiner Biographie „Arthur Schopenhauer – Ein philosophischer Weltbürger“ nach. Ein Wink vorweg: Vor der Hürde der philosophischen Systeme von Platon bis zu Schopenhauer selbst braucht niemand zurückzuschrecken, da der Verfasser dem Leser das Verständnis der Lehren – die keinesfalls schwerpunktmäßig behandelt werden, thematisch bedingt aber ein Hauptgegenstand sind – denkbar leicht macht.

Schopenhauer habe, so Zimmer, seine eigene Erfahrung mit literarischen, philosophischen und religiösen Weltanschauungen der verschiedensten Kulturen und Epochen abgeglichen, diese verarbeitet und zu einer neuen Einheit zusammengefügt. Fernab von christlich geprägter Metaphysik, im Buddhismus, erkannte er die ihm gemäße Lösung der Frage nach der Leidensüberwindung. Sein Ansatz zielt auf die bewusste „Umkehr“ des sogenannten „Willens“ ab, eines unvernünftigen Weltprinzips. Danach eröffnet sich dem Individuum nur durch Verneinung und Askese die Möglichkeit, dem Kreislauf des Willens zu entkommen. Diese Haltung kennzeichnet nach Schopenhauer den „Weltweisen“. Er legte dar: Nur durch fortwährende Selbstbeobachtung und -beschränkung werde dem Individuum gleichzeitig ein Quantum Glück zuteil. Im Mittelpunkt von Schopenhauers Moralphilosophie steht eine Mitleidsethik, die auch das Tierreich einbezieht. Zimmer bezeichnet den Philosophen als „Januskopf“: Sein Weltbild, „eine Mischung zwischen Aufklärung, Wissenschaftsorientierung und Mystik“, beeinflusste Philosophen und Literaten – wie zum Beispiel Thomas Hardy und Leo Tolstoi –, aber auch den Vater der Psychoanalyse Siegmund Freud.

Frauen als Gefahr für den Geldbeutel

Doch wie bei so manchem Verkünder hehrer Maximen ist eine Diskrepanz zwischen Anspruch und Lebenswirklichkeit zu verzeichnen. So lesen wir: „Schopenhauer sah die Beziehung zu einer angetrauten Partnerin nicht als eine gleichberechtigte, symmetrische, sondern vor allem als eine Gefahr für den Geldbeutel. Auch Kinder schienen ihm eher eine Belastung.“ Vorwürfe der Geldverschwendung hatten bereits 1814 zum Bruch mit seiner Mutter Johanna geführt. Sie träten in „Parerga und Paralipomea“ in Form von Ressentiments gegen das weibliche Geschlecht wieder zutage, glaubt Zimmer, und man wird ihm recht geben müssen. Auch hatte der Philosoph verkündet, „dass das Leben uns den Schleier der Illusionen von den Augen reißt und Glück nur in abwesender Form von Schmerz erreichbar ist“. Ehre und Ansehen seien gering zu achten, wertvoll sei dagegen der Ruf als anerkanntes Mitglied der Gesellschaft. Sein später Durchbruch erfüllte ihn dann aber doch mit außerordentlicher Genugtuung. Unberührt davon bleibt die Bedeutung seines „einzigartigen, epochalen Werks“: „Schopenhauer ist einer der großen Stichwortgeber der Moderne. Wir sollten ihn als philosophischen Lebensbegleiter und Gesprächspartner begreifen“ lautet das Resümee des Autors dieser rundum gelungenen Studie.

Dagmar Jestrzemski

***Robert Zimmer: „Arthur Schopenhauer – Ein philosophischer Weltbürger“**, dtv, München 2010, kartoniert, 299 Seiten, 14,90 Euro*

Weitere Titel

***Klaus Fuchs: „Deutsche Komplexe – Kritische Reflexionen über deutsche Befindlichkeiten“**, Verlag Litblockin, Fernwald 2009, broschiert, 707 Seiten, 69,90 Euro*

***Guntram König (Hrsg.): „NVA – Die roten Preußen? Zeitzeugenberichte“**, Helios, Aachen 2010, gebunden, 218 Seiten, 19,90 Euro*

***Erik von Kuehnelt-Leddihn: „Konservative Weltsicht als Chance – Entlarvung von Mythen und Klischees“**, Erstauflage 1989, mmVerlag, Aachen 2010, gebunden, 329 Seiten, 19,90 Euro*

***Christian Möller: „Das letzte Aufgebot der deutschen Luftwaffe – Der Einsatz mit leichten Schulflugzeugen vom Typ Bücker Bü 181 als Nachtschlächter und Panzerjäger bei Kriegsende 1945“**, Helios, Aachen 2010, gebunden, 133 Seiten, 22 Euro*

***Rainer Paris: „Neid – Von der Macht eines versteckten Gefühls“**, Manuscriptum, Waltrop 2010, gebunden, 59 Seiten, 7,80 Euro*



Elch als Plüschtier

Der Elch ist kuschelweich und bestens zum Spielen geeignet.
Maße des Elchs (Länge x Breite x Höhe in cm): 44 x 30 x 36
Aufwendige Handarbeit aus den Werkstätten der Kösener Spielzeug Manufaktur GmbH
Der Elch ist per Handwäsche bei 30°C waschbar.

€ 147,-

Best.-Nr.: 6992



Wolfgang Clement/Friedrich Merz
Was jetzt zu tun ist – Deutschland 2.0
Geb., 199 Seiten
Best.-Nr.: 6978, € 18,95



Arno Surminski
Winter Fünfundvierzig oder Die Frauen von Palmnicken
Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7000, € 19,95



Eva Herman
Die Wahrheit und ihr Preis
Wie viel Meinungsfreiheit und Toleranz gegenüber Andersdenkenden gibt es in den deutschen Medien?
Geb., 281 Seiten
Best.-Nr.: 6945, € 19,95



THILO SARRAZIN
DEUTSCHLAND SCHAFFT SICH AB
Wie wir unser Land aufs Spiel setzen

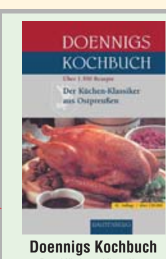
Mit seiner profunden Erfahrung aus Politik und Verwaltung beschreibt Thilo Sarrazin die Folgen, die sich für Deutschlands Zukunft aus der Kombination von Geburtenrückgang, problematischer Zuwanderung und wachsender Unterschicht ergeben. Er will sich nicht damit abfinden, dass Deutschland nicht nur älter und kleiner, sondern auch dümmer und abhängiger von staatlichen Zahlungen wird. Sarrazin sieht genau hin, seine Analyse schont niemanden. Er zeigt ganz konkret, wie wir die Grundlagen unseres Wohlstands untergraben und so den sozialen Frieden und eine stabile Gesellschaft aufs Spiel setzen. Deutschland läuft Gefahr, in einen Alptraum zu schlittern. Dass das so ist, weshalb das so ist und was man dagegen tun kann, davon handelt sein Buch.
Gebundenes Buch mit Schutzumschlag, 464 Seiten
Best.-Nr.: 6999 € 22,99



NEU

Königin-Luise-Brosche
Das gekrönte „L" von Eichenlaub eingefaßt.
Der Hintergrund ist emailliert.
Best.-Nr.: 6960

€ 8,95



statt € 7,40 nur noch € 3,95

Eva Pultke- Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968



Doennigs Kochbuch
Der Küchen-Klassiker aus Ostpreußen mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95

Ostpreußische Küche
- Spezialitäten aus der Region
Von herzhaft bis süß - rund 70 Originalrezepte zeitgemäß interpretiert.
Kart., 128 Seiten mit zahlr. farb. Abb, Großformat
Best.-Nr.: 7002, € 4,99

Elch-Standbild

Wunderschöne Darstellung gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert, auf Metallplinthe

Höhe: 16 cm,
Breite: ca. 21 cm,
Gewicht: 1,3 kg
Best.-Nr.: 6627



€ 99,95



Hans Hellmut Kirst
Deutschland deine Ostpreußen
Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 6825, € 16,80



Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95



lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Udo Ulfkotte
Kein Schwarz. Kein Rot. Kein Gold.

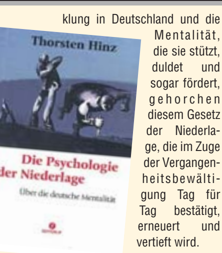
Armut ist für alle da - die verschwiegenen Kosten der Zuwanderung
Vergessen Sie die horrenden Kosten der Wirtschaftskrise. Sie sind trotz der vielen Milliarden, die wir alle dafür bezahlen müssen, nichts im Vergleich zu jenen Beträgen, die wir für die Heuschrecken der Zuwanderungsindustrie ausgeben. Es ist politisch nicht korrekt, die Zahlen zu addieren. Denn Politiker und Medien sprechen bei Migranten aus der Türkei und anderen fernen Ländern gerne von angeblicher »Bereicherung«. Doch jetzt wird abgerechnet. Die Wahrheit lautet: Bestimmte Migrantengruppen kosten uns pro Jahr weitaus mehr als die Wirtschaftskrise. Über eine Billion (!) Euro haben Migranten allein in Deutschland in unseren Sozialsystemen bislang an Schäden verursacht. Wie kann es sein, dass wir diesen Wahnsinn aus Gründen der politischen Korrektheit bislang niemals in Frage gestellt haben? Diese gigantische Wohlstandsvernichtung bewirkt nur eines: Fremdenfeindlichkeit und wachsenden Unmut unter jenen, die dafür bezahlen müssen. Im »Lustigen Migrantenstadl« heißt die Zukunft für Deutsche jetzt: Armut ist für alle da. Es sei denn, wir öffnen die Augen und ziehen endlich die notwendigen Konsequenzen. Udo Ulfkotte liefert harte Fakten und belegt diese mit mehr als 900 seriösen Quellen. Sollten Sie in Deutschland Steuern zahlen, brauchen Sie für die Enthüllungen in diesem Buch wirklich starke Nerven. Sie werden kaum glauben, wie Ihre Steuergelder mit beiden Händen zum Fenster hinausgeworfen werden.



Gebunden,
372 Seiten
Best.-Nr.: 7003

€ 19,95

Heimat-Anstecker


Ostpreußen-Provinz-Anstecker Best.-Nr.: 5889	Ostpreußen-Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6055	Königsberg-Anstecker Best.-Nr.: 6056	Westpreußen-Anstecker Best.-Nr.: 6504
Sudetenland-Anstecker Best.-Nr.: 6880	Schlesien-Anstecker Best.-Nr.: 6778	Elchschaufel-Wappen- Anstecker Best.-Nr.: 6830	Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6642
Preußenadler-Flaggen-Anstecker Best.-Nr.: 6722	Preußen-Anstecker Best.-Nr.: 6057	Pommern-Anstecker Best.-Nr.: 6928	

Je Anstecker nur € 2,95



Arno Surminski
Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 6973, € 14,95

Hans Hellmut Kirst
Gott schläft in Masuren
Roman
Geb., 297 Seiten,
Best.-Nr.: 6991, € 18,50



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95

Thorsten Hinz
Die Psychologie der Niederlage.
Über die deutsche Mentalität

Deutschland sollte nach 1945 anderen Nationen nicht wieder gleichberechtigt gegenübertreten. So hat sich hierzulande ein kollektives geistig-moralisches Schuldgefühl etabliert, ein Niederlage-Denken, das für Staat und Nation beherrschend und konstituierend ist und von dem das Land seine Identität herleitet. Die Entwicklung in Deutschland und die Mentalität, die sie stützt, duldet und sogar fördert, gehorchen diesem Gesetz der Niederlage, die im Zuge der Vergangenheitsbewältigung Tag für Tag bestätigt, erneuert und vertieft wird.

Geb., 208 S.,
geb. mit Schutzumschlag und Lesebändchen
Best.-Nr.: 7004, € 19,80



statt früher € 15,90 nur noch € 7,95

HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820



statt € 7,00 nur noch € 3,95

Agnes Paul
Die bösen Augen
Sagen und Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 93 Seiten
Best.-Nr.: 2087



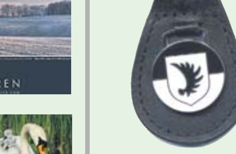
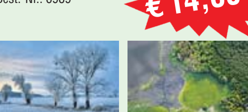
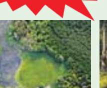
statt € 6,40 nur € 2,95

Waltraut Schülke
Geliebtes Ostpreußen
Erinnerungen an Kindheit und Jugend
Kart., 48 Seiten
Best.-Nr.: 5209

Faszination Emland und Masuren – Kalender 2011

Wunderschöne Landschaftsaufnahmen aus dem Emland und Masuren
Mit Fotos von Peter Scherbuk
15 Blätter, mit 13 großformatigen und eindrucksvollen Farbfotos und einer Landkarte dieser Naturregion
Spiralbindung, Hochglanzpapier,
Format: Breite: 42 cm
Höhe 31 cm
Best.-Nr.: 6989

€ 14,80



Elchschaufel-Schlüsselanhänger

Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Sommer in Ostpreußen 1942



Es ist schon lange her. Und es liegt in weiter Ferne, wovon dieser Film erzählt: von Gottfried und Maria, einem jungen Paar mitten im Krieg. Und von einem Sommer in Ostpreußen. Wir schreiben das Jahr 1942. Wie viele Deutsche träumt das Paar vom Urlaub an der Ostsee, von der Samlandküste, von Wind und Wellen, von Ruhe und Erholung. Die Enge des Alltags eintauschen gegen die Weite Ostpreußens. Urlaub vom Alltag, Urlaub vom Krieg. Wer weiß, wie viele Sommer es für den deutschen Soldaten noch geben wird? Aus Berlin, Breslau und Dresden fuhren täglich Sonder- und Ferienzüge nach Königsberg, darunter auch Luxuszüge und Schnellzüge. Für die Strecke Berlin – Königsberg benötigte der Bahnreisende damals sechseinhalb Stunden. Heute dauert die Fahrt mehr als 16 Stunden, mehrmaliges Umsteigen inbegriffen. Von Königsberg ging es dann mit der Cranzer Bahn zur Kurischen Nehrung oder mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste.„Aus dem Reich", wie man zu sagen pflegte, kamen jeden Sommer Zehntausende Feriengäste in die östliche Provinz. Die Reise führt uns an die Kurische Nehrung, nach Nidden, nach Rossitten, ans Kurische Haff, wir gehen mit einem Kurenfischer auf Fang, nehmen an der Heuernte teil, besuchen Cranz, das größte königlich-preußische Seebad an der Ostseeküste, fahren mit der Bahn nach Cranzbeek, besichtigen das unzerstörte Königsberg mit dem prächtigen Stadtschloss und dem Dom, fahren mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste und beobachten Elche in der Niederung.Zeitzeugen wie die Schriftstellerin Ruth Geede und Maja Ehlermann-Mollenhauer, die Tochter des berühmten Malers Ernst Mollenhauer, kommentieren die einzigartigen historischen Filmaufnahmen. In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.

Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95

€ 14,95

Elchschaufel-Polo-Hemd

Hochwertiges Polohemd
aus deutscher Herstellung, 100% Baumwolle, Knopfleiste mit 3 Knöpfen, Ärmelabschluss mit Bündchen, Farbe: dunkelblau
Größe M, Best.-Nr.: 6996
Größe L, Best.-Nr.: 6970
Größe XL, Best.-Nr.: 6971

je € 22,95

Elchschaufel-Schirmmütze
Best.-Nr.: 6969, € 14,95



Marianne Kopp
Beetenbartsch und Klunkermus - Ostpreußische Küche

NEU

Königsberger Klopse sind heute Allgemeingut der deutschen Küche und nicht nur bei Ostpreußen bekannt und beliebt. Ähnliches lässt sich wohl auch von der weihnachtlichen Leckerei Königsberger Marzipan sagen. Die Küche des alten Ostpreußens hat jedoch weit mehr zu bieten, was eine Wiederentdeckung lohnt. Schon die Namen der Gerichte wecken Kindheitserinnerungen oder Neugier. Ob Beetenbartsch, Schedderstroh oder Klunkermus, Kakalinski oder Glumskeilchen – verwendet wurde vor allem, was die heimische Landwirtschaft und Vorratshaltung hergab, an Butter, Schmand und Eiern wurde nicht gespart. Süß oder herzhaft, gehaltvoll und sättigend, in dem rauen Klima der nordöstlichsten Provinz Deutschlands brauchte man kräftiges Essen. Mit kleinen Varianten lässt sich das alles aber auch unter heutigen Gesichtspunkten gesunder Ernährung genießen. Wie sehr die ostpreußische Küche auch ein kulturhistorischer Schatz ist, betonte schon die Königsberger Dichterin Agnes Miegel und berichtete immer wieder aus ihrem reichen Erfahrungsschatz seit Ende des 19. Jahrhunderts. Bewährte, überlieferte Familienrezepte, bereichert um mancherlei Zitate und Hintergründe zu den Gerichten und Zutaten, sind in diesem Kochbüchlein zusammengetragen und mit appetitanregenden Bildern von Günter Pump illustriert.
Geb., 96 Seiten, zahlr. farb. Abbildungen
Best.-Nr.: 7001

€ 9,95

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 36/10
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Ägypter auf dem Balkan?

Skopje – Kuriosum bei jeder balkanischen Volkszählung ist, dass im ethnischen Patchwork regelmäßig „Ägypter“ auftauchen: 5000 in Makedonien, 4000 im Kosovo, 1000 in Serbien. 1990 entstand ihre „Vereinigung der Ägypter Jugoslawiens“, die jetzt „Union der balkanischen Ägypter“ heißt und von dem Ethnographen Rubin Zemon geleitet wird. Von ihm erfährt man, dass sich die balkanischen Ägypter auf ur-ur-alte Vorfahren vom Nil berufen. Vor allem möchten sie sich von Roma, Cigani, Ashkali abgrenzen. *W.O.*

Teure Werbeflüge

Neu Delhi – Die deutsche Luftwaffe verärgert mit extrem teuren Werbeflügen für den Eurofighter die Steuerzahler. Indien plant den Kauf von 126 neuen Kampfflugzeugen. Um ihnen den Eurofighter schmackhaft zu machen, führte die deutsche Luftwaffe bei dortigen Luftfahrtmessen das deutsch-spanisch-italienisch-britische Gemeinschaftsprojekt vor. Allein 2009 waren es 96 Flugstunden. Die Betriebskosten pro Stunde betragen 73992 Euro. *Bel*

ZUR PERSON

Ihr eigenes Deutschland

Für ihren rasanten Aufstieg darf die iranischstämmige **Naika Foroutan** nicht zuletzt ihrem Gegenspieler Thilo Sarrazin dankbar sein. Die Debatte um sein Buch sie nach oben gespült hat. Bisheriger Höhepunkt ihrer Laufbahn waren zuletzt die TV-Auftritte bei Beckmann und Illner, wo sie den Bundesbanker angriffslustig mit Statistiken traktierte. Im Internet kursiert dagegen ein Video, das nachweist, dass sie sich einige Zahlenverdreher geleistet hat.

Vom akademischen Betrieb reichlich gefördert, ist die studierte Politologin und Romanistin (Jahrgang 1971) heute Leiterin der Forschungsprojekte „Hybride Identitäten in Deutschland“ an der FU, und „Heymat“ an der HU Berlin. Was bei ihren bisherigen Auftritten kaum zum Vorschein trat: Foroutan werkelt unter diesen umständlichen Begriffen an einer fundamentalen Neudefinierung des Deutsch-Seins – ironischerweise finanziert vom deutschen Staat.



So arbeitet sie an der Etablierung des Begriffs „Neue Deutsche“: „Der Begriff entstand in Abgrenzung zum Begriff der alteingesessenen Deutschen, die für sich Etabliertenvorrechte reklamieren. Er soll verdeutlichen, dass Deutschland und Deutsch-Sein sich wandeln.“ Sarrazin entwerfe hingegen ein „statisches Bild“ der Lage: „Das Deutschland, von dem Herr Sarrazin redet, gibt es doch kaum noch.“

Sie selbst beruft sich auf unzählige Studien, die sagen sollen: In Sachen Integration sei doch alles viel besser, als man meinen könnte. Wie viel Foroutans Zahlen mit der Realität zu tun haben, sollte man überprüfen. Fest steht für sie: „Mein Deutschland möchte ich mir nicht von Herrn Sarrazin vermiesen lassen.“ *C.C.*



Zeichnung: Mohr

Parallelgesellschaften

Wieso der Sarrazin immer noch da ist, warum wir unsere Politiker nicht mehr verstehen, und weshalb wir »großen Debatten« misstrauen / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Warum klappt das nicht mehr so wie früher? Sarrazin hat akribisch alles aufgehäuft, was die Ankläger des immerwährenden politischen Tribunals benötigen, um jemanden fertigzumachen: Spätestens, als er „Jude“ gesagt hatte und der zuständige Zentralrat das gesellschaftliche Todesurteil über ihn sprach, hätte der streitbare Ex-Senator erledigt sein müssen. Und alle, die ihn bis dahin nicht verdammen mochten, hätten das so eilig und laut wie möglich nachgeholt, um ihre Haut zu retten. Sarrazin steht aber immer noch, und keiner läuft weg!

Der Mann wurde nicht bloß als „Rassist“ und „Nazi“ und was noch alles entlarvt, er soll auch überall rausfliegen: Aus der Bundesbank und der SPD, ja sogar die „Gosos“, der Klub der golfspielenden Sozialdemokraten (ja, sowas gibt's), will ihn vom Platz jagen. Beim Internationalen Literaturfestival in Berlin darf der Autor des Bestsellers der Saison nicht auftreten, weil der „Migrationsrat“ dagegen ist. Anderswo sagen Buchhändler Lesungen ab, weil sie sich vor „Sicherheitsbedenken“ nassgemacht haben. Und im Fernsehen läuft eine Inquisitions-Show nach der anderen.

Kurz und gut: Die weltoffene, tolerante Zivilgesellschaft zieht alle Register ihrer Wehrhaftigkeit. Aber es passiert nicht, was bislang immer passierte. Statt ängstlich auf Distanz zu gehen, stellt sich das Volk in den Diskussionsforen massenhaft und vollkommen unbeeindruckt vor den Bösewicht hinter Sarrazin. Die Drohungen verpuffen, die Ausgrenzung will nicht gelingen.

Apropos Ausgrenzung: Ganz Hinterhältige drehen den Spieß sogar um. Der Ex-Grüne Oswald Metzger hat mithilfe einer eigenen soziologischen Feldstudie einen alarmierenden Befund zutage gefördert: Nicht nur gewisse Orientalen, auch unsere Politiker hätten sich von der Gesellschaft abgewendet und in eine „Parallelgesellschaft“ zurückgezogen.

In „Parallelgesellschaften“ sammeln sich unintegrierte Randgruppen, um dort, fernab der breiten Masse und weitgehend ohne Kontakt zu ihr, ein Leben nach ganz eigenen Regeln zu führen. Dort schaffen sie sich eigene Ghettos wie Duisburg-Marxloh, Hamburg-Billstedt oder Berlin-Regierungsviertel. Die Ghettojugend meidet den Kontakt mit Gleichaltrigen von „draußen“ und wird von klein auf in Koranschulen oder Partei-Jugendorganisationen ganz auf das Leben in der Nische getrimmt. Den Jungen wird dort früh eine tiefe Verachtung für die Mehrheitsgesellschaft eingetrichtert, weil diese ungläubig sei respektive keinen Bundestagsabgeordneten persönlich kenne. Erreichen die jungen Menschen dann das Erwachsenenalter, sind sie innerlich vollkommen von der Außenwelt entfremdet. Sie leben scheinbar unter uns, und sind doch meilenweit weg. Integrationsversuche scheitern zumeist kläglich.

> Überall wuchern Ghettos: Duisburg-Marxloh, Hamburg-Billstedt, Berlin-Regierungsviertel

Gelegentliche Berührungen mit der Mehrheitsgesellschaft verlaufen oft konfliktgeladen. Ursachen für die Konflikte sind kultur- oder sprachbedingte Missverständnisse, die zu krassen Unterschieden in der Wahrnehmung der einfachsten Dinge führen können.

Beispielsweise ist Ghettokind Norbert Röttgen wirklich der Meinung, dass 80 Prozent der CDU-Anhänger Sarrazins Thesen ablehnen. Hier bedarf es eines versierten Übersetzers, der dem armen Kerl beibringt, wie tief er im Wald steht. Dabei sollte der Kulturvermittler äußerst umsichtig vorgehen. Die Stimmung ist schon aufgeheizt genug.

Die Kanzlerin hat es auf den Punkt gebracht: „Sarrazin spaltet die Gesellschaft!“ Als Angehörige der Parallelwelt wurde sie vom Mehrheitsvolk natürlich vollkommen missverstanden und schamlos ausgelacht: „Was? Spalten? Seit dem Mauerfall waren wir uns nicht mehr so einig, nur: Damals war es Freude, heute ist es Wut, die die Deutschen zusammenbringt.“

Ja, ja, aber das meinte sie doch gar nicht. Angela Merkel hat uns auf den breiter werdenden Graben zwischen ihrem Ghetto und unserer Außenwelt hinweisen wollen. Und der ist tatsächlich noch viel beachtlicher, als wir ahnten.

Und nichts deutet darauf hin, dass die fast zum Erliegen gekommene Kommunikation zwischen Hüben und Drüben besser werden könnte. Merkel hat angekündigt, sie wolle die jüngsten Raufereien zum Anlass für eine „große Integrationsdebatte“ nehmen. Ein hilfloser Versuch der Kontaktaufnahme: Wir haben nur „große Debatte“ verstanden und legen schon die Ohren an. 2003 hatte Merkel zum Rauswurf von Martin Hohmann (der hatte auch „Jude“ gesagt) eine „große Patriotismusdebatte“ versprochen. Leider sind zu unserer Seite des Grabens nicht einmal Gesprächsfetzen dieser „großen Debatte“ durchgedrungen.

Man kann es also drehen und wenden, wie man will, die Verständigungsprobleme sind derart gravierend, dass ein fruchtbringender Dialog kaum mehr möglich erscheint.

Hier nur ein weiteres Beispiel für die grotesken Missverständnisse: Die Mehrheitsdeutschen hatten den Sarrazin-Schock so verstanden, dass man nun auch einmal nach den Integrationsbemühungen der muslimischen Zuwanderer fragen solle, statt immer nur die Deutschen zu fordern. Eine Stimme aus dem Ghetto schnitzt daraus in einem Hamburger Nachrichtenmagazin den Satz: „Es wird zur großen Aufgabe der Politik in diesem Herbst und darüber hinaus, die Deutschen mit der Integration zu versöhnen.“ Sehen Sie? Es geht einfach nicht!

Selbst vordergründig banale Vokabeln wie „Einzelfall“ und „Gesamtproblem“ erfahren in der Parallelgesellschaft eine völlig andere Verwendung als bei uns. Wenn sich etwa unter 75 Millionen Menschen ein paar Dutzend Halunken finden, die Brandsätze gegen Häuser schleudern und rassistische Parolen grölen, dann nennen wir so etwas „Einzelfälle“. Wenn hingegen 78 Prozent der Schwerkriminellen in einem Stadtbezirk aus einer Gruppe stammen, die nur 18 Prozent der Bevölkerung ausmacht, dann sehen wir da ein Gesamtproblem in jener Gruppe rumoren. Logisch, oder?

Meinen Sie! In der Parallelgesellschaft geht das genau umgekehrt. Katrin Göring-Eckardt, Grünen-Politikerin, Vizepräsidentin des Bundestages, Präses der EKD-Synode und damit gleich mehrfach im Politiker-Ghetto verankert, hat uns belehrt, dass die Halunken „aus der Mitte der Gesellschaft“ kommen, womit wir irgendwie alle an ihnen schuld seien. Wenn jedoch, wie in Neukölln, 78 Prozent der Schwerkriminellen Araber und Türken sind, sagt das laut den Göring-Eckardts und ihren Ghetto-Genossen erst mal gar nichts, weil es sich um Einzelfälle handele, die man nicht pauschalisieren dürfe.

Frau Göring-Eckardt wird bestimmt dabei sein bei Angela Merkels „großer Integrationsdebatte“, genauso wie Heerscharen von Migrationsforschern, Integrationsbeauftragten, Gewerkschaftern, Vertretern von Immigranten- und Islamvereinen usw. – sprich: das komplette Ensemble unseres Dialog-Theaters, das schon seit Jahren auf der Bühne steht und immerfort dasselbe Lied singt.

Dass man gar nicht die Absicht hat, etwas Neues auf die Bretter zu bringen, haben wir sozusagen staatsoffiziell. Von der Kanzlerin abwärts bekommen wir seit Wochen zu hören, dass Sarrazin „nur Altbekanntes aneinanderreiht“ oder aber „Unsinn“ schwafelt. Auf Unsinn will man in der „großen Debatte“ ja wohl kaum hinaus, und was wiederum „altbekannt“ ist, muss nicht noch mal aufgerollt werden. Ergo ist auch diese Debatte nur dazu gedacht, die „Emotionen“ der Mehrheitsbevölkerung zu besänftigen. Man tut so, als bewege man sich auf uns zu. In Wahrheit soll aber nichts dergleichen geschehen.

Merkel hat diese Taktik vermutlich von den Islamkonferenzen gelernt. Nach solchen Konferenzen sind beide Seiten immer hochzufrieden, weil man wieder „einen großen Schritt weitergekommen“ sei. Wohin? „Aufeinander zu“, spinnen die einen. Auf den nächsten Moschee-Großbau zu, freuen sich die anderen.

ZITATE

Der bekannte Autor und Professor der Bundeswehrhochschule in München, ***Michael Wolffsohn****, sagt in der „Welt“ (29. August) ein* ***Auseinanderbrechen der Union*** *voraus, in dessen Gefolge die FDP untergehen werde:*

„Die Union wird sich spalten. Das Wann ist offen, nicht das Ob. Der Riss wird quer durch die CDU und CSU gehen. Entstehen wird je eine freisinnig konservativ-liberale (oder liberal-konservative) sowie eine wirtschaftsliberal-altkonservative Partei. Anders als oft behauptet hat diese Entwicklung kaum persönliche, sondern handfeste lebensinhaltliche und lebensperspektivische Ursachen ... Die FDP wird von der Landkarte verschwinden.“

Der Publizist ***Henryk M. Broder*** *stellte sich im „Spiegel“ (6. September) eindeutig auf die Seite von* ***Thilo Sarrazin****. Broder hält* ***Islam und Moderne*** *für unvereinbare Gegensätze:*

„Der Islam ist ein autoritäres, archaisches System ... Er ist mit demokratischen Werten und Strukturen nicht kompatibel: Gewaltenteilung, Trennung von Staat und Kirche, Selbstbestimmung des Individuums, Glaubens- und Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung und freie Partnerwahl. Viele Muslime haben den Sprung in die Moderne geschafft, einige mit dem Leben dafür bezahlt, der Islam als Ganzes hat es nicht.“

Autor ***Helmuth Karasek*** *sieht in der „Bild“-Zeitung (4. September) schwarz für das* ***Ansehen der Politiker*** *wegen ihres Umgangs mit* ***Sarrazin****:*

„Beides, die Methode wie die Sache, führt dazu, dass sich die Bürger angemistet, ja angeekelt von der Politik noch stärker abwenden werden ... Die Spannung zwischen der frommen offiziellen Lüge und der ständig unterdrückten giftigen Wahrheit, dieser Kesseldruck entwich wie durch ein explodierendes Ventil.“

Memoiritis

Jeder schreibt gern Memoiren,
wenn er weg von Fenster ist,
und drum tat's, wie wir erfahren,
nun auch Blair als guter Christ.

In – auf Englisch – „Eine Reise“
müht er edel sich und gut
und erklärt auf seine Weise,
wie man Weltgeschichte tut.

Er beklagt die eignen Tränen
über Tote im Irak
und bekennt, um's zu erwähnen,
dass er ob der Zahl erschrak.

Doch dann läuft die alte Platte:
Er bereue nichts dabei,
weil ja immer recht er hatte –
so wie einst wo die Partei.

Jedenfalls bekennt er offen
seinen Hang zum Alkohol –
Wilhelm Busch hat auch gesoffen,
und dem Werk bekam es wohl.

Dem entwöhnten Bush hingegen
bleibt sein Pudel ewig treu –
ist's an Wein und Schnaps gelegen?
Mich verwundert's stets aufs neu.

Andrerseits macht froh und munter
er den Bernhardiner Brown
über alle Maßen runter –
war ja echt ein trister Clown.

Tonys Wälzer, wie zu
hören,
gibt's jetzt schon zum halben Preis,
und selbst das – drauf könnt ihr
schwören –
ist für Edelmut Beweis!

Pannonicus